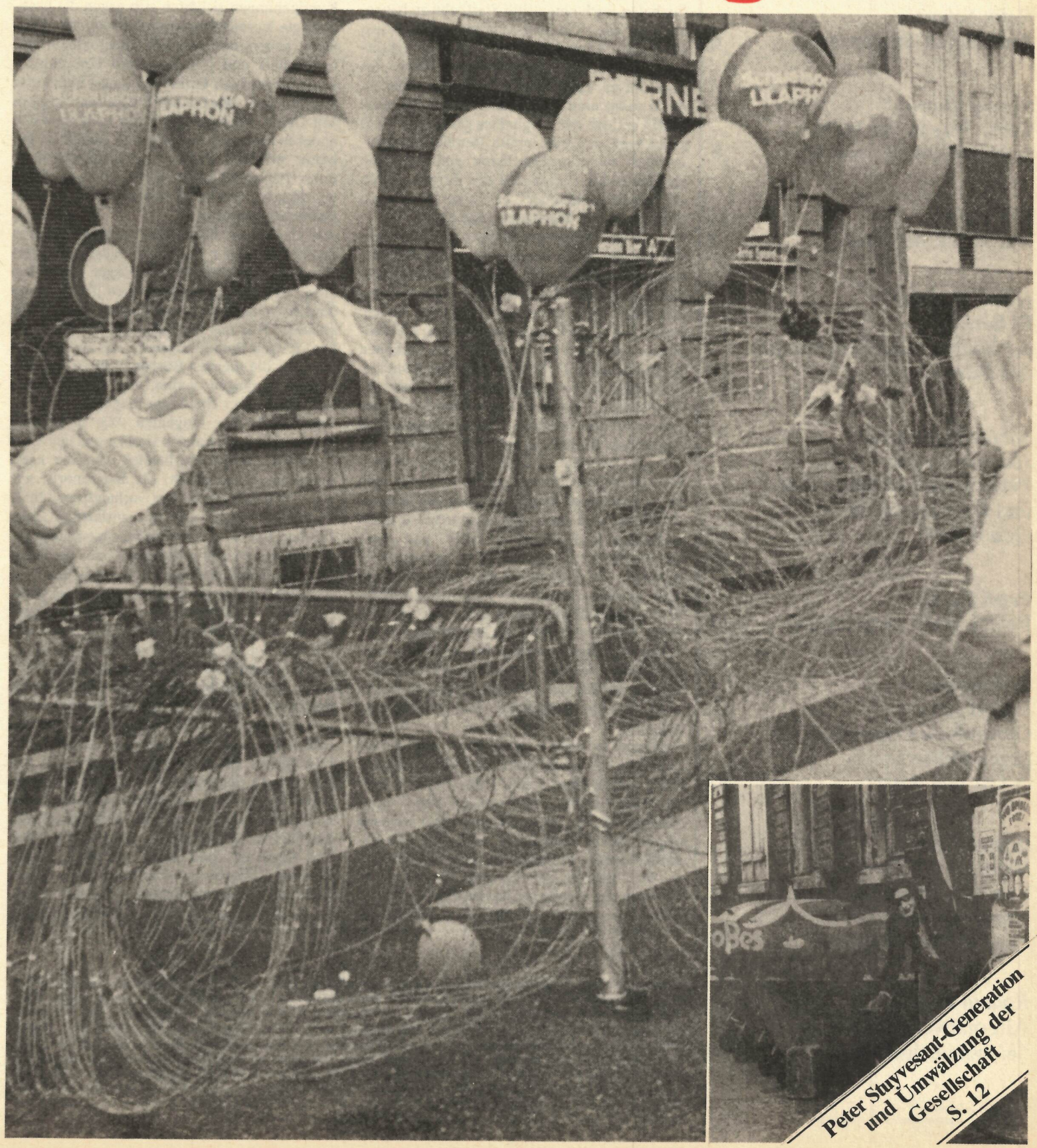
D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 129
Dezember '80 DM 2,–
12. Jahrgang



Peter Stuyvesant-Generation und Umwälzung der Gesellschaft
S. 12

Inhaltsverzeichnis

P.C. Walter:
Bürgerbewegung gegen Startbahn West 2

Bruno Schoch:
Kühler Herbst in Turin 3

Rafik Schami:
Ausflug mit Strafanzeige 6

Samuel Bowles:
USA: Was in der Wahl nicht entschieden wurde 8

Ute Vogt:
Zur Kritik der Kritik 8

Heinz Dieterich:
El Salvador: die kontinentale Bedeutung der Revolution 10

Sabine Heilmann/ Joachim Bruhn:
Peter Stuyvesant-Generation und Umwälzung der Gesellschaft 12

Peter Dudek:
Rechts um zum Vaterland 15

Diskussion:
Egbert Jahn:
Gewaltfreie Opposition gegen Militarismus in Ost und West 17

Initiative für Hermann Feiling u.a.:
Von der Rückkehr in die Unmenschlichkeit – Eine Dokumentation 20

Roland Roth:
Alternativen in der "Kommunalpolitik" 24

Titelfotos: orte-Verlag
Dokumentation zum Dreisameck

Bürgerbewegung gegen Startbahn West

Was sich in diesen Wochen südlich Frankfurts abspielt, gleicht fast einem Volksaufstand. Allerorten kämpfen Bürger mit nahezu allen politischen Mitteln gegen eine Obrigkeit, die einem menschen- und umweltfeindlichen Gigantismus huldigt: der ohnehin schon größte Flughafen der Bundesrepublik soll noch größer werden.

Aus der Zeit der endsechziger Jahre, als alle Welt noch dem Wachstumsglauben anhing, stammt der Plan, auf dem Frankfurter Großflughafen noch eine dritte Startbahn zu bauen, um den, wie man hochrechnete, unaufhörlich steigenden Flugverkehr auch künftig verkraften und so die Drehscheibenfunktion des Frankfurter Flughafens erhalten zu können. Dazu sollte eine viele Hektar breite Schneise in den südlich des Flughafens gelegenen Wald geschlagen und eine breite Betonbahn einzementiert werden. Die damit einhergehende Zunahme des Lärms und der Abgase wurde als "unvermeindlicher" Tribut an technischen Fortschritt und Wachstum angesehen.

Nur einige betroffene Bürger und Gemeinden klagten schon damals gegen den Planfeststellungsbeschluß der hessischen Landesregierung, der den Bau dieser Startbahn zum Inhalt hatte. Wie in deutschen Landen üblich, wurde das Ganze total verrechtlicht; die Probleme schienen im Nebel der Paragraphen und juristischen Definitionen zu verschwinden. Rund zehn Jahre schleppte sich der juristische Streit dahin. Siegten die Gegner des Startbahnbaues auf der unteren Verwaltungsgerichtsebene, hob die höhere Instanz die Urteile wieder auf. So ging es hin und her, bis schließlich nur noch darüber zu urteilen war, ob denn die seinerzeitige Prognose über die voraussichtliche Zunahme des Luftverkehrs nach damaligen Maßstäben "feherfrei" und damit die Planfeststellung "rechtlich einwandfrei" gewesen sei. Das hessische Verwaltungsgericht bejahte diese Frage und Hessens FDP-Wirtschaftsminister Karry gab – sicher nicht ohne Absprache und Rückendeckung durch seinen Koalitionspartner, den SPD-Ministerpräsidenten Börner – noch vor dem endgültigen Abschluß des Gerichtsverfahrens grünes Licht für den "sofortigen Vollzug" des Baubeginns.

Während es vorher gerne hieß, man könne "nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen", wurde jetzt erklärt, das Gericht habe sein Urteil gefällt und damit sei alles "rechtmäßig" erledigt. Es wolle doch wohl niemand gegen "Recht und Gesetz" auftreten. Die verantwortlichen Politiker versuchten sich hinter dem Rücken der Justiz zu verstecken, so als habe das Gericht etwa den Bau der Startbahn angeordnet, was mitnichten der Fall ist.

Doch solche Versuche der Bauernfängerei mißlangen diesmal. Eine ganze Region ging zum Widerstand über. Demonstrationen und Kundgebungen richteten sich gegen die beabsichtigte Vernichtung von drei Millionen Bäumen, gegen das weitere Zubetonieren der Landschaft und gegen weitere Umweltbelastung, die auf der Grundlage längst überholter Zahlen und Wachstums-Prognosen erfolgen soll. Auch interne Papiere der Lufthansa und anderer Experten bestätigen – soweit sie bekannt wurden, weil sie bezeichnenderweise unter Verschluß gehalten werden – die Fragwürdigkeit des Unternehmens selbst von rein fachlicher Warte aus.

Als der erste Baumfällertrupp anzurücken drohte, besetzten innerhalb weniger Nachtstunden rund dreitausend Bürger dieser Region, die sich gegenseitig per Telefon und Nachbarschaftsruf verständigten, das Waldgelände. Nur das überfallartige Vorgehen eines riesigen Polizeiaufgebots, das zum Einsatz kam, als die meisten Bürger zu ihren Arbeitsstellen gegangen waren, machte die erste Baumfällaktion überhaupt möglich.

Die Frankfurter Flughafen AG, in Händen des Bundes, des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt, denkt und handelt orthodox kapitalistisch: Ganz gleich, ob anderenorts, wie etwa in Köln, ein bereits vorhandener Großflughafen ständig an Unterauslastung leidet (und deshalb dort Arbeitsplätze tatsächlich gefährdet sind!), ob in München oder bei Hamburg mit Millioneninvestitionen ebenfalls neue Flughafenanlagen entstehen, ganz gleich auch, daß die Zuwachsraten des Luftverkehrs längst hinter allen früheren Prognosen zurückgeblieben sind, daß in diesem Jahr sogar absolute Rückgänge zu verzeichnen sind, daß allein schon steigende Benzinkosten und Großraumflugzeuge einen Rückgang der Flugbewegungen bewirken –, alles das und alle anderen Einwände und Überlegungen schiebt die Frankfurter Flughafen AG beiseite: Sie will die weitere Startbahn, weil sie mit dem Angebot vergrößerter Kapazität in einem wilden Konkurrenzkampf anderen Flughäfen oder der Bundesbahn vielleicht einiges an Kunden und Kapazität (und damit an Profit) abjagen könnte. Bilderbuchkapitalismus eines quasiöffentlichen Unternehmens, das diese "Kirchtumspolitik" mit öffentlichen Geldern auf Ko-

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistische Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" (ISSN 0024-404 X) zur Zeit: Heide Erd-Küchler, Helmut Burgwinkel, Dan Diner (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Robert Detobel, Detlev Claussen ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006, Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,--, Jahresabonnement DM 22,-- zuzüglich DM 6,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck Einhausen

sten der betroffenen Menschen betreibt.
Eben diese Menschen wehren sich jedoch. Das signalisiert eine veränderte Lage und verändertes Bewußtsein – zumindest im Ansatz. Die Parteibasis steht gegen ihre Oberen auf. Kirchen, Vereine, bislang "unpolitische" Menschen und selbst konservative Gruppierungen wie die CDU vor Ort wenden sich gegen den Startbahnbau und gegen diejenigen, die diesen Bau betreiben und zulassen wollen. Die regionale Presse wird von dem Thema beherrscht. Tägliche Leserbriefseiten. Gebeutelt wird vor allem die SPD. Die örtlichen Organisationen stellen sich aktiv handelnd gegen die sozialdemokratisch geführte Landesregierung. Ministerpräsident Börner, der landesherrlich-autoritär an dem Startbahnbau festhält, brachte die Parteibasis ebenso zum Kochen wie die Haltung der SPD-Landtagsfraktion, die handstreichartig in einer Klausurtagung noch vor dem bereits angesetzten Bezirksparteitag kurzerhand für den Startbahnbau votierte. Die Zunahme des Protestes der SPD-Mitglieder und Mandatsträger in der Region war die Folge. Es hagelte Parteiaustritte, über hundert allein in Mörfelden-Walldorf, einer der am stärksten betroffenen Kleinstädte. Hier legte die gesamte SPD-Fraktion demonstrativ ihr Mandat nieder. Kein Tag mehr verging ohne Protestaktionen.
Auch in den DGB-Gewerkschaften geht eine Differenzierung vor sich. Fünfzehn DGB-Ortskartelle, die sich vehement gegen den Startbahnbau stellen sowie gleichlautende Entscheidungen zum Beispiel der IG Metall-Delegiertenkonferenz dieses Kreises, der Vertrauensleute und des Betriebsrates der Opel-AG, des größten hessischen Industriebetriebes, widerlegen die These, daß "die Gewerkschaften" geschlossen für den Startbahnbau seien, weil es um die Sicherung der Arbeitsplätze gehe. Dieses Argument, das überdies nur auf den von Geschäftsinteressen diktierten und vorenthaltenen Informationen der Flughafen-AG beruht, verliert auch bei den Betroffenen an Zugkraft. Sie mußten nämlich erfahren, daß Arbeitsplätze ohne Skrupel vernichtet werden, wenn Rationalisierung, Gewinnsteigerung und Leistungsdruck es ermöglichen. Darüber hinaus hat die Flughafen-AG selbst die Zahl der Arbeitsplätze, die durch den Startbahnbau angeblich gesichert bzw. geschaffen werden sollen, immer wieder zurückstufen müssen. Und drittens machen unzumutbare Lebensbedingungen, wie sie durch Waldvernichtung, Umweltbelastung und Ausweitung der Lärmzonen entstehen, auch Arbeitsplätze dort unzumutbar.
Die die gesamte Region erfassende Protestbewegung – zu der auch eine "Parteien-Aktionsgemeinschaft" aus SPD, FDP, CDU und DKP vor Ort gehört – errang erste Teilerfolge. Der außerordentliche SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd stellte sich mit Zweidrittelmehrheit gegen die SPD-Landesregierung und plädierte für eine eingehende Prüfung der Frage, ob denn der Bau dieser Startbahn überhaupt notwendig sei. Unter diesem Druck sah sich auch die SPD-Landtagsfraktion veranlaßt, in eine gründlichere Diskussion des Themas einzusteigen. Der hessische DGB scheint ebenfalls auf dem Wege des Einlenkens. Auch hier drängt ein breiter Teil der Basis auf eine Revision des Pro-Startbahn-Entscheids.
Die durch die Anti-Startbahn-Bewegung ausgelöste Mobilisierung wirkt einer Einschläferung entgegen. Kaum jemand überschätzt die erreichten Teilerfolge. Es wird nicht übersehen, daß Börner und andere Minister weiterhin erklären, daß Parteitagsbeschlüsse nicht die Landesregierung binden würden. Deshalb lautet fast überall die Parole, daß man jetzt "nicht nachlassen" dürfe. Innerhalb der SPD des Kreisgebiets kursiert die Parole vom Boykott der Landtagswahl (die 1982 stattfindet), wenn Börner an seiner Mißachtung des Mitgliederwillens festhalte. In den betroffenen Städten und Gemeinden fürchten die örtlichen SPD-Organisationen bei der in drei Monaten (im März 1981) stattfindenden Kommunalwahl ein "Waterloo", das ihnen durch die selbstherrliche Politik der Landesregierung bereitet und durch die Bonner Koalitionspolitik noch verstärkt wird. Doch auch hier hat das erreichte Ausmaß der Mobilisierung "Gegenkräfte" freigesetzt: Diejenigen, die zum Beispiel der SPD den Rücken kehrten, verfallen nicht etwa politischer Resignation. Sie gehören vielmehr zum aktiven Kern der Bürgerinitiativen, die sich in jedem Ort dieser Region gebildet haben und sich ausbreiten. Und sie werden, zum Teil mit Hilfe alternativer Listen, auch bei der bevorstehenden Kommunalwahl die Dinge "in die eigenen Hände nehmen". Dabei wird es, aufgrund der gemeinsamen Herkunft und Zielsetzung, zu ideellen und faktischen Aktionseinheiten auch zwischen sozialdemokratischen und alternativen Listen kommen. Schon heute erwartet manche SPD-Basis Hilfe und Verstärkung durch entsprechenden "Druck von außen".
Über den Anlaß – die Verhinderung der Startbahn West – hinausgehend, hat diese Bewegung hier im Rhein-Main-Gebiet eine Mobilisierung und Politisierung bewirkt, die nicht mehr "zurückzudrehen" sein wird und die eine neue Qualität politischen Bewußtseins und Handelns schafft, die Beispiele und Anstöße für radikaldemokratisches Handeln gibt.

P.C. WALTER

In eigener Sache

Betr.: Erhöhung der Abonnementsgebühren
Liebe Abonnenten von "links"
Seit 3 Jahren sind die Abonnementsgebühren nicht erhöht worden, obwohl wir mehrfach Kostenerhöhungen (Papierpreissteigerungen, Erhöhung der Postgebühren) hinnehmen mußten. Im kommenden Jahr wird das Porto im Postzeitungsdienst schon wieder erhöht. Wir müssen deshalb den Preis für das Jahresabonnement von DM 28,– auf DM 30,– erhöhen. Das ist nach 3 Jahren Preisstillstand eine Erhöhung von lediglich 7 %, währenddem unsere Kosten für "links" im gleichen Zeitraum um 18 % gestiegen sind.
Wir nehmen deshalb an, daß alle Abonnentinnen und Abonnenten diese vergleichsweise geringfügige Preiserhöhung akzeptieren können und "links", die 1981 im 12. Jahr erscheint, die Treue halten. Vielen Dank.
Wir wünschen Euch für 1981 alles Gute, Mut und Kraft, die anstehenden politischen Aufgaben zu bewältigen. Solidarische Grüße
"links"-Redaktion und Verlag 2000

Kühler Herbst in Turin

Gewerkschaften und Parteien der Linken waren sich einig: bei dem selbst für italienische Verhältnisse ungewöhnlich harten Arbeitskampf ging es um mehr als um Fiat. Auf dem Spiel standen vielmehr jene betrieblichen und gesellschaftspolitischen Rechte und Errungenschaften, welche die italienischen Arbeiter und ihre Gewerkschaften seit dem Heißen Herbst 1969 erkämpft hatten und die das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis seither einschneidend verschoben hatten. Die Besonderheit des "Falles Italien", nicht zu leugnende Realität wie zugleich Anlaß zu manch verklärend-mythologisierendem Bild von der unbesiegbaren italienischen Arbeiterklasse und triumphalistischem Gerede von der revolutionären Situation in Italien, sollte beseitigt und die Freiheit des Unternehmers wiederhergestellt werden – eine Art Normalisierung im Westen.

"Alles, was bei Fiat geschieht, geht die gesamte italienische Arbeiterklasse an und signalisiert in aller Härte begangene Fehler" der Linken, schrieb der inzwischen verstorbene Giorgio Amendola, einer der angesehensten Führungsfiguren der italienischen KP, im November 1979 in einem in seiner Partei wie in den Gewerkschaften heftig umstrittenen Artikel in der Zeitschrift "Rinascita". In der Tat kommt Fiat, dem größten der wenigen großen kapitalistischen Privatunternehmen Italiens, gekennzeichnet von der höchsten Beschäftigungskonzentration, seit Jahrzehnten für die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in Italien eine Schlüsselfunktion zu. Hatte sich die Isolierung der Arbeiterbewegung, vor allem der kommunistischen Partei und Gewerkschaft CGIL, in den fünfziger Jahren in der uneingeschränkten Unternehmerherrschaft und ihren Repressionen bei Fiat verdichtet, so symbolisierten Kampfstärke und antikapitalistisches Bewußtsein der Fiat-Arbeiter sowie die innerbetrieblichen Machtpositionen, die sie im und seit dem Heißen Herbst erringen konnten, den Neuaufschwung der gesamten italienischen Arbeiterbewegung und ihre Erneuerung.

Gewerkschaft der Räte und Unternehmerfreiheit

Aus den Arbeitskämpfen und Streikversammlungen 1968/69 entstanden die Delegierten und Fabrikräte, die die Gewerkschaft grundlegend veränderten und seither die Spezifik der italienischen Gewerkschaftsbewegung ausmachen. Jederzeit abrufbare Delegierte werden aus den einzelnen Abteilungen der Fabrik gewählt, die sich ungeachtet der Zugehörigkeit

zu einer der drei Richtungsgewerkschaften CGIL, CISL und UIL zu Fabrikräten zusammenschließen. Diese ersetzen die alten, auf getrennten Gewerkschaftslisten gewählten Betriebskommissionen. Von den in den Belegschaften direkt verankerten Fabrikräten ging ein enormer Vereinheitlichungsdruck aus auf die Überwindung der während des Kalten Krieges ideologisch begründeten Spaltungen; die drei Richtungsgewerkschaften, schließlich in einer Konföderation verbunden, anerkannten die Fabrikräte als ihre betrieblichen Basisorgane. Gleichzeitig erkämpften sich Fabrikräte und Gewerkschaften beträchtliche Kontrollrechte und Mitentscheidungsrechte in allen Fragen der betrieblichen Arbeitsorganisation – die Mitbestimmung nach deutschem Muster mit ihren institutionalisierten Zwängen lehnen sie ab, entschlossen, ihre Autonomie als antikapitalistische Klassenorgane zu wahren.

Eines der zentralen Probleme dieser Räte- und Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren bestand nun darin, daß sie gerade von ihrer Stärke in den Betrieben genötigt wurde, den Kampf über diesen hinaus in die Gesellschaft und Politik hineinzutragen. Denn deren Logik setzt den Rahmen für Entscheidungen, Rationalität und damit Veränderungsmöglichkeiten im Einzelbetrieb, zumal im staatskapitalistischen Italien, wo der Staat in höchstem Maße direkter Träger, Vermittler und Organisator der Wirtschaft ist. Allerdings herrschen auf diesem Terrain nicht dieselben Gesetze wie innerhalb des Einzelbetriebes, weshalb sich die Kämpfe und Erfahrungen nicht gradlinig auf es verlängern lassen. Drastisch ausgedrückt: die Kontrolle der Bandgeschwindigkeiten ist das eine, die Kontrolle über Investitionen und einen komplizierten Arbeitsmarkt das andere. Die während langer Jahre der Opposition von der Linken entwickelte "Kultur der Forderungen" mußte mit einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive der Veränderung, Kontrolle und der Innovationen verknüpft werden, mit einer "Regierungskultur".

Kann die tiefgreifende Krise, die Zerrüttung des staatlichen und wirtschaftlichen Systems nicht auf dem Rücken der arbeitenden Klassen behoben werden, so nur mittels einschneidender Umstrukturierungen der industriellen Entwicklung. Die Bildung einer Regierung der "nationalen Einheit", die sich auf eine breite parlamentarische Mehrheit aller demokratischen Parteien, einschließlich der KPI, stützte, sollte einen breiten Reformprozeß einleiten, ein Ziel, wofür alle sozialen Schichten ihre Opfer zu erbringen hätten: Austerity-Politik als Instrument der Gesellschaftsveränderung. Das waren die programmatischen Absichten jener Regierungen, welche die KPI nach ihrem Wahlsieg von 1976 (34,4%) unterstützte. Auch die Gewerkschaftsbewegung war bereit, dazu ihren Tribut zu leisten. Sie verschob die Prioritäten ihrer Kampfforderungen und -ziele vom Lohnkampf weg auf große nationale Reformen: Investitionen im Süden, Beschäftigungspolitik zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Wirtschaftsplanung usw. Das Ergebnis ist bekannt: Nachdem die seit Kriegsende regierende Christdemokratische Partei wenig Anstalten machte, ihre totale Verfügung über Staat und Verwaltung (mit allem, was dazu gehört: Schlendrian, Klientelismus, Korruption) zu Gunsten einer konsequenten Reformpolitik zu nutzen, sondern umgekehrt danach trachtete, KPI und Gewerkschaften in dieses Machtsystem einzubinden als subalterne Kräfte, setzte an der Basis der Arbeiterbewegung ein für sie gefährlicher Erosionsprozeß ein. Eine riesige nationale Metallarbeiter-Demonstration in Rom im Dezember 1978 sowie die Unzufriedenheit in der eigenen Partei, drängten die KPI-Führung dazu, wieder eindeutig in die Rolle der Oppositionspartei hinüberzuwechseln, um dem Zerfall ihrer sozialen Verankerung Einhalt zu gebieten.

Das Vorspiel

Nachdem die Fiat-Konzernleitung Anfang der Siebziger Jahre (nach der sogenannten Energiekrise) angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als eine der wenigen Firmen der gesamten Automobilindustrie keine Massenentlassungen vornahm, sah sie jetzt ihre Stunde gekommen. Im Herbst letzten Jahres lancierte sie zunächst einen Versuchsballon. Den Hintergrund bildete die anhaltende Unzufriedenheit der Arbeiterbasis über die Politik der Opfer und der "nationalen Einheit" und den veränderten Kurs der Gewerkschaftsbewegung, die sich im Sommer 1979 in spürbaren Wahlverlusten der KPI (minus 4%) ausdrückte, sowie Anzeichen von Verunsicherung und Mißtrauen, den auch im allerhand gewohnten Italien allmählich spürbaren Auswirkungen unzähliger Terroranschläge und Morde. 61 Beschäftigte von Fiat wurden fristlos gekündigt als notorische Gewalttäter im Betrieb. Gleichzeitig kurbelte der Konzern, statt die Anschuldigungen gegen die 61 zu beweisen, eine Publizitätskampagne an, die darauf abzielte, in der Öffentlichkeit und bei den Arbeitern selbst die Vorstellung eines zwingenden Zusammenhangs zwischen Arbeitskämpfen, Gewalt und Terror zu suggerieren. Nicht ohne Erfolg, der auch damit zusammenhängt, wie die Gewerkschaften inzwischen selbstkritisch einräumen, daß sie zu wenig energisch auf der Trennung von kollektivem Arbeitskampf und verschiedenen Formen von in seinem Namen begangenen abenteuerlichen, provokatorischen oder privaten Gewaltakten beharrt hatte. Jedenfalls geriet die Gewerkschaft damals in eine Zwickmühle. Denn das Prinzip der vor Unternehmerwillkür geschützten Arbeitsplatzsicherheit zu verteidigen, von dem sie nicht abrücken konnte, hieß, sich zugleich dem Vorwurf auszusetzen, mutmaßliche Schläger und Gewalttäter in Schutz zu nehmen. Fiat hatte richtig kalkuliert: die gewerkschaftlichen Aktionen und Aufrufe zu Kampfmaßnahmen für Wiedereinstellung der 61 wurden kaum befolgt, die Arbeiter waren verunsichert und gespalten.

Der Streik der 35 Tage

Daß es in der Autoindustrie eine anhaltende Krise gibt und bei Fiat Rationalisierungsmaßnahmen nötig sind, um international konkurrenzfähig zu bleiben, wird von den Gewerkschaften und den Parteien der Linken nicht geleugnet. Aber als die Konzernleitung im Sommer dieses Jahres ohne Abstimmung mit Regierung und Gewerkschaften für den Herbst 14.500 Entlassungen ankündigte, sahen sie darin den arroganten Versuch, die Krise auszunutzen zum eigentlich "zentralen Ziel, die einseitige Verfügung über die gesamte Arbeitskraft in der Fabrik wieder herzustellen ... und jene kollektive Erfahrung von Kontrolle und Mitentscheidung, die in den letzten Jahren aufgebaut worden war, in Frage zu stellen". So formulierte es Bruno Trentin, der Theoretiker der italienischen Gewerkschaft der Räte ("L'Unità, 25. Okt. 80). Und gegen diese Offensive, der ein eminent politischer Charakter insofern zukam, als sie auf Substanz und Spezifik der italienischen Gewerkschaftsbewegung zielte, wie sie sich seit 1968/69 herausgebildet hatte, galt es, sich zur Wehr zu setzen. Ohne das Ergebnis der Verhandlungen mit der vereinigten Metallergewerkschaft FLM abzuwarten, leitete die Fiat-Geschäftsleitung am 11. September das Entlassungsverfahren ein für mehr als 14.000 Beschäftigte in Turin. Diese Maßnahme wurde umgehend mit Arbeitsniederlegungen und Versammlungen beantwortet – einer der härtesten und möglicherweise folgenreichsten Arbeitskämpfe seit Jahren hatte begonnen.

Nachdem der Streik bei Fiat, Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Konzern trotz Vermittlungsversuchen des Arbeitsministers Foschi, Metallarbeiter-Streiks in der gesamten Provinz Turin und dann, am 25. September, in ganz Italien, zu keiner Lösung geführt hatten, nahm der Kampf Ende September dramatische Formen an. Einen Tag, nachdem KPI-Generalsekretär Berlinguer in Turin den streikenden Arbeitern seine Solidarität bekundet und angekündigt hatte, seine Partei werde jede von der Gewerkschaft beschlossene Form des Kampfes, eingeschlossen eine Betriebsbesetzung, bedingungslos unterstützen, trat am Tag darauf die Regierung Cossiga zurück. Obwohl ihr das Parlament zunächst sein Vertrauen ausgesprochen hatte, stimmten in einer unmittelbar darauf folgenden, allerdings geheimen, Abstimmung über ein Wirtschaftsdekret zahlreiche Abgeordnete aus den eigenen Parteien, namentlich der Christdemokratie und den Sozialisten, dagegen. Die Regierung hatte damit keine parlamentarische Mehrheit mehr.

Fiat nimmt mitten im Arbeitskampf die Entlassungen zurück, was unter anderem mit der Regierungskrise begründet wird. Stattdessen sollen jetzt 24.000 Beschäftige an die staatliche Lohnausgleichskasse, die rund 90 % des Lohnes zahlt, überwiesen werden. All das kommt aus dem heiteren Himmel der Unternehmerfreiheit: Wenige Stunden vor den öffentlichen Ankündigungen dieser veränderten Maßnahmen hatte eine Sitzung zwischen Management und Gewerkschaften stattgefunden, während der diese nichts von den Änderungen erfuhren. Die Gewerkschaften sind empört über diese Provokation. Ferner kritisieren sie, daß nur für die Hälfte der 24.000 eine spätere Wiedereingliederung in die Fabrik vorgesehen ist. Schließlich weisen sie nach, daß in der Auswahl der 24.000 Betroffenen kein Produktivitätskriterium erkennbar ist, sondern Fiat Alte, Invaliden und Frauen, vor allem aber Gewerkschaftsdelegierte, aufmüpfige und politisch engagierte Arbeiter ausgesucht hat. Hieran zeige sich, daß es Fiat um den frontalen Zusammenstoß mit der Arbeiterbewegung gehe. Wie sonst wäre zu erklären, warum bei der Auswahl der Betroffenen die Gewerkschaften gar nicht erst gefragt worden sind und warum das von diesen vorgeschlagene Rotationsprinzip (das verhindern sollte, daß die Engagiertesten getroffen und später entlassen würden) rundweg abgelehnt wurde?

Die FLM beschließt, die Vehandlungen zu unterbrechen und die Streiks dadurch zu intensivieren, daß die Fabriktore Tag und Nacht besetzt werden. Der Vorschlag artikulierter

Streiks (bei denen nur einzelne Abteilungen streiken, die aber den Gesamtproduktionsprozeß empfindlich treffen) wird abgelehnt, stattdessen soll die totale Blockade aller Zugänge zum Betrieb Fiat zum Nachgeben zwingen. Im Nachhinein ist diese Entscheidung, von der allgemeinen Radikalisierung getragen, vielfach kritisiert worden. Denn viele der von den Rationalisierungsmaßnahmen nicht Betroffenen bleiben zu Hause, fernab vom Kampf. Der wird, was die Kampfform der totalen Blockade und des Streikpostenstehens rund um die Uhr mit sich bringt, zunehmend ausschließlich von den Engagiertesten und Aktivisten, also einer Minderheit, geführt, unterstützt von KPI und den Organisationen der radikalen Linken. Eine politische Vermittlung zwischen den Akteuren und der Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten findet nicht statt. Allmählich zeigen sich so erste Anzeichen von Spaltungstendenzen und Ermüdungen, denn da die italienischen Gewerkschaften keine Streikgelder bezahlen, beginnen die Lohnverluste nach einem Monat zu drücken.

Die Wende

Für den 10. Oktobe ruft die Gewerkschaftskonföderation CGIL-CISL-UIL einen vierstündigen Generalstreik in ganz Italien aus zur Unterstützung des Fiat-Kampfes – der erste Generalstreik im Nachkriegsitalien während einer Regierungskrise. Er wird von rund 10 Millionen Arbeitern befolgt, eindrückliche Massenkundgebungen erfolgen in allen Städten Italiens. Dieser nationale Erfolg kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage in Turin von Tag zu Tag schwieriger wird.

Am 14. Oktober marschiert in Turin die "schweigende Mehrheit" durch die Straßen. Eine anfangs wenige Tausend zählende Demonstration schwillt schließlich auf rund 40.000 Unzufriedene an: die erste italienische Massendemonstration gegen die Gewerkschaften, sieht man einmal von den faschistischen ab. Abteilungsleiter, Meister, Angestellte, aber auch zahlreiche Arbeiter verlangen Rückkehr zur und "Freiheit der Arbeit" und fordern Turins kommunistischen Bürgermeister Novelli auf, die Streikposten räumen zu lassen, schließlich sei er der politische Repräsentant der **ganzen** Bevölkerung.

Gewerkschaften wie die Linke begreifen diese gegen ihre Politik organisierte Massenmobilisierung sofort als schweren Schlag: als Indiz dafür, daß ihre unitarische Politik Risse hatte und sie längst nicht mehr **alle** Arbeitnehmerinteressen vertraten.

Unter dem Schock dieser Demonstration, die alle unerwartet traf, stimmen die Gewerkschaften in aller Eile einem Abkommen mit Fiat zu, das als Kompromiß formuliert ist, aber eine eindeutige Niederlage für die Arbeiterbewegung darstellt, wie man Agnellis zufriedenen Ausführungen im "Spiegel"-Interview entnehmen konnte. "Il manifesto" und L'Unità" schreiben unumwunden vom "schwarzen Donnerstag" der italienischen Arbeiterbewegung, wie sehr Partei- und Gewerkschaftsführer öffentlich auch den Kompromißcharakter betonen mit dem Hinweis darauf, immerhin habe Fiat die Entlassungen zurücknehmen müssen. Nur hätte man dasselbe Resultat schon Wochen zuvor haben können, also ohne den mit aller Härte geführten Streik. Insofern ist das Abkommen eine Niederlage, zumal fast alle Forderungen der Gewerkschaften, die über eine Zurücknahme der Entlassungen hinausgingen (Rotation, Mitentscheidungsrecht usw.) unerfüllt blieben. Die drei Gewerkschaftsführer von CGIL, CISL und UIL, die das Ergebnis in den Versammlungen der Fiat-Arbeiter zu präsentieren hatten, mußten sich herbe und teilweise handgreifliche Kritik gefallen lassen, es kam zu wüsten Szenen proletarischer Wut und – verständlicher – Enttäuschung. Schließlich stimmten die Versammlungen jedoch wohl oder übel dem Verhandlungsergebnis zu, im Wissen, daß es die momentanen Kräfteverhältnisse ausdrückte.

Selbstkritik und Perspektive

Sofort begann in den Organisationen, Organen und Medien der Arbeiterbewegung eine hitzige Auseinandersetzung über die Niederlage. Alte Differenzen und Widersprüche in der Gewerkschaftskonföderation sowie im Verhältnis - Gewerkschaften brachen auf, nachdem das Gesetz des Handelns nicht mehr zur Einheit zwang. Auch in der KPI artikulierte sich, sogar aus der Parteispitze, Kritik an Berlinguers Linie, die für die Niederlage mit verantwortlich sei. Es sei falsch gewesen, sich zum Sprachrohr der radikalen Akteure und Aktivisten zu machen, statt das Gesamtinteresse der Lohnabhängigen im Auge zu haben. Einige Tage sah es so aus, als wollte jeder den Schwarzen Peter dem anderen zuschieben: die gewerkschaftlichen Dachverbände der Metallarbeitergewerkschaft und umgekehrt, die Gewerkschaften der KPI und vice versa.

Allmählich schälten sich hinter diesem unschönen Kartenspiel die wirklich wunden Punkte heraus. Mit der Gewerkschafsdemokratie ist seit langem einiges im Argen: Mitgliederausweise werden automatisch erneuert, so daß unklar ist, wen die Gewerkschaften wirklich repräsentieren; Gewerkschaftsvertreter werden oft ohne Verfahrensregeln in offenen – mitunter nur von einer politisierten Minderheit besuchten – Versammlungen gewählt. Amendola hatte das in dem eingangs zitierten Artikel bereits vor einem Jahr scharf kritisiert, aber es bedurfte wohl erst dieses harten Kampfes und dieser Niederlage, in denen die der bisherigen Entscheidungspraxis inhärenten Spaltungsgefahren drastisch zu Tage traten. Das zu verändern und mittels innerorganisatorischer Demokratisierung die Gewerkschaften wieder zu Instrumenten **aller** Lohnabhängigen und ihrer artikulierten Interessen zu machen, ohne die bisherige Besonderheit der italienischen Gewerkschaft preiszugeben, die darin besteht, ihre Stärke weniger aus Formen der Institutionalisierung als aus ihrer direkten Verankerung in der **Bewegung** zu beziehen, das ist das große Problem der italienischen Gewerkschaftsbewegung für die kommenden Jahre.

Was die KPI angeht, so ist zu Recht kritisiert worden, daß ihr der Fiat-Kampf zugleich dazu diente, andere Ziele zu verfolgen: die Stärkung der eigenen Arbeiterbasis, noch immer angeschlagen von den Jahren der "nationalen Solidarität"; der Kampf gegen die verhaßte Regierung Cossiga, gebildet aus dem rechten Flügel der Christdemokraten wie der Sozialisten. Valentino Parlato warf der KPI-Führung vor, die Arbeiter erst als Hilfstruppe für die Austerity in den Käfig der "nationalen Solidarität" gesperrt und dann zum abrupten Frontwechsel aufgefordert zu haben, der nicht ihnen, sondern der Partei dienen sollte – Arbeiter als Bleisoldaten des Parteikalküls, was sich noch allemal gerächt hat ("Il manifesto", 16. Okt. 80). Und einer der großen Intellektuellen der KPI, Alberto Asor Rosa, forderte provokativ zur radikalen Selbstkritik auf: die Partei habe zur "Tragödie" mit beigetragen, weil sie die Bewegung von 68/69 nicht richtig zu nutzen verstanden habe und lange nicht begriff, "daß der wahre Klassenfeind gar nicht in Turin, im Hause Agnelli sitzt, sondern in Rom, in der Democrazia cristiana und den unmöglichen Strukturen unseres politischen Systems" ("La Repubblica" 19./20. Okt. 80). Aus dem Parteisekretariat wurde dem umgehend heftig widersprochen. Aber keine Beschönigung hilft darüber hinweg, daß im Herbst 1980 vorerst "ein Kampfzyklus zu Ende ging, der im Herbst 1969 begonnen hatte". Das offene Problem für die achtziger Jahre wird sein, wie Mario Tronti ("L'Unità", 28. Okt. 80) treffend formuliert hat, ob es der italienischen Arbeiterbewegung gelingt, jenen seit 1968/69 gewachsenen Kadern endlich zu einer entscheidenden politischen Rolle zu verhelfen, die über die Fabriktore hinausreicht.

BRUNO SCHOCH

Bahro-Mandel-von Oertzen

Was da alles auf uns zukommt...

Perspektiven der 80er Jahre

Hrsg. Ulf Wolter

Band 1

edition VielFalt bei olle&wolter

edition VielFalt
die neue taschenbuchreihe
bei olle&wolter

Die 80er Jahre werden wilde Jahre. Für uns alle. Von der Politik bis zum Alltagsleben wird sich vieles ändern. Neue Probleme erfordern neue Antworten. Darüber diskutieren ein Sozialdemokrat, ein Revolutionär und ein ökologischer Sozialist – kontrovers, aber gemeinsam, umfassend, aber spannend.

Ulf Wolter (Hrsg.)
Rudolf Bahro Ernest Mandel
Peter von Oertzen
Was da alles auf uns zukommt...
Perspektiven der 80er Jahre
2 Bde., je ca. 120 Seiten,
je ca. DM 7,00
edition VielFalt 1 und 2

DER NEUE BAHRO
Rudolf Bahro
Elemente einer neuen Politik
Zum Verhältnis von Ökologie und Sozialismus
ca. 160 Seiten, ca. DM 9,00
edition VielFalt 3

Partei kaputt
Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken
Beiträge von Willi Jaspers, Rainer Mohl, Karl Schlögel, Christian Semler und Bernd Ziesemer
ca. 160 Seiten, ca. DM 9,00
edition VielFalt 4

Elmar Altvater Jurgen Hoffmann Willi Semmler
Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise
Ökonomie und Politik in der BRD
Aktualisierte Ausgabe
2 Bde., je 220 Seiten, je DM 9,80
edition VielFalt 5 und 6

K. Villun
Einer für alle
Kriminalroman
Aus dem Norwegischen von Astrid und Einhart Lorenz
ca. 140 Seiten, ca. DM 9,00
edition VielFalt 7

VielFalt - das beste Mittel gegen Einfalt.

olle & wolter VERLAG OLLE & WOLTER GMBH POSTFACH 4310 1000 BERLIN 30

Ausflug mit Strafanzeige

Seit langem befinden sich Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland; gefragt ist nur ihre Arbeitskraft, daß sie sich aber auch literarisch betätigen, weiß niemand. In ihrer Literatur verarbeiten sie Themen, die sich aus ihrer politischen und sozialen Isolierung ergeben, so z.B. Diskriminierung, politischer Rechtlosigkeit, der Begegnung mit ihnen fremden Lebensgewohnheiten und ihnen entgegengebrachten Vorurteilen, ihren Ängsten und Wünschen.

Diese Literatur landet aber meist in den Schubladen oder ist nur ihren wenigen Freunden bekannt. Da und dort gelangen vereinzelte, meist bis zur Unkenntlichkeit zensierte Stücke zur Veröffentlichung, was aber die Ausnahme bleibt.

Unter dem Titel SÜDWIND – Gastarbeiterdeutsch haben Yusuf Naoum, Franco Biondi, Rafik Schami und Suleman Taufig eine literarische Reihe konzipiert, die versucht, diesen Zustand zu beenden.

Der erste Band erscheint im Herbst dieses Jahres. Er besteht aus einer Sammlung von ca. 15 Erzählungen und 10 Gedichten, die das Leben der Gastarbeiter hier in der BRD zum Thema haben. Es geht dabei um die Probleme am Arbeitsplatz, die Aufenthaltsgenehmigung, ausländische Jugendliche in der BRD, das Leben mit Deutschen, Eindrücke über die BRD usw. Die Autoren kommen aus Spanien, Italien, Jugoslawien, Türkei, Griechenland, Libanon, Syrien u.a. Der folgende Text ist diesem Band entnommen.

Die Herausgeber bitten um Unterstützung durch:

a) Spenden auf das Konto "SÜDWIND – Gastarbeiterdeutsch", Handels- und Gewerbebank Heidelberg, Konto-Nr. 60.5376.07. Dies ist wichtig, da die Finanzierung des ersten Bandes entscheidend für das weitere Selbsttragen der Reihe ist.

b) Vorbestellung (Subskription) des ersten Bandes bei edition-CON, Postfach 106545, 2800 Bremen.

c) Einladungen zu Lesungen unserer Autoren, deren finanzielle Erträge der Reihe zugute kommen.

d) Die Bekanntmachung der Reihe in Eurer Umgebung, so daß immer mehr literaturschaffende Gastarbeiter die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen.

Es war Montagmorgen. Ein sonniger Tag kündigte sich an; aber die Leute waren sehr mißtrauisch, sie trugen ihre Regenschirme und hasteten wie die Ameisen in alle Himmelsrichtungen. Burhan wartete lange, bis die Verkehrsampel grün zeigte; erst dann rannte er über die Straße. Er spielte gegen einen unsichtbaren Gegner Karate – aber nur mit der rechten Hand. In der linken trug er eine Kaufhoftüte, in die er ein Heft, zwei Bleistifte und ein Buch verstaut hatte. Einen Schulranzen besaß er noch nicht. Die Lehrerin, die ihn mochte, hatte versprochen, ihm am Mittwoch nachmittag einen zu schenken. Neben der Bäckerei kurz vor der Schule stand Carlos, der Spanier. Er stand jeden Morgen da und glotzte die Kuchen im Schaufenster an. Burhan verstand sich mit Carlos sehr gut, weil beide im Schulhof ähnliche Tricks beim Fangerles gebrauchten und sich hinterher darüber lustig machten, wie die deutschen Kinder aus der Fassung gerieten, da beide das Spiel nach immer neuen Regeln veränderten. Beide haben auch immer gelogen. Der eine sagte, das Spiel werde in Spanien so gespielt, der andere bestätigte das mit türkischer Erfahrung, obwohl beide weder Spanien noch die Türkei je gesehen hatten.

"Beeil dich", sagte Burhan und stupste Carlos in den Rücken, der sich – erschrocken und verzweifelt wie immer – weiter den Schulweg entlangschleppte.

An diesem Morgen stand der Hausmeister – dick wie immer – an der großen Tür und erteilte seine Befehle, aber die Schüler gingen an ihm vorbei, ohne ihn zu beachten. Sie wußten genau, daß er sich öfter aus dem Staub machte und ältere Schüler mit einer Dose Cola als Lohn die Tür bewachen ließ. Das Schlimme war, daß er nicht wußte, daß diese zwei, die gerade an ihm vorbeigingen, ihn durchschauten, sonst hätte er nicht so angeberisch und laut gesagt "Na! Wieder verschlafen?" Carlos brachte sich erst mit zwei Schritten in Sicherheit, dann drehte er sich um und brüllte "Hanswurst". Der Hausmeister überhörte auch diese freundliche Bemerkung.

Burhan wurde erst still, als er den Lehrer sah. Der war ein großer Mann mit grauem Haar und hagerem Gesicht. Am Freitag hatte er schon gesagt, jeder Schüler solle sich vorbereiten, um am Montag einen Ausflug zu beschreiben. Die Hoffnung von Burhan, daß der Lehrer vielleicht nicht kommen würde, war zerstört. Er mochte diesen Lehrer nicht, weil er ihn öfter schlug. In der Klasse mochte Burhan halt lieber singen, und das konnte der Lehrer gar nicht verstehen. Oft nahm er sich vor, den Lehrer mit Karateschlägen außer Gefecht zu setzen, aber das würde er nie machen können; doch noch weniger konnte er aufhören zu singen. Nun sollte er ausgerechnet bei diesem Lehrer mit den häßlichen Augen erzählen.

Burhan hatte am Tag zuvor seine Mutter gefragt, wie er so einen Ausflug erzählen sollte. Die Mutter hatte gemeint, er solle irgendwas erzählen. Sie glaubte ja immer, alles wäre so leicht. Burhan fragte den Vater, aber den sollte er in Ruhe lassen; er war gerade dabei, im Kartenspiel zu verlieren. Burhan wartete, bis die erste Runde gespielt war, und fragte dann noch mal. Er wußte nicht, daß der Vater sehr sauer war, und als er das Wort "Ausflug" aussprach, sagte der Vater, er solle ihn am Arsch lecken. Das aber konnte er dem Lehrer nicht sagen. "Was sind das für Eltern! Sie verstehen nichts von der Schule!" brüllte er und legte sich aufs Sofa. Da lag er lange und brütete vor sich hin, bevor ihm einfiel, was er dem Lehrer erzählen könnte. Dann erst schlief er ein. Als seine Mutter ihn aufweckte, hatte er gerade einen sehr schönen Traum gehabt: Er war auf einem Mofa gefahren und die Leute hatten mit Fähnchen in der Hand dagestanden. Dann war dieses Mofa noch höher als das Hochhaus in der Schillerstraße geflogen, und er hatte dort oben gesessen, und der Lehrer hatte ganz erstaunt auf ihn geblickt ... Als er dies seiner Mutter erzählte, sagte sie, er spinne; er solle lieber sein Gesicht waschen und seine Hose zuknöpfen und, und, und ...

"Sie meckert ja immer", dachte Burhan unterwegs.

Auf dem Weg zur Klasse hörte er jemand rufen "Was verkaufst'n heute?" Diese Stimme kannte er gut; es war die von Mahmud, dem Araber, der sich immer über die Tüte lustig machte, obwohl er selbst eine trug. Burhan drehte sich nicht um, sondern flüsterte wütend "Halt den Mund" und ging ins Klassenzimmer. Dort war Antonio schon mit Karl in eine Rauferei verwickelt. Antonio, der Italiener, war so klein und legte sich trotzdem immer wieder mit dem dicken, großen Karl an. Jedesmal überhörte er die Ratschläge von Burhan, dem Karl in die Hoden zu treten oder ihn mit der Hand – so wie Kung Fu – in den Bauch zu schlagen.

Ruhig wurde die Klasse erst, als der Lehrer eintrat. Er stand da und blickte verzweifelt auf diese schon am Montag abgekämpfte Armee, mit der man nichts anfangen konnte. Was hatte ihn nur an diese verdammte Sonderschule verschlagen. Er konnte diese Kinder nicht verstehen. Es waren zwanzig, in ein kleines Zimmer gepferchte Teufel. Er hatte Mitleid mit ihnen, aber sie wollten nicht mal das.

Streit schlichten durfte er auch nicht. Als er das vor kurzem versucht hatte, mußte er zu seiner Verzweiflung feststellen, daß alle seine Schlichtung nicht wollten; nicht einmal der geschlagene Antonio ließ sich überreden, den schlagenden Karl beim Direktor anzuzeigen. "Guck dir diese ungewaschenen Gesichter an", sagte er zu sich und "Guten Morgen" zu den Schülern. "Guten Morgen" brüllten die Wilden zurück. "Nun möchten wir hören", sagte der Lehrer, "was Karl erlebt hat, nicht wahr Karl?" Karl hätte am liebsten "nein" gesagt, aber er hatte Angst; deshalb sagte er "Jawoll, Herr Lehrer". Dabei stand er ganz steif da, obwohl Mahmud ihn von hinten ins Bein zwickte. "Na komm' nach vorn und erzähl'?" Karl war froh, diesen lästigen Mahmud loszuwerden, und beim Raus-

ZUKUNFTSWERKSTATT:
Kleine Schritte im Alltag

Zur "Zukunftswerkstatt" des SB in Hamburg im November '80 wurde eine umfangreiche WERKSTATT-MAPPE in höherer Auflage gedruckt, von der noch einige Exemplare vorhanden sind, die jetzt zum verbilligten Preis von DM 7,-- abgegeben werden. Die Mappe enthält eine Fülle von Materialien zu den 13 Werkstätten, die im Rahmen der "Zukunftswerkstatt" stattfanden.

Gegen Voreinsendung des Betrags von DM 7,-- oder Vorüberweisung auf das Konto: Michael Roschek, Nr. 436763-200 Postscheck Hamburg, BLZ: 20010020 zu beziehen bei: AG Zukunftswerkstatt im SB, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6.

NEUERSCHEINUNG:

Freiheit + Gleichheit

Streitschrift für Demokratie und Menschenrecht

Mit dieser Streitschrift sollen Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik im Spiegel der Menschenrechte als unmittelbar geltende Normen gezeigt werden. Die gewordene Wirklichkeit der Menschenrechte aufzuspüren heißt aber, sie in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufzusuchen, sprich: bei den Majoritäten und Minoritäten der Bundesrepublik. Die Gefährdung der Grund- und Menschenrechte hat viele Dimensionen, vom Betrieb bis zur Polizei, vom 'Atomstaat' bis zur Friedensfrage, von der Meinungsfreiheit bis zu den Berufsverboten, von den zahlreichen 'Minderheiten' (Alte, Kinder, Strafgefangene, Obdachlose, Homosexuelle, Ausländer, Zigeuner ...) bis zur längst nicht verwirklichten Gleichberechtigung der Frau.

Das Heft 2 der Streitschrift "Freiheit + Gleichheit" (Oktober 1980) bringt u.a. folgende Beiträge ● Roland Narr: Kinder und ihre halberwachsenen Rechte ● Christine Morgenroth: Arbeitslosigkeit ist grundgesetzwidrig ● Hannelore Narr: Altsein im gesellschaftlichen Abseits ● Peter Schlotter: Politik der Angst – Rüstung und Abrüstung ● Joachim Hirsch: Der neue Leviathan oder der Kampf um demokratische Rechte ● Roland Roth: Bürgerinitiativen und Sicherheitsstaat ● Dorothee Sölle: Menschenrechte in Lateinamerika ● Bernhard Blanke: Schutz der Verfassung durch Spaltung der Demokratie? ● Arbeitsgruppe: Berufsverbote 1979/80 ● Wolf-Dieter Narr: Verfassungsschutz – Ein Lauschangriff und die Folgen ● Christoph Nix: Strafvollzug in hessischen Haftanstalten.

Im Heft 1 (Dezember 1979, aber noch immer aktuell) sind u.a. folgende Beiträge enthalten ● Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack: Menschenrechte, Bürgerrechte, aller Rechte ● D. Helmut Gollwitzer: Der Kampf für Menschenrechte – heute noch zeitgemäß? ● Ute Gerhard/Eva Senghaas-Knobloch: Was heißt Gleichberechtigung? ● Wolfgang Däubler: Menschenrechte im Betrieb ● Rüdiger Lautmann: Homosexuelle als Indiz ● Klaus Horn: Medizinische Versorgung und Menschenrechte ● Helmut Ortner: Wer bestraft wird, verliert sein Bürgerrecht ● Hans Heinz Heldmann: Unsere ausländischen 'Mitbürger' ● Ingeborg Drewitz: Die Vergangenheit liegt nicht hinter uns ● Thomas Blanke: Der 'innere Feind' in der Geschichte der BRD ● Albrecht Funk: Welche Sicherheit schützt die Polizei? ● Ulrich Albrecht: Soldaten und Demokraten – eine bleibende Differenz? ● Mechthild Düsing/Uwe Wesel: Die Feste der freien Advokatur wird gestürmt.

Je Heft 130 Seiten, Magazinformat, fester Umschlag, DM 10,--.

Herausgeber und Bezugsadresse: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal (gegen Vorauszahlung; Scheck, Briefmarken, Bargeld o.ä. beilegen).

gehen versetzte er ihm noch einen Hieb, ohne daß der Lehrer etwas merkte. Mahmud tat so, als hätte der Hieb keine Wirkung auf ihn gehabt.
Karl ging bis zur Tafel, dort drehte er sich um und fing an, zu erzählen. Er sei mit Vati und Mutti irgendwohin gefahren; die Bauern der Gegend wären so freundlich gewesen; alle hätten seine Eltern eingeladen; sie wären dann bei einem von denen zu Gast gewesen; er hätte mit seiner Schwester und den Dorfkindern den ganzen Tag auf der Wiese gespielt ...
Karl wurde immer lauter, aber Burhan hörte kaum zu; ihn beschäftigten die Fragen, wer der Nächste sein würde – und wie sollte er dann anfangen. Auf beide Fragen fand er keine Antwort.
... die laute Stimme von Karl drang, seiner Beschäftigung ungeachtet, in den Kopf von Burhan; "... und dann hat mein Vater gesagt, jetzt werden wir zwei Spanferkel braten ..." Burhan hörte wieder weg; er mag kein Schweinefleisch. Sein Vater sagt, es mache krank, und er wollte nicht krank werden. Nun schaute er zur Seite, wo sich Antonio, der in der dritten Reihe links saß, über Karl kaputt lachte. Er zeigte ihm gerade den Vogel.
Burhan dachte auch, daß Karl lügt, denn der Vater von Karl stand oft besoffen am Kiosk, und seine Eltern lebten ganz arm in diesem kaputten Viertel. Karl war noch in Schwung: "... mein Vati sagte, solchen Ausflug sollte man öfter machen." "Sehr gut", lobte der Lehrer, und, ohne eine Miene zu verziehen, sagte er: Nun wollen wir Antonio hören, der sich die ganze Zeit so unverschämt lustig gemacht hat." Der Lehrer konnte Antonio nicht leiden, weil er in allen Stunden frech war – vor allem aber in der Religionsstunde Freitag nachmittags. "Das kommt von der Erziehung", sagte er sich, als Antonio schwerfällig seinen Platz verließ. Unterwegs war Antonio bemüht, sein Hemd in die Hose zu stopfen. Der Lehrer dachte: "Man kann eigentlich nicht mehr erwarten, der arme Teufel ist halt Schlossersohn."
Burhan mußte aufs Klo. Er hob die Hand, und der Lehrer war wieder mal erstaunt: "Wir sind gerade reingegangen ..." "Ja, ich kann aber nicht mehr ...", flehte Burhan den Lehrer an. Der erlaubte es schließlich, schüttelte jedoch ganz mißtrauisch den Kopf. Während Burhan die Tür hinter sich schloß, hörte er Antonio anfangen. "Es war ein schöner Sonntag ..."
Burhan rannte über den Korridor. An der Treppe sah er sich um, und da die Luft rein war, setzte er sich auf das breite Metallgeländer der Treppe und rutschte hinunter. Das konnte er gut, aber die Lehrer mochten es nicht. Unten links von der Treppe stieß er mit der Schulter die Toilettentür auf. Dann machte er die Hösenknöpfe auf und beobachtete seinen Harnstrahl.
"Was erzählt Antonio wohl jetzt?" Er blickte auf die Wand. Dort entzifferte er den seit langem hingekritzelten Satz "Monika ist doof". Er kannte keine Monika, aber ihr ging's bestimmt besser als ihm in dieser verfluchten Schule.
Schnell drückte er die Spülung und knöpfte die Hose wieder zu. Dabei dachte er an die Reklamen zum Sauberhalten von Toiletten, die jeden Abend im Fernsehen gezeigt werden, und pfiff eine der Melodien, während er sich langsam die Treppe hochschleppte. "Was ist das für eine verdammte Schule". Carlos erzählte, sie sei für dumme Schüler gebaut. Er wisse das, weil sein Vater einmal auf seine Mutter geschimpft hatte, sie sei Schuld daran, daß er – Carlos – in dieser Schule gelandet sei.
Burhan erreichte mit Mühe den Korridor; dort stand er eine Weile am Fenster und blickte auf den leeren Hof. Er beobachtete, wie eine Amsel lustig zwischen Hof und Mauer hin und her hüpfte. Sie hatte es gut ohne Schule. Seine Gedanken wanderten zur nächsten Pause. Es wäre besser, wenn er nächstes Mal versuchen würde auf die Mauer zu klettern; da würde ihn bestimmt keiner fangen, aber die Lehrer würden sicher Krach machen, dachte er bei sich und bewegte sich langsam auf die Klassentür zu. Er hörte jetzt deutlich Antonio erzählen: "... Und mein Vater und meine Mutter waren glücklich. Sie verabschiedeten sich von Frau Müller und sagten, bis zum nächsten Mal. Als wir zu Hause angekommen waren, gaben mir Vater und Mutter einen Kuß, und ich ging schlafen."
Burhan öffnete leise die Tür und wollte sich so unauffällig wie möglich auf seinen Platz verkriechen, aber der Lehrer ließ es nicht zu. "Gut", sagte er zu Antonio, und im selben Atemzug schrie er "Burhan". Burhan war erschrocken. Er blieb wie angewurzelt stehen. "Du brauchst dich nicht zu setzen". Burhan drehte sich um und kam wieder nach vorne. Die ganze Klasse glotzte ihn so dumm an. Er stand regungslos da. "Nun", sagte der Lehrer, "erzähl uns mal was". Burhan begann leise; die Klasse war unruhig, und der Lehrer sagte, er höre nichts. Burhan bekam einen roten Kopf. "Dieser schlimme Mahmud lacht schon wieder", dachte er und fing noch einmal an zu erzählen.
"Es war Sonntag. Mein Vater sagte, wir müssen Essen einpacken und zum See fahren und dort den Tag verbringen. Er sagte, es gibt Sonne und es ist schön. Meine Mutter sagte, sie muß waschen und sie hat keine Lust. Mein Vater sagte, sie ist blöd; wenn alle Leute wegfahren, jammert sie immer, aber wenn er sagt, komm' wir gehn, macht sie Theater ..." Burhan erzählte für seinen Vater parteiergreifend, "Scheißwäsche, jetzt gehen wir, sagte mein Vater. Meine Mutter sagte, er soll allein gehen ... Dann hat mein Vater ihr ein schlimmes Wort gesagt, und sie weinte. Dann gingen wir; mein Vater hat immer geflucht und meiner Mutter gesagt, sie soll den Kaffee und den Zucker nicht vergessen und sie soll auch sein Kissen mitnehmen. Meine Mutter sagte ja, ja ... Als mein Vater das Auto fahren wollte, fing er an zu fluchen, weil das Auto nicht fuhr. Meine Mutter sagte, wir sollen nach Hause zurückgehen. Dann aber ging es doch, und meine Mutter schwieg, bis wir ankamen. Dort am See war es schön. Meine Mutter legte eine Decke auf die Wiese, und ich habe ihr geholfen, die Sachen auf die Decke zu stellen. Mein Vater hat den Kassettenrecorder angemacht und auf laut gedreht. Er mag türkische Lieder ...
Türkische Lieder sind schön, soll ich eines singen?"
Der Lehrer griff ein, "nein, nein, weiter erzählen!"
"... Ja, ich nahm meinen kleinen Ball und ging spielen. Dabei sah ich ein Schild und darauf stand – Privat – Verboten – und noch irgendwas. Ich bin zu meinem Vater gegangen und habe ihm das gesagt. Er brüllte mich an, verboten, verboten. Du Idiot, sagte er zu mir und krempelte seine Hose hoch und ging seine Füße im Wasser kühlen. Meine Mutter sagte immer wieder, es ist heute so schön zum waschen. Dann fing mein Vater laut zu lachen an über einen Mann, der da komisch in der Sonne lag. Meine Mutter lachte auch. Mein Vater sagte ihr "guck' er hat kein Haar an der Brust, keins an den Beinen, keinen Schnurrbart; er sieht aus wie ein gekochtes Huhn", und beide lachten. Der Mann hat nichts verstanden, weil sie türkisch sprachen; er sah uns aber ganz böse an. Dann kam er bis zum Zaun und sagte meinem Vater "Du gehen, hier privat". Mein Vater lachte und sagte "Du müssen nix atmen. Luft privat". Der Mann war ganz böse und sagte "Du nix verstehen, hier privat, verboten, verstehen?" Mein Vater sagte ihm "Ich nix töten, ich nix klauen, ich nur Sonne gucken. Sonne nix privat, Sonne nix verboten!" Der Mann ist gegangen, und mein Vater sagte auf türkisch "gekochtes Huhn!" Ich war stolz auf meinen Vater, er hat nie Angst, er ist stark. Er erzählte mir, einmal in der Türkei ..."
Der Lehrer war sehr nervös. "Nun komm aber zum Schluß!" Die Schüler lachten gemein, nur Antonio nicht. Burhan schrie "Warum nicht, ich ..." aber keiner hörte zu. Der Lehrer klopfte auf den Tisch, "weiter, weiter, was habt ihr noch gemacht?" Burhan erzählte, indem er nur noch Antonio anblickte.
"... Ja, ich habe dann meinen Ball genommen und unter den Bäumen allein gespielt. Da kam ein Hund und schnappte meinen Ball. Ich hab' dann einen Stein genommen und nach dem Hund geschmissen. Ich traf den Hund aufs Ohr – ich treffe Hunde immer – er ließ dann meinen Ball los – ich mag keine Hunde, mein Vater mag auch keine ... Der Mann vom Hund kam zu meinem Vater und schimpfte. Mein Vater sagte: "Warum Hund Ball nehmen, Hund schuld". Der Mann sagte, ich soll mich entschuldigen. Mein Vater war böse und sagte: "Du nix mit meinem Sohn sprechen". "Burhan, schlag den Hund", sagte er auf türkisch zu mir. Ich habe dann dem Hund einen Tritt gegeben – wenn ich das nicht gemacht hätte, hätte es Ohrfeigen gegeben. Der Mann war sehr, sehr böse und sagte "Hier nix Türkei! Hier Hund wie Mensch!" Mein Vater lachte und sagte "Scheißhund, Hund nix gut, Kind viel besser". Der Mann war wütend und sagte, er holt die Polizei. Mein Vater sagte "Du können alles holen, wir hier bleiben". Der Mann sprach mit seinem Hund und beide gingen. Meine Mutter sagte, wir sollen gehen; mein Vater schimpfte auf sie und auf den Hund. Ich war sehr stolz auf meinen Vater.
Zwei Polizisten kamen, und mein Vater bekam Angst. Sie redeten viel, und mein Vater sagte immer "Kind nix Hund kaputt machen". Der große Polizist schüttelte den Kopf und schrieb in seinem Heft. Und dann gab er meinem Vater ein Papier, und sie gingen wieder. Mein Vater steckte das Papier in seine Tasche und sagte meiner Mutter, sie soll aufräumen und wir fuhren nach Hause. Meine Mutter war gut gelaunt; sie sagte, jetzt kann sie waschen. Nur mein Vater und ich waren traurig. Er sprach kein Wort und rauchte viel. Zu Hause hat er ..."
Der Lehrer unterbrach Burhan. "Schluß, genug! Das ist doch kein Ausflug! Es ist doch immer dasselbe mir dir, geh' auf deinen Platz!"
Burhan wurde wieder rot; mit gesenktem Kopf ging er zu seinem Platz. Er hatte noch erzählen wollen, wie sein Vater zu Hause geheult hatte. Der Lehrer rief Mahmud zum Erzählen. Als Mahmud mit den Worten "Herr Meier kam zu uns und fragte meinen Vati, ob wir mit ihm im Garten feiern ...", anfing zu erzählen, begann Burhan zu weinen. Leise, ganz leise weinte er vor sich hin, damit die Schüler es nicht merkten.

RAFIK SCHAMI

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift

für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

5,- DM. November 80 A21163F Nr. 7

SCHWERPUNKT: Datenverarbeitung – Ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.
WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Schwerpunkt:
Datenverarbeitung – Ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle

Sesam öffne Dich! * Datenschutz und Lohnarbeit * Von der sozialen Sicherheit zur sozialen Kontrolle * „Der Vandalismus nimmt allgemein zu" * Der neue Personalausweis * Durchsetzung eines Personalinformationssystems * Weitere Themen:
Zum Verhältnis von Spieltheorie und Wirklichkeit * Chemie-Wissenschaftsläden in Holland * Braunkohlentagebau * Big Brother * Evolution und Energiekrise

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 5.– Einzelheft
DM 20.– Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten).
erscheint vierteljährlich

Zur Kritik der Kritik

Jens Huhn stellt mit viel Ironie die Sommerschulen der strategischen Ratlosigkeit des SB gegenüber. M.E. ist es nicht der Anspruch der Sommerschulen, eine neue SB-Strategie darzustellen, sondern sie entspringen einerseits aus dem Interesse nach Information und Kontakt mit Alternativprojekten und den Ideen der Alternativbewegung und andererseits aus einer verbreiteten Unzufriedenheit mit herkömmlichen Arbeits-, Lebens- und Politikformen.
Der Vorwurf von J.H. bezieht sich auf einen subjektivistischen Dogmatismus, der in der Form nicht existiert. Klar ist da die Suche nach einem neuen linken Standpunkt und vielleicht nach einer neuen persönlichen Perspektive, aber es ist eben eine SUCHE und kein Dogma.
Ich finde auch gerade persönliche Betroffenheit für politisches Handeln verdammt wichtig, wenn sie nicht dabei stehen bleibt, sondern weitergeht, in einer kollektiven Reflexion und einem evtl. daraus entspringenden Handeln, mündet.
J.H. schreibt mehrmals von den Diskussionen der letzten 10 Jahre und baut ausgehend davon einen Gegensatz zu den Sommerschuldiskussionen auf, die angeblich "die Arbeit und ihre Organisationsform (als) die Mutter aller Dinge" hinstellt. In den Sommerschulen werden die Projekte und Ideen ganz besonders unter dem Aspekt ihrer Ganzheit von Arbeit **und** Leben diskutiert. Schon die Selbstorganisation der Tagungsteilnehmer **ohne** Ober-Polit-Makker und Organisatoren und entsprechende entfremdete Kopf-Arbeits-Formen ist ein Beweis dafür, daß es auch und vor allem Hier-und-Jetzt um neue Lebens- und Umgangsformen geht.
Im Seminarleben und im Kontext mit den Projekten wird so eine abgehobene Sicht vom Individuum bzw. "neuen Menschen" ("im Prinzip gut", "vernünftiger Träumer"), – falls sie überhaupt mal existierte – schnell runtergezogen auf den Boden der Konflikte, Ängste und Schwierigkeiten. Es ist auch falsch, daß auf Sommerschulen "über das wahre Ausmaß der Verwüstung, das die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Individuen hinterlassen", hinweggetäuscht werden soll. Es geht bei der Auseinandersetzung mit aktuellen Ansätzen alternativen Lebens gerade darum, Wege zu finden, diese Verwüstung zu bekämpfen und zu verhindern. Für mich sind dabei zwei Sachen wichtig: einmal die konkrete Subjektveränderung, z.B. durch neue Lebensformen, voranzutreiben, um vielleicht mehr "solidarisch" und "kreativ" sein zu können und zum anderen in eine möglichst breite Diskussion von "Alternativen" und "Linken", Leuten aus Betrieben und Institutionen mit dem Ziel einer Auseinandersetzung über die politische Wirksamkeit von Alternativprojekten oder auch von traditioneller linker Politik zu kommen.
J.H. stellt die Pantomime verkürzt und damit verfälschend dar. Wenn es so einfach wäre, gemeinsam mit anderen politischen Perspektiven, Wünsche und Hoffnungen zu entwickeln und umzusetzen, hätten wir nicht vorher in aller Breite Angst, Einsamkeit, Frust und 'Fraktionsbildungen" dargestellt. Wo ich J.H. zustimme (allerdings nicht mit einem abwertenden Beigeschmack) ist, daß die Sommerschulen keine praktischen Lösungen praktizieren. Dieser Anspruch ist auch am falschen Ort, denn darum, aus der Sommerschule ein Alternativprojekt entspringen zu lassen, geht es hier garnicht. Daß die Tagungsorte idyllisch sind, stimmt und ist zu begrüßen! Daß es für einige Teilnehmer auch Ferien sind, stimmt und erklärt sich daraus, daß sich die Berufstätigen dafür Urlaub nehmen, und das ist nicht gleich "Ferienseligkeit". Allerdings steckt m.E. hinter dieser Beschreibung von J.H. der moralische Zeigefinger des politischen Märtyrer: 1. Politik hat keinen Spaß zu machen; 2. und wenn etwas Spaß macht, kann es nicht politisch sein.
Es ist richtig, daß Selbstverwaltung und die Aufhebung "diverser" Widersprüche im Rahmen eines Probehandelns versucht werden. Aber ob das "schwach" zu nennen ist, bloß weil der Kapitalismus trotzdem besteht z.B., das ist die Frage.
Ich habe ein Interesse an gesellschaftlicher Veränderung, aber nicht an irgendwelchen-sowieso-unwirksamen "stategischen Würfel", der historische Zeitpunkt bzw. die Entwicklung ist nicht auf dem Stand, daß irgendjemand den großen gesellschaftsverändernden Wurf tun könnte. Was ist das? **Nur** "ein anderes Politikverständnis" oder eine "neue Politik"? (Ich wüßte gern den Unterschied zwischen diesen beiden Worten.) Ganz bestimmt geht es nicht nur um die negative Abgrenzung gegenüber vergangener linker Politik. Es geht um was Neues! Und diese Suche nach der neuen Politik ist nicht einfach als "Bedürfnisfetischismus", "Ferienseligkeit", "Theoriefeindlichkeit", "alternative Ingenieurwissenschaft" und "Lagerfeuerromantik" vom Tisch zu wischen. Ich halte eine solche Darstellung für unsolidarische Kritik. Außerdem, wie sollte der von J.H. geäußerte Anspruch der neuen Linken, "die Angst des Menschen vor dem Menschen abzuschaffen", ohne Einbeziehung und Veränderung der Subjekte von statten gehen?
Bewußtseinsbildung und Subjektveränderung ist möglich und sehr notwendig, was J.H. auch im Kampf des Individuums gegen die Angst sieht. Allerdings ist das Individuum nicht **nur** allein mit sich, denn so gesellschaftlich geworden die Angst und die Kaputtheit ist, so kollektiv bearbeitbar ist sie auch, und die Sommerschulen sind ein Ausdruck des Bedürfnisses nach Veränderung sowohl des eigenen Lebens als auch des kollektiven politischen Handelns.
Und wenn es um die "Selbstheilungskräfte", die angeblich im Bauch sitzen, gehen würde, bräuchten wir uns nicht mit Selbsthilfegruppen und Genossenschaften unterhalten, bräuchten wir keine alternative Ökonomie, sondern würden besser in eine Therapie gehen.

UTE VOGT

USA.
Was in der Wahl nicht entschieden wurde

Der Artikel von Samuel Bowles erreichte uns kurz vor der Wahl. Seine Relevanz und Aktualität behält er jedoch uneingeschränkt bei. Er beruht auf der Voraussetzung des Vorhandenseins zweier konkurrierender Kapitalfraktionen, die mit der Charakterisierung als "Konkurrenzkapital" (politisch reaktionär, Tendenz: Liberalismus alter Prägung) bzw. als "monopolistisches" Kapital (politisch: gewerkschaftsintegrierend und systemerhaltend, Krisenmanagement) nur annähernd genau erfaßt zu sein scheinen, aber dennoch eine nützliche Unterscheidung zum Verständnis der Widersprüchlichkeiten in der USA-Politik setzen, an denen Carter gescheitert ist, und an denen der neue Tandem-Reagan als Mann des Konkurrenzkapitals, sein Vize Bush als Mann des monopolistischen Kapitals sein akrobatisches Talent – erfolglos wohl – versuchen wird.

Die diesjährige Wahlkampagne hätte über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen, denen sich die USA derzeit gegenübersehen, geführt werden können. Sie wurde es nicht.
Dennoch hatte es vor einem Jahr anders ausgesehen. Es schien sich eine Konfrontation zwischen Kennedy und Reagan anzubahnen, die mehr als ein Glamourkampf zwischen dem Zugpferd Reagan und dem Pferdezähne blekkenden Carter gewesen wäre. Kennedy gegen Reagan – das wäre ein Wahlkampf zwischen zwei verschiedenen ideologischen und technischen politischen Programmen geworden und hätte folglich eine echte Wahlentscheidung zur Folge gehabt.
Aber auch hinter den gewohnten Vernebelungen und Plattheiten der Wahlplattformen Carters und Reagans konnten sich geschichtsträchtige Schlachtenordnungen abzeichnen.

Ein neues Re-Alignment: politisch

Die New Deal-Koalition, die seit der Präsidentschaft Franklin Roosevelts im Jahre 1932 bis zu Lyndon Johnson 1968 die politische Szenerie in den USA beherrscht hat, ist aus-

das politisch-liberale Finanzkapital der Wall Street, ist in sich gespalten. Ihr Juniorpartner, die Gewerkschaftsbewegung, steckt ebenfalls in der Krise: gravierende Gegensätze in der Führung, eine zunehmend unbotmäßige Basis und ein schleichender Mitgliederschwund. Angesichts des ständig schrumpfenden verfügbaren Einkommens der Arbeiter und der ominösen Herausforderung des US-Kapitals durch die bundesrepublikanischen und japanischen Kapitalien ist die Kompromißbereitschaft zwischen beiden arg strapaziert und im Untergehen begriffen.
Rechtes Konkurrenzkapital und Monopolkapital wetteifern um die Besetzung des politischen Niemandslandes und die Absegnung ihrer jeweiligen Wachstumsprogramme zur Sicherung von Profit und Preisstabilität. Auf der Tagesordnung steht die Umstrukturierung des politischen und ökonomischen Systems der USA. Freilich sollte ein Blick zurück in die nahe Vergangenheit uns auf der Hut vor der Illusion sein lassen, die Lösung der Kernprobleme könnten nach erfolgtem Wahlspruch in Angriff genommen werden.
Schon Carters Wahl vor vier Jahren und die

der Trilateralen Kommission, ein Geisteskind des David Rockefeller, in Spitzenpositionen der Administration schien die Weichen für die künftige amerikanische Politik und Wirtschaft gestellt zu haben.
Das Wesentliche hinter dem Wirbel der Erscheinungsformen liegt ziemlich klar zutage: die Bildung einer neuen mehrheitsfähigen Koalition. Daß die führende Kraft dieser neuformierten Koalition das monopolistische Kapital sein wird, daran ist nicht zu zweifeln. Wie auch nicht daran zu zweifeln ist, daß dieses Kapital nicht ohne Verbündete auskommen kann.
Welche Verbündeten? Das monopolistische Kapital könnte eine anachronistische Lösung ausprobieren, indem es sich mit den kleinen Gewerbetreibenden und Firmeneignern zusammentut. Die offenkundigen politischen Mängel dieser altmodischen 'Privateigentumsallianz', nämlich die schmale und qualitativ schwindende Basis, könnten dadurch zu überwinden versucht werden, daß die alte ideologische Symphonie der Neuen Welt neu orchestiert wird: der althergebrachte Individualismus, der Mythos des sozialen Aufstiegs und die Abneigung gegen alles Statische, wie sie die traditionelle "middle class" hegt – all das angereichert mit einigen gemeinhinniger geltenden Wertvorstellungen. Es bieten sich dafür eine antifeministische Verteidigung der patriarchalischen Familie und der patriotische Schwur auf die "weltweiten US-Interessen" als zusätzliche Köder an. Dies war – grob gesehen – die Koalition, die Reagans Nominierung durchsetzte und die beispiellos in der amerikanischen Geschichte dastehende reaktionäre und antifeministische Wahlplattformrhetorik der Republikanischen Partei prägte. Dem Kapital bleiben alternative Möglichkeiten. Es könnte versuchen, ein neues Pakt mit der Gewerkschaftsbewegung anzustreben und sein Verhältnis zu den Facharbeitern, Technikern und Beamten zu regeln. Dies ist

Reagan im Bush

Koalition, welche 1976 26% der Wählerschaft hinter sich scharte, was ausreichte, Carter ins Weiße Haus zu schicken.

Das Re-Alignment: ökonomisch

Auf wirtschaftlicher Ebene ist der Einsatz nicht weniger hoch. Selbstverständlich ist er engstens mit den Planspielen zur Bildung einer mehrheitsfähigen Koalition verflochten. Das Ziel selbst ist in der Geschäftswelt kaum umstritten: Die Tendenzwende für die fallende Profitrate der großen Kapitalien herbeiführen und die nationale wie internationale Preisstabilität wiederherstellen. In der Frage nach den Mitteln gehen die Meinungen allerdings weit auseinander.
Die sogenannte "Neue Ökonomische Rechte" der Chicagoer Schule verdankt ihren Blitzaufstieg in die politischen Spitzenpositionen der massiven finanziellen Unterstützung durch die Geschäftswelt und dem immer deutlicher werdenden Bankrott des amerikanischen Keynesianismus. Ihre Laissez-faire-Ökonomie und Anti-Gewerkschaftspolitik konnte sich auch einiger Popularität in breiteren Bevölkerungskreisen erfreuen, die sich zunehmend ablehnend gegenüber Regierung und Gewerkschaft zeigten. Illustrativ in diesem Zusammenhang ist der aufsehenerregende Erfolg des Steuerreferendums im Bundesstaat Kalifornien, wo es gelang per Volksentscheid eine drastische Senkung der Vermögenssteuer durchzusetzen.
Das Bild ist indes nicht eindeutig. Bei der Verfolgung ihrer steuerpolitischen Ziele mußte die Neue Rechte auch Niederlagen einstekken. Ein neuer Versuch der "Steuersenkungspartei" nunmehr auch die Einkommenssteuer drastisch zu reduzieren, scheiterte am Widerstand einer Arbeitnehmerkoalition im öffenlichen Dienst. Der Aufhebung der Preisbindung für Erdöl und Erdgas stehen beachtliche Erfolge bei der Sicherung einer demokratischeren Reglementierung im Kernenergiesektor entgegen. Die Rechte blieb äußerst erfolglos bei ihren Versuchen, eine Kürzung der staatlichen Sozialausgaben durchzusetzen. Die US-Wählerschaft widersetzt sich dem Verschwenderstaat, nicht dem Wohlfahrtsstaat.
Nach einer Reihe gesetzgeberischer Niederlagen und dem Überstehen einer aggressiven, durchfinanzierten Disziplinierungskampagne werden Inhalt und Rhetorik der gewerkschaftlichen Forderungen wieder streitbarer.
Dennoch bleibt der Widerstand vorerst weitgehend vereinzelt und dürftig organisiert. Nichts zeigt dies besser auf als die Niederlage Ted Kennedys bei den Präsidentschaftsvorwahlen. Kennedys Programm (Bundeskrankenversicherung, Preis-, Lohn- und Profitstopp) wurde Meinungsumfragen zufolge von einer beachtlichen Mehrheit in der öffentlichen Meinung beigepflichtet.
Nur wer die Eigenart der USA-Gesellschaft und ihre spezifischen Integrations- und Legitimationsmittel verkennt, wird sich abermals über die Tatsache wundern können, daß der heftigste Gegenangriff gegen die Neue Rechte von dem liberalen monopolistischen Kapitals ausging. Bedenkt man die maßgebende Rolle des monopolistischen Kapitals bei der Bildung des Wohlfahrtsstaates und des Preisbindungsinstrumentariums, das ja gerade die Zielscheibe der Attacken der Neuen Rechten ist, kann dies nicht wundern.

Nicht weniger Staat, sondern effizienter

Ende Juni veröffentlichte Business Week einen Sonderbeitrag unter der Überschrift "Die Re-Industrialisierung Amerikas". Gut informierte Kreise wollen wissen, daß der Verfasser Felix Rohatyn sei, ein einflußreicher New Yorker Bankier mit engen Geschäftsverbindungen zu Rockefeller. Rohatyn ist der Urheber des Mitte der 70er Jahre in Kraft getretenen Sanierungsprogramms für New York City, durch das die Banken vermittels der Municipal Assistance Corporation (etwa: kommunale Beistandsgesellschaft) die Finanzhoheit der Stadt unter ihre Kontrolle brachten.
Die Zurückweisung der "Unsichtbaren Hand" durch die sichtbaren Hände des Großkapitals zugunsten des Allgemeinwillens und des Sozialvertrages ist nicht blos ideologisches Lametta. Business Week versorgt seine Leser mit detaillierten Beweisen für die Notwendigkeit der ökonomischen Planung und des sozialen Konsenses. Bemerkenswert in diesem Dokument (das eine viel gründlichere Analyse verdient, als ich hier geben kann) ist ebenfalls der heftige Angriff auf die Mißwirtschaft der Großunternehmen als Quelle der wirtschaftlichen Stagnation in den USA: Detroits kurzsichtige Straßenkreuzermanie, Pittburghs technologische Verschlafenheit im Stahlsektor.
"Business" ist freilich nicht der einzige Angeklagte in dieser sachlichen Analyse. "Government" wird ebenso gerügt. Bezeichnenderweise wird als Anklagepunkt nicht "zu viel Hineinregieren" aufgeführt, sondern die "Widersprüchlichkeit" der Regierungspolitik ist Zielscheibe des Angriffes: Die Konsumenten hätten ihre Erwartungen zu hoch angesetzt, die Erwartungen müßten herunterge-

BUCHLADEN VERLAG 2000
Frankfurt-Bockenheim,
Jügelstr. 1, Studentenhaus
Telefon: 0611 - 77 5o 82

Warum in bürgerlichen Läden kaufen ? Wir sind kleiner,

aber mindestens genauso gut
Überschüsse werden nicht privatisiert, sondern in die politische Arbeit des SB gesteckt.
geöffnet: Mo - Fr 9 - 18.30
Sa 10 - 13.30
Was nicht vorrätig ist, wird besorgt — Das Meiste bis zum nächsten Morgen !!!!!

schraubt werden, Labour habe eine destruktive "Feindhaltung" gegenüber dem Kapital angenommen, aber so Business Week, dies ist teilweise eine Folge der Attacken rechter Kapitalisten auf die Gewerkschaft.
Das von Business Week befürwortete Ausmaß der direkten Staatseingriffe in die Produktion und Investitionsentscheidung läßt die Veröffentlichung als einen neuen ideologischen und programmatischen Start des US-Kapitals erscheinen. Und die Ironie will, daß sie den totalen Sieg der von der Angebotsseite ausgehenden Wirtschaftstheorie bestätigt, da nunmehr sowohl das liberale wie das reaktionäre Kapital – aus unterschiedlichen Gründen – die Mangelhaftigkeit der Keynesianischen Globalnachfragesteuerung bescheinigt haben.

Gemeinsame Ziele, unterschiedliche Mittel

Beide Parteien, alle Kandidaten und die Mehrzahl der Ökonomen sind nun endlich doch zu dem Schluß gekommen, daß es sich um eine ökonomische Strukturkrise handelt. Sehr selten aber wird konkret angegeben, worin die Krise ihren Ursprung hat. Tatsächlich handelt es sich hierbei um einen nationalen und internationalen Ursprung.
Über die Machtverschiebung im internationalen Kontext ist bereits sehr viel geschrieben worden. Es handelt sich hierbei um die Konkurrenz des japanischen und BRD-Kapitals sowie um die Bedeutung der OPEC. Ich will mich über sie nicht weiter auslassen und lediglich die dichtotomischen Effekte auf die Krise des US-Kapitals hervorheben: Fortwährende Unruhe im Weltwährungssystem und in den Handelsbeziehungen sowie ein sich ständig verschlechterndes Export-Import-Verhältnis. Wäre das US-Kapital in der Lage gewesen, der Arbeiterklasse die Kosten des sinkenden Dollars aufzubürden, wären die negativen Wirkungen des relativen Dollarverfalls weitgehend ausgeglichen worden. Aber das erwies sich als untunlich.
Es läßt sich statistisch eindeutig nachweisen, daß der Arbeitnehmeranteil am BSP seit dem Zweiten Weltkrieg signifikant angestiegen ist, und daß dieser Anstieg in Hauptsache von dem durch direkte oder indirekte staatliche Interventionspolitik (Einkommen aus dem öffentlichen Dienst, Subventionen im Erziehungswesen, Wohngeld, soziale Fürsorge usw.) ermöglichten Konsumzuwachs herrührt.
Dabei sind zwei Aspekte wichtig.
Erstens ist das Niveau der "politisch akzeptablen" Arbeitslosigkeit sehr viel niedriger nach als vor dem Zweiten Weltkrieg (obwohl immer noch sehr hoch, wenn man einen europäischen Maßstab anlegt). Zweitens ist bei dem schnellen Wachstum des Wohlfahrtsstaates und der länger werdenden Laufzeiten der Tarifverträge ein gewisses Unterbeschäftigungsniveau weitaus weniger als früher dazu angetan, die Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Während der letzten drei Rezessionen stiegen die Reallöhne der Arbeiter im Produktionsbereich nach der Rezession mehr an als während der Hochkonjunktur.
Die Bedeutung dieser Entwicklung ist schwerlich überschätzbar, da es ein scharfer Rückgang der privaten Kapitalmacht über die Arbeiterschaft anzeigt. Es ist folglich nicht verwunderlich, wenn sich die Aufmerksamkeit des Kapitals dem Staat zuwendet.
Durch die Strategien des liberalen monopolistischen Kapitals und des reaktionären Konkurrenzkapitals zieht sich mehr als ein gemeinsamer Faden. Gemeinsam ist beiden das Ziel einer Erhöhung des BSP-Anteils der Kapitalseite. Doch während das erstere auf Rationalisierungen setzt, wollen die letzteren die Schere an den Lebensstandard der Arbeiter ansetzen (insbesondere durch Reduzierung des staatlich finanzierten Konsums).
Eine zweite Gemeinsamkeit besteht darin, daß beide bestrebt sind, die Investitionen und Gewinne gegen die Ansteckung durch den liberal-demokratischen Staat unter Quarantäne zu setzen, wobei die Rechte zwecks Umstrukturierung auf die "Heilungskräfte des freien Marktes" setzt und die Regierung von der Wirtschaft fernhalten will. Dagegen vertritt die trilateralistische Richtung die Ansicht, nur ein interventionistischer Staat könne die Aufgabe der Umstrukturierung erfüllen und das Volk sollte von der Regierung ferngehalten werden. Die politische Strategie des liberalen Kapitals (die trilateralistische Fraktion) schließt die "Präsidialisierung" der Macht und die Immunisierung der exekutiven Entscheidungsfindung gegenüber Wahlen und Rechtfertigungen vor der öffentlichen Meinung ein.
Die grundlegenden strategischen Unterschiede zwischen reaktionärem und liberalem Kapital können nun zusammengefaßt werden.
Erstens: Entweder die Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeiterschaft wieder zu einer wirksamen Waffe werden zu lassen, oder Wege zu finden, die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit innerhalb eines autoritären Staatsgebildes zu sichern.
Zweitens: Entweder die US-Weltherrschaft durch massive Aufrüstung und aggressive Außenpolitik wiederherzustellen, oder einen Ausgleich mit China, Japan, der BRD und der UdSSR zu suchen.
Keine der beiden Strategien ist bislang sonderlich erfolgreich gewesen. Auch scheinen fürs erste keine entscheidenden Durchbrüche einer der beiden bevorzustehen. Der breite Konsens über den Wohlfahrtsstaat hat bisher jede nenneswerte Kürzung der Arbeitslosenversicherungsleistungen und anderer Sozialprogramme zu verhindern gewußt.
Es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich die neue Amtsperiode durch politische und wirtschaftliche Folgerichtigkeit auszeichnen wird, es sei denn, man ist bereit, ein weiterhin zu erwartendes Lavieren als folgerichtigen Ausdruck der von Widersprüchen zerklüfteten politischen Lage zu verstehen.

SAMUEL BOWLES

El Salvador: die kontinentale Bedeutung der Revolution

Um die volle Bedeutung des revolutionären Prozesses in El Salvador zu verstehen, muß man ihn als amerikanisches Ereignis interpretieren. Politisch wie historisch ist seine Dimension kontinental – nicht national. Die Erklärung für dieses Phänomen ist darin zu suchen, daß der Befreiungskampf in Salvador – in der Nachfolge der nicaraguanischen Revolution – als Focus und Katalysator dreier globaler politischer Tendenzen fungiert, deren Entwicklung für das Schicksal des Kontinentes entscheidend ist:

1. der reformistisch-konterrevolutionären Tendenz, die geographisch auf Noramerika zentriert ist und von den USA bestimmt wird;
2. der konterrevolutionären Tendenz, die geographisch in Südamerika zentriert ist und von Argentinien und Brasilien ausgeht; 3. der reformistisch-revolutionären Tendenz, die in Zentralamerika (Mexico, Isthmus, Karibik) dominiert und ihre Vormacht in Mexiko findet.

Das Kräfteverhältnis zwischen diesen drei Tendenzen oder geopolitischen Zonen ist der objektive Rahmen, in dem der nationale Befreiungskrieg geführt wird, und der daher auch die Möglichkeiten des Sieges oder Mißerfolges der Revolution wesentlich bestimmt. Untersuchen wir daher kurz seinen augenblicklichen Bedingungsrahmen. Die erste politische Tendenz bedarf keiner langen Erklärung. Die USA stellen ein imperialistisches System dar und sind als solches Feind jeder revolutionären Bewegung, die den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft überschreitet oder zu überschreiten droht.
Bedeutsam ist, daß die Lateinamerika-Politik der US-Regierung bislang zwischen der Unterstützung formal demokratischer Regime und einer offen-konterrevolutionären Position, wie z.B. im Falle Guatemalas schwankte. Es ist augenscheinlich, daß diese Politik das Dilemma des US-Imperialismus ausdrückt, sich für eine der beiden prinzipiellen konterrevolutionären Strategien entscheiden zu müssen, die mit den Namen "Chile" und "Portugal" verbunden sind. Die erste wird von der amerikanischen Außenpolitik traditionell verfolgt, was ihre Popularität begründet. Streng genommen, entspricht sie jedoch einer Etappe nordamerikanischer Vorherrschaft im Weltmaßstab, die heute der Geschichte angehört. Zudem stehen ihrer Anwendung die hohen Kosten, ihre Umstrittenheit und die Lektionen aus Vietnam und Iran entgegen. Die zweite Strategie hingegen, die ihre Feuertaufe in Portugal erhielt, ist eine europäische Erfindung. Ihre Meriten gehören der deutschen Sozialdemokratie, die nun eifrig bemüht ist, über die "Sozialistische Internationale" ihr portugiesisches Lehrstück in Lateinamerika zu wiederholen, zum Glück für die betroffenen Völker bisher ohne größeren Erfolg. Jedoch wie der US-Imperialismus sich auch entscheiden mag: weder die repressive noch die reformistische Variante enthalten eine Lösung, da die raison d'etre der massiven Repression in Lateinamerika (Militärdiktaturen) das gegenwärtige ökonomische Wachstumsmodell darstellt, dessen monopolistische und pauperisierenden Effekte die Massen zwingen – bei Strafe ihres Untergangs, möch-

te man sagen – gegen das System zu kämpfen. Die zweite globale politische Tendenz in Amerika (die offene Konterrevolution) ist das Resultat eines grundlegenden Dilemmas, welches die lateinamerikanischen Bourgeoisien seit Mitte der fünfziger Jahre nicht haben lösen können: die Entwicklung einer – das nicht mehr funktionierende Import-Substitutions-Modell ersetzenden – neuen ökonomischen Strategie. Diese hätte den herschenden Klassen erlaubt, als Vertreter eines "nationalen Projekts" aufzutreten und damit den qualitativen Sprung von der herrschenden zur führenden Klasse zu tun. Als die brasilianischen Militärs und Technokraten Ende der 60er Jahre (auf Kosten der Bevölkerung) das berühmte brasilianische Wirtschaftswunder inszenierten, schien dieses Dilemma überwunden zu sein. Doch die Hoffnungen verflogen schnell. Trotz der für das Gelingen des Modells hervorragenden Bedingungen des Landes (ausgedehnter Markt, abhängige herrschende Klasse etc.), blieb die Lösung vorübergehend. Heute hat das Modell seine ökonomischen Grenzen erreicht. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen. Erstens: wenn selbst unter den optimalen Bedingungen Brasiliens diese ökonomische Strategie keine für die Massen befriedigende Lebenssituation garantieren kann, dann sind die Wahrscheinlichkeiten ihres Gelingens in Ländern wie Argentinien, Chile, usw. noch weitaus geringer. Zweitens: der Liberalisierungsprozeß in Brasilien – die Rückkehr zur Demokratie – wird mit der zunehmenden Erschöpfung des gegenwärtigen Wachstumsmodells verschwinden, da die Löhne und Einkünfte der Arbeiter und Bauern die einzige "relativ leicht" zu manipulierende ökonomische Größe zur Stabilisierung der Profitraten darstellen. Die damit verbundene Senkung des Lebensstandards der Massen, bzw. die Verlängerung ihrer Misere, wiederum ist nicht durchsetzbar ohne die Wiederverwendung von Repressionsmechanismen, die zur Zeit weniger benutzt werden. Und dies schließt die Möglichkeit von Revolten ein. Die brasilianischen Militärs sind sich der Widersprüche und Gefahren dieser Situation durchaus bewußt und die aufsehenerregende Verbesserung der Beziehungen zum früheren Rivalen Argentinien zeigt, wo sie die prinzipelle Reaktionsmöglichkeit sehen. Alle nationalen Bourgeoisien Lateinamerikas stehen vor dem gleichen sozio-ökonomischen Struktur-Dilemma (Fehlen einer "lebensfähigen" ökonomischen Strategie), für das innerhalb der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse keine grundsätzlichen Lösungsmöglichkeit existiert. Der begründet politisch die strategische Schwäche dieser Bourgeoisien gegenüber den Massen. Die Revolution in Nicaragua (wie die Ereignisse im Iran) hat das zerstörerische Potential demonstriert, das für die etablierten Herrschaftssysteme aus diesem Zusammenhang resultiert. Die Entwicklung in El Salvador zeigt, daß die sandinistische Revolution kein isoliertes Ereignis darstellt (wie Kuba 1959), sondern sich kurzfristig in den wesentlichen Ländern Mittelamerikas wiederholen kann. Die sozialistische Revolution hört damit auf, ein bloß abstraktes oder kontrolliertes (Kuba) Phänomen zu sein, und verwandelt sich in eine reale Möglichkeit, in eine **konkrete** Gefahr für das **System**. Die Antwort auf diese Bedrohung findet sich in der Formierung einer supranationalen Allianz, deren Achse die vorherrschenden Kräfte 'Argentinien' und 'Brasilien' bilden. Aufgrund der noch unterentwickelten Produktivkräfte und ihrer erst teilweisen Integration bildet diese entstehende Allianz noch keinen organischen Block wie die EG. Sie hat vielmehr den Charakter eines durch das politische Interesse der Systemerhaltung motivierten und auf dem Niveau der Überbaustrukturen durchgeführten teilweise formalisierten Bündnisses. Das Neue dieser Allianz besteht darin, daß sie die Grenzen der aus der Geschichte Lateinamerikas bekannten Vereinbarungen und Kooperationen der Militärdiktaturen zur Verteidigung ihrer nationalen Machtposition überschreitet: die neue Allianz ist in ihrer Grundlage offensiv. Handelte es sich vor einem Jahr noch darum, Anschuldigungen über die Verletzung der Menschenrechte als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten" zurückzuweisen, so geht es heute darum, **die Subversion im gesamten Kontinent zu beseitigen.** Im kleinen Maßstab zeigt sich dieser offensive Charakter in der physischen Vernichtung exilierter Oppositioneller und in der großangelegten Organisation und Durchführung reaktionärer Staatsstreiche (wie z.B. in Bolivien). D.h. allgemein gesprochen geht es um eine expansiv-antikommunistische Tendenz in Südamerika. Ihren Kern bildete bisher das argentinische Regime. Doch die spektakuläre Freundlichkeit, mit der Videla bei seinem letzten Staatsbesuch in Brasilien empfangen wurde, die neuen Kooperationsabkommen sowie der Besuch Figuereidos (brasil. Präsident) in Chile, lassen keinen Zweifel daran, daß Brasilien in Zukunft eine aktive Rolle in dieser "Triple Allianza" spielen wird.

Mit der Wiederannäherung zwischen Brasilien und Argentinien und den rechten Staatsstreichen in Surinam und Bolivien hat sich die konterrevolutionäre Tendenz weiter ausdehnen und festigen können. Das nächste Glied in der Kette, das fallen würde, wäre wahrscheinlich Kolumbien, was zur Folge hätte, daß 1.) das kontinentale Kräfteverhältnis sich in gefährlicher Weise zugunsten der amerikanischen Reaktion verschiebt sowie 2.) die Konterrevolution geographisch die Grenzen der dritten geopolitischen Zone erreichen würde, die wir als reformistisch-revolutionäre bezeichnet haben. Zentralamerika ist im gegenwärtigen Zeitpunkt der Ort, an dem die prinzipiellen politischen Kräfte des Kontinents aufeinanderstoßen, und vom Ausgang dieses Konfliktes wird es abhängen, ob der Prozeß der lateinamerikanischen Befreiung einen (vorübergehenden) Rückschlag erfahren wird oder nicht. Nun ist offensichtlich, daß weder Nicaragua noch die revolutionäre Bewegung in El Salvador ein ernsthaftes Hindernis für die Realisierung der Interessen der Tendenzen "eins" und "zwei" darstellen, die darin übereinstimmen, die revolutionären Prozesse in der Region zu stoppen und wenn möglich, das historisch Erreichte (Kuba) rückgängig zu machen. Das einzige wirkliche Gegengewicht in der Region bildet Mexico, dessen politische Klasse aus verschiedenen Gründen der Ausbreitung des Herrschaftsmodells des Cono Sur (südl. Südamerika) entgegenarbeitet und – gestützt auf seine Erdölreserven – eine kluge Bündnispolitik betreibt. In dieser stellt Venezuela das Schlüsselglied dar, während Kuba, Nicaragua, Ecuador und Peru aus verschiedenen Gründen lediglich eine sekundäre Rolle spielen können. Die Bedeutung Mexicos für die erfolgreiche Entwicklung der revolutionären Befreiungsbewegungen in Zentralamerika ist daher vergleichbar der Bedeutung Argentiniens oder Brasiliens für den Sieg der amerikanischen Konterrevolution, wenn auch seine Interventionsmöglichkeiten – aufgrund der Nähe und Abhängigkeit von den USA – geringer sind. So ist beispielsweise Zusammenarbeit auf der militärischen Ebene, wie Argentinien sie in Bolivien verwirklichte, außerhalb der Handlungsmöglichkeiten der mexikanischen Regierung – wenn natürlich auch nicht der Organisationen des Landes. Gleichwohl: auch die ökonomische, politische und diplomatische Unterstützung der revolutionären Kräfte in Zentralamerika sowie die Existenz eines Hinterlandes für Organisation, Propaganda usw. ist von wesentlicher Bedeutung für den Ausgang des nationalen Befreiungskampfes. Mexico wie El Salvador spielen im gegenwärtigen Moment eine historische Rolle, die weit über die Bedeutung des lokalen Konfliktes hinausgeht: ihre Dimension ist amerikanisch und steht damit in der Tradition der großen amerikanischen Freiheitskämpfer, von Simón Bolivar über José Martí bis zu Ernesto Guevara.

HEINZ DIETERICH

Peter Stuyvesant-Generation und Umwälzung der Gesellschaft

Im folgenden versuchen Sabine Heilmann und Joachim Bruhn die Ereignisse um die Besetzung und Räumung des Dreisamecks in Freiburg zu analysieren. Insbesondere ihre Einschätzung des Verhaltens der Jugendlichen dort bedarf unserer Meinung nach weiterer Diskussionen. Wir wollen versuchen in der nächsten Zeit dazu Beiträge zu organisieren.

"links"-Redaktion

betrifft:Wohnversorgung in Freiburg,Zitat aus einem Brief von Dr. Bernauer (Stadt-kämmerer) an die ehemaligen Bewohner des Dreisamecks:"Die Stadt hat indessen im Rahmen ihrer finanziellen und sonstigen Möglichkeiten hier bereits einen beachtlichen Beitrag geleistet, was die in den zurückliegenden Jahren in Freiburg insgesamt erstellten und vor allem die von der öffentlichen Hand geförderten Wohnungs-neubauten deutlich beweisen."

Freiburg, die Perle des Breisgaus

Freiburg, das ist für die Mehrheit der Bundesbürger verträumte Metropole des Südschwarzwalds, eine Stadt mit hohem und zunehmend künstlich hergestelltem Freizeitwert, in der sich apathische Studenten, der nahe gelegenen Skihänge des Feldberges wegen, am Ort, unter beamtete Schoppenstecher mischen, eine Stadt, in der die Habsburger ihre Gassen und Winkel hinterließen und der Blick vom Münster die Rebhänge des Kaiserstuhls zeigt. Der legale Bürgerprotest sieht freilich von dort bei klarem Wetter zudem das AKW Fessenheim und die Wohnburgen der Vorstadt, er bezieht sich auf Wyhl, auf die Erfolge der Grünen (12 % bei den Landtagswahlen, 4 Mandate im Gemeinderat) und findet in der Region das heimelige Bild eines demokratischen Massenprotestes gegen bürokratische Zumutung, gegen den Übermut der Ämter, für saubere Verwaltung. Das radikale Ghetto der Stadt hat in den letzten 10 Jahren vom SDS über den KBW, von den spontaneistischen universitären Basisgruppen über die GEW bis hin zur kreuzbraven alternativen Kramladenkultur alles durchgemacht, alles verschlissen und ekelt sich vor sich selber.

Beide, Bürgerinitiativen und städtische Subkultur, opponieren getrennt gegen die beginnende Industrialisierung der Region, gegen Umstrukturierung und Ausbau des Oberrheingebietes, seine Ankoppelung an die 'Rheinschiene', die von Frankfurt über Mannheim bis in den Baseler Raum hinein fortschreiten soll. Dies bedeutet Umbau des flachen Landes: eine Kette von nahe am Rhein gelegenen AKW's, von denen Wyhl nur eines ist (dazu sind geplant oder in Betrieb: Philippsburg 1 und 2, Rheinau-Rheinmünster bei Baden-Baden, Fessenheim mit 4 geplanten Blöcken und Gerstheim auf französischer Seite) zerstören, im Verein mit Rheinregulierung und Bau neuer Staustufen, die wertvollen biologischen Biotope der Auwälder, haben längst den letzten Fischer in die Pension getrieben. Verkehrstechnische Erschließung (die neue Zollabfertigung bei Basel, der Autobahnausbau auf 6 Spuren von Karlsruhe gen Süden) und Industrialisierung des Weinbaus durch staatlich verordnete Flurbereinigung vertreiben die Winzer, fördern die großen Weinbaugüter, bringen die Endmoränen städtischen Überdrusses in Form ganzer "Rolladensiedlungen" aus Zweitwohnungen zur Ablagerung aufs Land.

Der Umbau der Region macht vor der Stadt nicht halt: hier entsteht das Kapital-, Dienstleistungs-, Verwaltungs- und ergo Polizeizentrum der Region. Die Wohnungen sind knapp, die Bodenspekulation blüht, die Polizeischule wird auf das Doppelte erweitert. Das Mobile Einsatzkommando Süd, das bei der Räumung des Dreisamecks zum Einsatz kam, ist hier zu Hause. Der sozialdemokratische Magistrat baut, offenbar verfolgt von der Anspruchsinflation des Bürgers, den Sozialstaat aus und muß, um das Versorgungsparadies zu finanzieren, mehr Gewerbesteuern eintreiben, konsumfreudige wie -fähige Bürger anziehen. Das Städtebauförderungsgesetz legitimiert die rentable Nutzung des zentrumsnahen Bodens, die Polizei ermöglicht die schon aus sozialhygienischen Gründen notwendige Vertreibung der im Zentrum noch wohnenden Rentner und Studenten, Ausländer und Alternativen, das Verkehrsministerium subventioniert deren reibungslosen Rücktransport zur Verwertung ins Zentrum und legt nebenbei die dafür nötige neue Stadtbahn quer durch ein anderes, noch intaktes Wohnviertel, während die Stadt obendrauf noch ein 100 Millionen Mark schweres Kongreßzentrum setzt.

Die Luft ist erdrückend. Seit 1975 werden Wohngebiete geräumt zum Bau von Autobahnen, seitdem häufen sich die Niederlagen des Häuserkampfes, egal, welche politische Organisation ihn gerade 'anleitete'. Die Stadt geht selektierend vor, nimmt sich die Säuberung des eigentlichen Zentrums von devianten Gruppen zuerst vor und spart einstweilen die im Grünen wohnende, jetzt auch grün wählende Bevölkerung des Zentrumsrandes aus. Die Arbeiter sind längst in die Vorstädte abtransportiert und abserviert. Der funktionalen und profitablen Nutzung des Zentrums stand nur noch das Dreisamseck, seit 1977 besetzt, entgegen. Es war Sammelpunkt aller, die von der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschwitzt worden waren: der Penner, des akademischen Proletariates, der alternativen Töpfer- und Meditationsgruppen, der linken Schüler, der arbeitslosen Jugendlichen, der frustrierten Maoisten und Lehrlinge, der Dope-Konsumenten und kleinen Dealer. Das Bürgertum der Stadt sah sich diese Mischung aus Asyl und Zukunftswerkstätte an, erschrak über ihr regellos-anarchistisches Produkt und merkte, daß die Peter-Stuyvesant-Generation über dem Blick in die überquellenden Schaufenster des kapitalistischen Reichtums das bürgerliche Arbeitsethos verlernt hatte. Plangetreu hatte das hier schäumende Leben einer Lebensversicherung zu weichen. Aber in dem schärfsten Konflikt in Freiburg, der zu den größten Demonstrationen der Nachkriegszeit führen sollte, tat sich alles andere als ein Laboratorium linker Politik, auf der nur die angemessene Theorie fehlte.

Die Verteidiger des Dreisamecks

Die Situation war von Anfang an seltsam vertrackt. Obwohl sich im Dreisameck all diejenigen versammelten, denen die bürgerliche Gesellschaft Überdruß und Ekel bedeutet, sammelte sich hier keine 'Opposition'. Der Gegenpart der bürgerlichen Gesellschaft zeigte

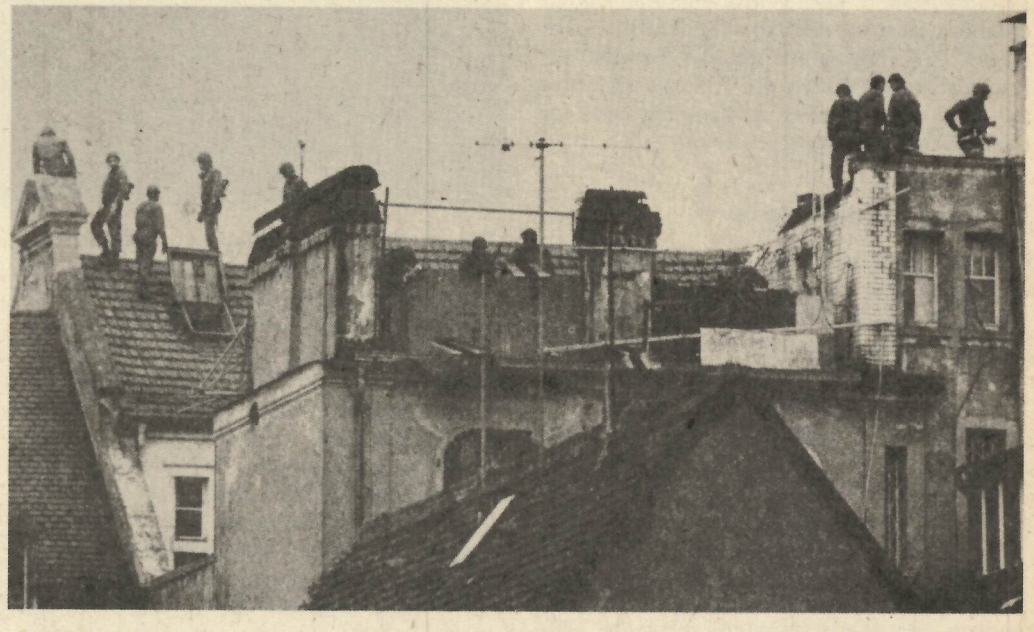
sich zum "anderen Leben" ebenso unfähig, wie diese selbst zum "immer und immer besseren". Daß die Bewegung von den Politikformen der studentischen Kaderparteien sich absetzte, ist so auch nur die Kehrseite ihres Stolzes darauf, daß sie überhaupt darauf verzichtet, Flugblätter vor Fabriktoren zu verteilen. Die Notwendigkeit, sich systematisch mit der Wohn- und Lebenssituation der Ausländer, Kinder'reichen' und in den Vorstädten behausten Arbeiter und Angestellten auseinanderzusetzen, die Interessen aufeinander zu beziehen und sich nicht nur Legitimation, sondern aktive Solidarität bei anderen Unterdrückten und Beleidigten zu verschaffen, wurde nicht erkannt. Bemühungen einzelner, mit bestehenden Mieterinitiativen ins Gespräch zu kommen, verebbten schnell, bzw. erschöpften sich in der gegenseitigen Versicherung des guten Willens. Der Verzicht, in bürgerliche Öffentlichkeit gezielt und überlegt einzudringen, führte dazu, daß sich diese wie ein Leichentuch über die 'Protest'bewegung legte. Argumente für den Kampf konnten so in Attacken auf ihn umgebogen werden: Sozialdemokratische Stadträte konnten das Verlangen auf Erhalt des Hauses als Kulturzentrum – das Recht abweichender, selbstorganisierter Kultur auf staatlich gerantierten Freiraum gerann zum einzigen Argument – denunzieren als Kampf ums Privileg angesichts der noch viel schlechteren Lage anderer sozialer Gruppen. Die Tatsache z.B., daß Hauseigentümer oft große Wohnungen lieber an Wohngemeinschaften als an kinderreiche Arbeiterfamilien vermieteten, weil diese als Anhäufung von Einzelverdienern und -ausgehaltenen in der Summe mehr aufwenden können (und ergo auch müssen), wurde nicht zum Angelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit. Die Ablehnung verbindlicher Politik mündete in der Nicht-Politik, die der repressiven Ausschaltung der Häuser den Weg planierte.

Darum kann auch die der Räumung folgende Protestwelle mit tagelangen bürgerkriegsähnlichen Zuständen und Demonstrationen von bis zu 15.000 (und das tagelang) nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Massenmobilisierung den Verteidigern fast zufällig in den Schoß fiel (in der Nacht der Räumung sahen sich nur 400 Demonstranten 1.200 Polizisten gegenüber). Massenmobilisierung und Massen-(selbst)organisationen fielen weit auseinander. Die Politik gegenüber der Stadt beschränkte sich darauf nachzuweisen, daß mit einer städtischen Bürgschaft von zwei Millionen Mark das Haus selbstfinanzierend zu halten sei. Diese Strategie, gedacht als Versuch, die Stadt im Vorfeld der Kommunalwahlen mit praktikablen Modellen (Genossenschaft) zumindest in Legitimationszwänge zu setzen, scheiterte nicht zuletzt daran, daß sie von den Vollversammlungen nicht getragen, sondern passiv erduldet wurde. Aus einem taktischen Mittel wurde so unversehens der einzige strategische Politikentwurf der Besetzer, weil die weiter zielende Öffentlichkeitsarbeit völlig unterblieb. Die Begeisterung über die in Amsterdam kämpfenden Kraaker, die dem Staat zeigten, was eine Harke ist, die Antipolitik, die auf unreflektierte Militanz hinausläuft (so wurde es zumindest hier aufgenommen), schaffte sich in der Kritik des 'Legalismus' des Genossenschaftsprojektes Luft. Allerdings darf unter 'Kritik' nichts Falsches verstanden werden. Die Bewegung ist wesentlich sprachlos, die Kritik ist eine Abstimmung mit den Füßen: während einige diskutieren, geht der Rest an den Bau von Barrikaden, die nachher preisgegeben werden mußten, weil der Staat militärisch 'noch' überlegen war, und ergeht sich dabei in Gewaltphantasien. Die Besetzer blieben isoliert, täuschten sich mit einer gelungenen Mobilisierung der Scene darüber hinweg und waren dem Staat fast um die Räumung dankbar, denn die Probleme im Haus wurden als undiskutierte immer größer und die anfängliche Entschlossenheit drohte zu zerfallen.

So wird die Demonstration etwas ganz anderes, als sie es der Protestbewegung war. Sie gleicht nun der Expedition von den Sümpfen hinein in das Dickicht der Städte, dem Kommandounternehmen, das, sorgfältig konspirativ vorbereitet, sowohl Mutprobe wie Abenteuer bereithält. Für die Juni-Demonstrationen hatte die Polizei durch ihr massives Auftreten noch selbst agitiert – nun verzichteten die Besetzer des Schwarzwaldhofes gänzlich auf Öffentlichkeitsarbeit und vertrauten gutmütig auf die jederzeitige Wiederherstellbarkeit massenhafter Empörung. Die Demonstration am 17.10. mit 3.000 Teilnehmern war nicht angemeldet; selbst der Versuch, dieses zu tun, wäre als blanker Reformismus erschienen. Die Demonstration ist nicht Herstellung von Öffentlichkeit, nicht massenhafte Artikulation von Forderungen und Beweis, daß die kleine radikale Minderheit immerhin Tausende zählt – sie ist den durchaus stalinistisch sich verhaltenden informellen Kadern ein großer Schild, hinter dem sich das Einschlagen von Kaufhausscheiben als Ersatz für die politische Aktion gegen die Warengesellschaft verstekken kann. Die Masse selbst betrachtet dies andächtig als Spektakel, während sie sich wie ein lebendig gewordener Seyfried-Comic verhält: die Transparente sind einfach schwarz-weiß kariert oder mit "Nieder mit ..." signiert, auf den Tafeln steht "Staat, hau' ab!", "So Nicht!", "Skandal" oder "Waffeln für Mocambo" (ein Café der Bewegung). An den Hauswänden der Stadt steht anderntags zu lesen "würg", "spotz" oder einfach erstaunt "aaach!". Wo jede konkrete Forderung, jede Vermittlungs- und das heißt Aufhebungsarbeit zwischen unbändigem Bedürfnis und herrschendem falschen Zustand schon als Integration verstanden wird, feiert der Demonstrationszug seine eigene Infantilisierung, seine eigene Trost- und Hoffnungslosigkeit. Diese Demonstration wurde trostloser noch dadurch, daß nicht einmal diese armselige Form ihr eigener Ausdruck war: die aus der Demonstration heraus vollzogene Gewalt gegen den Konsumterror war aufgesetzt, trug deutlich noch die Zeichen ihres Importes. Das Vorbilder liefernde und Identifikationen stiftende Vaterland der Bewegung ist gefunden: die sonst eher behäbig - muffige Schweiz.

Jeden Tag aufs Neue das Ende: "No Future"

Ist die Demonstration nicht Ausdruck eines sich in der Gesellschaft anbahnenden neuen Konsenses, einer die alte aufhebende neue Werteordnung, so gilt dies notabene auch für die sie vorbereitenden Diskussionen. Konsensfindung selbst gilt als repressiv, gilt als Verhinderung des jedem Individuum, jeder Gruppe spezifisch eigenen Ausdrucks des Anspruches auf 'Leben gegen Beton'. Hinter der Toleranz des 'Jeder kann machen was er will", des "Jeder folge seinem eigenen 'Drive'", die es zur reinen Privatsache erklärt, ob der eine Kinder mitbringt, während die andere dem Staat aus dem Zug der Unzufriedenen heraus den Krieg erklärt, verbirgt sich der Anspruch der informellen Kader, dem Protest seine Form aufzustempeln. Die Sprache der Crump-Comics dient zur wortreichen Verhüllung einer nicht diskutablen Strategie: "Viele haben geblickt, was läuft: No Future! Jetzt kommt es darauf an, das in Action umzusetzen, wegzukommen nur vom Flaschen zerdeppern bei uns im Keller. In Hamburg sind es die Punks, die auf den Demos als erste zu den Steinen greifen, die 'No Future' umsetzen, die beginnen, die Vorstädte = Slums von den Schweinen zu befreien und von dem Kompromißlern. CLASH sangen am Anfang ihrer Karriere 'London is burning'. Nichts anderes wünsche ich diesem ach so gemütlichen Freiburg!!" Die Struktur der Bewegung ist trotz vieler und endloser Vollversamlungen nicht basisdemokratisch. Die Importeure der Punk-Kultur stellen sich nicht zur Debatte. Ihr Lebensgefühl, dieses besondere 'feeling', ist stark gerade als nicht Hinterfragtes; die Aufforderung zum Gespräch selbst ist schon zerstörerischer Angriff auf eine Identitäts-'Stärke', die nur dem begreiflich ist, der dumpf und unmittelbar an ihr teilhat. Die Sprechblasen-Sprachlosigkeit ist äußerste und einzige Form des Widerstandes gegen das immer gleiche Geklapper der Herrschaft. Der Unterbau der informellen Ka-



der erträgt deren Politik, kann sich selbst nicht zu einem eigenen öffentlichen Ausdruck bewegen, stimmt der Enteignung vom eigenen Anliegen zu und ein in die Verurteilung der instrumentalistisch benutzten 'Experten': "Dann gibts da noch die Öffentlichkeitsarbeitsgruppe (was'n Wort), da sind die kopflastigen Macker drin." Diese Abteilung der neuen sozialen Bewegung ist nicht theoriefeindlich, wie Joachim Hirsch meint; theoretische Fragen pflegen sich, im Unterschied zu solchen der Legitimation, erst dort zu stellen, wo über Öffentlichkeit hinaus auf das Ganze gezielt wird. Aber die bürgerliche Öffentlichkeit schließt die Bewegung aus, was diese als Beweis ihrer eigenen Stärke und Gefährlichkeit begreift. Je mehr sie in sich geht, desto stärker wird sie sich. Je totaler, aber auch taktisch geschickter die Staatsmacht bei der Unterdrükkung alternativer Lebenskonzepte vorgeht (Politik der enormen polizeilichen Übermacht bei Duldung kleinerer Rechtsbrüche, in Gorleben für das Land, in Freiburg für die Stadt erprobt), desto sektoralisierter und gespaltener wird der Widerstand. Phantasievolle Demonstrationsformen und Farbbeutel, Kindertheater von Erwachsenen für Erwachsene und Brandstiftung – alles geht kunterbunt durcheinander, ist straßenfüllendes Spektakel. Punks tragen ein Transparent mit der Strophe aus Paul Celans Todesfuge 'der Tod ist ein Meister aus Deutschland', aber sie kämpfen nicht für das Leben, sie beschwören es nur.

Die Wut und die Gewalt

Die endlosen, im Kreise sich drehenden Diskussionen über die Gewaltfrage, die Stellung des Einzelnen zur Gewalt als Problem seiner moralischen Integrität für die Bewegung und nicht als taktische, auf eine jeweilige besondere Lage zu beziehende Frage – bei der Verteidigung des Dreisamecks wurde dies alles durch den schnellen Zugriff des Sondereinsatzkommandos über die Dächer entschieden zugunsten des passiven Widerstandes der Mehrheit. Diejenigen, die ihre Kraft wochenlang in die geistige Vorwegnahme polizeitaktischer Überlegungen investiert hatten, gaben sich mit einigen Barrikadenimitaten zufrieden. Die erste Belagerung Freiburgs seit 1744 (durch die Franzosen) und 1848 (durch die Preußen), diesmal durchaus der ganzen BRD zusammengezogene Polizei. Die Absperrung der halben Innenstadt, Demonstrationen von Tausenden, die genau vor dem Stacheldraht in Staßenfeste übergingen, gaben der Gewalt gegen Filialen der Dresdner Bank (die den Profit aus der Spekulation einstrich) eine moralische Legitimation, die auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht in Frage gestellt werden konnte. Diese Öffentlichkeit war empört, aber nicht ob der nun obdachlosen Alternativkultur, sondern über die langen Wege zur Arbeit und den Slalom durch die Polizeiabsperrungen, über die Zumutung polizeilicher Kontrolle von Kirchgängern.

Drei Monate später hat diese Empörung ihre Endmoränen in Forn einiger bunter und grüner Stadträte hinterlassen, sowie in einer politischen Schwächung der den Oberbürgermeister tragenden Partei, der SPD. Der Schwarzwaldhof, der im Juni nach der Räumung des Dreisamecks besetzte Gebäudekomplex, steht mit dem Anspruch auf alternative Kultur allein. Die Stadt hat bereis dargelegt, daß sie das Gelände für "ungeeignet" hält; die "Badische (Monopol)Zeitung" boykottiert strikt die Presseerklärungen der Besetzer, während die Polizei die Nachbarschaft geradezu dazu einlädt, Anzeigen wegen Lärmbelästigung zu stellen und alles Verdächtige zu melden. Die Gewalt trägt jetzt, wie auf der "Demonstration der Unzufriedenen" Ende Oktober, nur noch zur ideologischen Aufrüstung der die Räumung betreibenden Kräfte bei, versorgt sie mit Argumenten für die Herstellung von law and order. Aber Teile der zuvor noch zur relativen Einheit zusammengezwungenen Bewegung haben längst den Frontalangriff auf den Staat zum Prinzip erhoben, und Prinzipien pflegen durch Niederlagen nicht widerlegt zu werden. Die Gruppen, die schon zuvor Politik mit Kritik der Stammheime, der 'Fabrikgesellschaft' und der verknasteten Welt gleichsetzten, haben nun das am Staat heftig bekämpfte Kontaktsperregesetz zum Prinzip ihrer Abwehr der Zumutungen bürgerlicher Gesellschaft erhoben. Die informellen Kader sagen: "Hausbesetzungen sind für uns ein Mittel, nur ein Ausdruck im Kampf gegen diesen Staat". Den Staat zu zerstören, ist ein militärischer Akt, nicht einer auch der Aufklärung. Der Verzicht darauf wird aber wohl nur zur Wirklichkeit der Alpträume Johann Gottlieb Fichtes führen: "Solange die Menschheit nicht weiser und gerechter geworden ist, werden alle Bemühungen, glücklich zu werden, vergebens sein. Aus dem Kerker des Despoten entronnen, werden sie mit den Trümmern ihrer zerbrochenen Ketten sich untereinander selbst ermorden." Freiheit ohne Aufklärung würde, wäre sie möglich, in Barbarei enden.

Die Proklamation des Lebens

Die Stämme nahmen die Stadt, die Polizei zeigte ihr Blaulicht nur aus der Ferne. Die Massen formen sich, aber nicht zu einer Kundgebung, sondern zu einem Haufen atomisierter Einzelner. Die Inszenierung des Spektakels kommt zu ihrem Höhepunkt und Abschluß: die informellen Kader werden der Bewegung ihr heiligstes Prinzip zelebrieren – das Leben. "Nur wo das Leben vernichtet wird, entsteht der Wunsch nach einer Lebensversicherung" war im Juni noch die Parole gewesen. Dies nicht als einprägsame und gelungene Kurzfassung der den Protest tragenden Gründe, nicht als 'Parole' im eigentlichen Sinne, sondern nur als andere Formulierung der Sprachlosigkeit, der die Existenz eines nicht, noch nicht toten vegetativen Systems schon Grund genug ist, ein Prinzip zu proklamieren. Das 'Leben' unterhält nur wenige vorgeschobene Außenposten: Die Wut, die Empörung, die Trauer, die Hilflosigkeit, die Verzweiflung und den ohnmächtigen Zorn. Mehr wird nicht, mehr kann nicht gesagt werden, denn es gibt "no future". Die vielen Reden am Ende der Demonstrationen kombinieren dieses Arsenal nur zu immer neuen Beteuerungen der eigenen, ins Mark gehenden Betroffenheit. Der Demonstration ist dies Anlaß zur Freude: man ist betroffen, also ist da etwas, das sich nicht unterordnet, es lebt und der Einzelne wird mitgelebt.

Da sich des eigenen Interesses nicht systematisch versichert wird, ist die Kundgebung kein Appell an andere, keine Einladung zur gemeinsamen Opposition. Aufgefordert wird zur Einfühlung in 'das Leben', das zwischen Apathie und Aggression hin- und herschwingt, das bemüht ist, sich die äußersten sinnlichen Reize, den größtmöglichen Nervenkitzel zu besorgen, um sich seiner eigenen Existenz zu versichern. Alles trägt Züge von Exhibitionismus.

JOACHIM BRUHN/
SABINE HEILMANN

Rechts um zum Vaterland

Erinnerungen aus gegebenem Anlaß

Wir setzen die Debatte um Rechtsradikalismus und linkes Verhalten diesem Phänonem mit einem Beitrag von Peter Dudek fort. Der Gegensatz zwischen einem Oppositionsverhalten zum Staat, das alles einschließt und damit auch den Rechtsextremen Verständnis gegenüber offenbart und einer solchen, die durch bloße Aufklärung falsches Bewußtsein zu verändern gedenkt, muß aufgebrochen werden. Wir hoffen, daß sich noch andere Genossen an dieser notwendigen Diskussion beteiligen werden.

Man könnte beruhigt sein. Die NPD, die Partei des Fremdenhasses, hat bei der letzten Bundestagswahl kaum Stimmen verbuchen können. Die westdeutsche Bevölkerung wählte demokratisch und antikommunistisch. Die Toten von Hamburg und München wurden begraben; pflichtgemäße Trauer fand statt, das Geschäft auf der Oktoberwiese ebenso. Was sage ich Jugendlichen, die mich fragen, wieso Menschen da feiern können, wo tags zuvor Menschen starben? Was wäre passiert, wenn die Bombe aus dem Arsenal der RAF gestammt hätte? Dort, wo Menschen reduziert sind auf Konsumenten von Maßkrügen und Bratwürsten, kann Trauerarbeit in dieser Gesellschaft nicht gelingen.

Für die Täter haben die Produzenten der veröffentlichten Meinung von Strauß bis zur Springerpresse die offiziell zugelassenen Deutungen vorgegeben: Entweder handele es sich um von der DDR finanzierte Kollaborateure oder um ehemalige Häftlinge, die "zum Teil sogar von der Bundesregierung freigekauft worden seien und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Unter anderem auch wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die DDR." (FR vom 30.9.80) Im übrigen, so die offizielle Versionen, habe man es mit "Irrsinnigen", mit "kranken Gehirnen", mit einer "Wahnsinnstat" und einem "infernalischen Verbrechen" zu tun. Die Flucht von Politikern und Journalisten in phantastische Umschreibungen, das Auflisten von Details der Scheußlichkeiten in den Massenmedien, die grellen Schlagzeilen, die von dem Schrecklichen als Nicht-Faßbarem und Begreifbarem sprechen, sie entrücken und entlasten zugleich von dem, was in den letzten Monaten an Gewalttätigkeit unter nationalistischem Impetus geschah. Je schrecklicher die Bilder von München, Hamburg oder Bologna, die uns so unerreichbar nahe ins abendliche Wohnzimmer flimmern, desto deutlicher wird ganz von selbst unsere Distanz zu den Tatorten und Tätern. Vielleicht bei manchem die insgeheime Genugtuung, daß die Bombe diesmal von rechts kam. Hatte man nicht frühzeitig gewarnt?

Selbstberuhigung und Verschwörungstheorie

Die rasche Klinifizierung rechtsradikaler Täter zu psychisch Kranken durch die Medien macht ebenso verdächtig wie das Bemühen der Springer-Presse, sich zum Anwalt der Hinterbliebenen der Opfer zu profilieren. Die rasche publizistische Vorverurteilung des mutmaßlichen Attentäters und Opfers von München muß ebenso als Selbstberuhigung gewertet werden wie die gegenseitigen Versicherungen, der Rechtsradikalismus in der BRD sei gesellschaftlich isoliert. Neben Verharmlosung und Beschwichtigung gehört die **Verschwörungstheorie**, die sich stets mit dem Nationalismus ihrer Urheber vertrug, zum Standardrepertoire politischer Einschätzung des rechtsradikalen Potentials der Bundesrepublik. So schrieb beispielsweise das Amt für Verfassungsschutz des Landes Niedersachsen in seinem Bericht vom 31. März 1979:

"Das immer stärkere öffentliche Auftreten militanter linksextremistischer Kräfte, insbesondere die Gewaltaktionen der K-Gruppen, werden von den militanten rechtsextremistischen Gruppen ebenfalls als Ansporn empfunden, was durch eine größere Anzahl entsprechender Äußerungen bestätigt wird. Es scheint sich dadurch bei den Rechtsextremisten der Eindruck zu verbreiten, diese militanten linksextremistischen Gruppen hätten die richtige politische Konzeption. Auch die kleinste Aktivität eines rechtsextremistischen Grüppchens ist stets ein willkommener Anlaß, insbesondere für die orthodoxe Linke, eine polemische und diffamierende Agitation gegen den demokratischen Rechtsstaat zu betreiben. Derzeit setzt der orthodoxe Kommunismus seine weltweiten Beziehungen dafür ein, die Bundesrepublik Deutschland als naziverseuchten Staat zu diffamieren. Die handfesten außenpolitischen und militärpolitischen Interessen der Sowjetunion bei dieser Kampagne sind zwar unverkennbar; trotzdem findet solche Agitation nur allzuoft Gehör." (S. 25)

Wenn Politiker und Verfassungsschutzbehörden von einem "krankhaft übersteigerten Nationalismus" Rechtsradikaler reden, so transportieren sie damit unterschwellig noch den Gedanken an ein "gesundes Nationalbewußtsein", in dem aber schon der Keim der Barbarei angelegt ist.

Erinnerung tut not, wenn heute von **neonazistischen** Gruppen gesprochen wird. Man ist dabei weniger auf die politisch nur phasenweise relevanten rechtsradikalen Aktivistengruppen verwiesen, eher auf jene, die politisch 'Wiederaufbau' und 'Deutschland im Herbst' repräsentieren. Mitte der sechziger Jahre prägte der damalige Bundeskanzler Erhard das Wort, die "Nachkriegszeit' sei endlich vorbei und verband damit die Hoffnung, die BRD möge als souveräner Staat auch politisch jene Rolle spielen, die sich das BRD-Kapital auf dem Weltmarkt eroberte. Begleitet wurde dieses Wort durch Versuche aller Bundestagsparteien, Begriffe wie Nation, Nationalbewußtsein, Nationalstolz, Volk und Vaterland wieder in das öffentliche Bewußtsein zu inthronisieren. Die offiziellen und parteipolitischen Äußerungen seit Anfang der sechziger Jahre zu diesem Thema stellen einen eindrucksvollen Reizwortkatalog für rechtsradikale Ideologen dar. Der Antikommunismus als einzige staatstragende Ideologie tat sein Übriges dazu. Strauß forderte schon damals, ein Volk, das in wenigen Jahren ökonomisch soviel geleistet hat, hätte ein Recht darauf, Auschwitz zu vergessen. Die Stimmen mehrten sich, die mit Hilfe des Schemas der gegenseitigen Aufrechnung den Hitler-Faschismus entlasteten. Forderungen nach Wiederherstellung der deutschen Einheit in den von 1937 waren wieder konsensfähig. Die Flüchtlingsorganisationen, die seit Gründung der Bundesrepublik ein klassisches Reservoir für rechtsradikale Stereotype und Täter bildeten, werden bis heute staatlicherseits subventioniert und von angesehenen Parteipolitikern unterstützt. Allein in Stuttgart jubelten in diesem Jahr über 100.000 Menschen auf dem "Sudetendeutschen Tag' dem Vorsitzenden ihrer 'Landsmannschaft' zu, der die Ostverträge als "Schandverträge", die den "Heimatverzicht" besiegeln, bezeichnete. Und sie beklatschten seine Worte: "Die Macht der Gewohnheit und der Rückzug ins Private helfe den in- und ausländischen Drahtziehern, jene Art von Gleichgültigkeit zu verbreiten, die die Auflösung Deutschlands genau wie das Abtrennen Europas vom Atlantischen Bündnis als gegeben hinnehme." (FR. 27.5.80)

Nationalismus und Konservativismus

Diese nationalistischen Töne, die mit dem Frieden nach außen auch immer schon Befriedung nach innen mitdenken, sind keineswegs ausschließlich rechtsradikalen Claqueuren eigen. Sie bilden Praxis und politische Programmatik konservativer Politik in der Bundesrepublik. Man muß für Belege dieser These nicht einmal auf Nazi-Karrieristen wie Oberländer, Globke oder Seebohm, jenen Berufsvertriebenen und Nationalisten von Dienst, zurückgreifen. Die politische Akustik der gesamten sechziger Jahre ist bestimmt durch Versuche, einem deutschen Nationalbewußtsein wieder zur Geltung zu verhelfen. Was damals im Bundestag alljährlich zum 'Tag der deutschen Einheit' an feinsinnigem vaterländischen Pathos verbreitet wurde, kam unten vergröbert an. Am Ende saß die NPD in Landtagen und Kommunalparlamenten. Die Diskussionen um ein demokratisches Nationalbewußtsein blieben stets dominiert von der "verfilzten Liaison" (M. Walser) zwischen Nationalismus und Deutschtümelei. Deren primäre Zielgruppe war die 'deutsche Jugend'. So **beispielsweise**, als der Theologie-Professor Thielicke am 17. Juni 1962 im Bundestag seinen Zuhörern versicherte, die deutsche Jugend wünsche sich etwas, "für das es sich lohnt, das Leben einzusetzen." Denn, so sein eigener Schluß, er könne zu diesem Staat "solange kein inneres Verhältnis haben", solange dieser Staat nicht "die organisatorische Form für mein Vaterland ist." und der damalige Präsident des Bundestages, Eugen Gerstenmaier, fand, daß "die deutsche Geschichte ... nach unserem nationalen Bewußtsein greift, daß das Vaterland nach unserem Herzen, unserem Charakter, unserem Ehrgefühl und auch unserer Liebe greift." Als den Kern dieses (alt)-neudeutschen Nationalbewußtseins identifizierte er "das von innen herkommende, freie tatenkräftige Engagement für das Vaterland." Öffentlich rief Gerstenmaier nach einer "Wesens- und Erlebniseinheit der Nation" und appelierte an das deutsche Nationalbewußtsein, das "es nach wie vor gibt". "Ein Volk in unserer Lage, mit unserer Geschichte und Veranlagung, braucht einfach den Geist der Hingabe, des Opfermutes, der Ehrerbietung und auch des Gehorsams." Erich Mende wollte gar für ein "gesundes Nationalbewußtsein" unter der Jugend werben, damit sie nicht mehr im "Büßerhemd der Geschichte" herumlaufen müsse. Selbst Willy Brandt und andere führende SPD-Politiker glaubten, "die nationale Substanz erhalten" zu müssen – was immer das sei. Die Beispiele ließen sich beliebig verlängern. Gegen diese öffentlichen Demonstrationen eines neuen Nationalgefühls regten sich aber auch die kritischen Stimmen, vor allem auch der demokratischen Jugendorganisationen. In dem Organ des Bundesjugendringes 'deutsche Jugend' fanden intensive Diskussionen über den neuen Nationalismus, über die Frage, wie man angesichts der Erfahrung von Auschwitz nationalistische Strömungen unter Jugendlichen durch verstärkte Aufklärung über den Hitler-Faschismus konterkarieren könne. Die Diskussionen kamen unten nie an. Der Antifaschismus in der Bundesrepublik befand sich damals wie heute in der Defensive; ja selbst der Begriff 'Antifaschismus' ist hierzulande noch immer nicht konsensfähig.

Seit 1961 breitete sich unter der Bevölkerung zusehends Angst vor einer Wirtschaftskrise aus; in CDU und CSU, die Teile der Alt-Rechten aufgesogen hatten und die für viele ihrer Wähler zu einem bürgerlichen Statussymbol geworden waren, gewannen nationalistische Positionen stärker an Boden. Entsprechend reagierten die Christdemokraten auf die Gründung der NPD 1964 mit nationalistischem Pathos. R. Barzel verbat sich 1965 den Versuch der NPD, seine Partei "rechts zu überholen", sie sei niemals für den "nationalen Verzicht" eingetreten. Entsprechend gäbe es in der CDU auch "keinen Nachholbedarf an vaterländischer Gesinnung". Der Aufbruch ins nationalistische Gestern, die Wiedergeburt des deutschen Nationalgefühls, die "so unausweichlich (ist), wie die Sonne morgen aufgehen wird" (W. Brandt; alle Zitate aus Spiegel Nr. 17 - 21, 1967), verhalfen den alten Parteigenossen der NSDAP erst wieder zu politischer Legitimation ihrer reaktionären Parolen. Ende der fünfziger Jahre politisch abgehalftert, formierten sich die Reste der Deutschen Reichspartei 1964 zur NPD. Diese Partei der organisierten Einfalls- und Konzeptlosigkeit hatte nicht zuletzt deshalb Erfolge zu verbuchen, weil sie jene gesellschaftlich hoffähig gemachten Ganzheitsbegriffe wie Nation, Volk, Antikommunismus und Familie als organische Einheit des Staates bis zur undemokratischen Konsequenz zu Ende gedacht hat. Nicht zuletzt deshalb war die politische Grenze zwischen Konservativen und Rechtsradikalen in der BRD immer offen. Man muß sich in diesem Zusammenhang auch an die engen politischen Koalitionen und personellen Verflechtungen zwischen CDU/CSU, FDP, DRP, DP und BHE in den fünfziger Jahren erinnern.

Weitermachen ist Pflicht

Erinnerungen an die Kontinuität des bundesrepublikanischen Nationalismus sind auch mit meiner persönlichen Lebensgeschichte (Jahrgang 1949) verwoben. Etwa, wenn wir als Pennäler am Vortag des 17. Juni in Zweier-Reihen auf dem Schulhof anzutreten hatten. Augen auf das Rednerpult, an dem der Direktor mit gut einstudierter Theatralik über den Begriff Nation philosophierte, der Landsleute in "Mittel- und Ostdeutschland" gedachte und die militärische Erziehung der Jugend in "Mitteldeutschland" scharf geißelte, die Freiheit in der Bundesrepublik hochlobte. Währenddessen spazierten die Lehrer mit ernsten Gesichtern, in gerader Haltung durch die Blöcke von Schülern, bereit jeden, der nicht militärisch stramm und mit gespielter Aufmerksamkeit der Rede des Direktors folgte, einen 'Besinnungsaufsatz' über die deutsche Einheit zu verpassen. Wehe dem, der da nicht mitsang beim Deutschlandlied, der den nötigen Ernst beim Aufziehen der Flagge vermissen ließ. Oder etwa, wenn wir im Jugendgottesdienst der Unterdrückten in 'Mittel- und Ostdeutschland' betend gedachten. Das nationalistische Pathos ging immer gut zusammen mit dem "Ansichhalten" der Gefühle und Affekte, mit der Unterdrückung der inneren Natur.

Wer sich heute entsetzt über nationalistische Phrasen und rechtsradikale Militanz, sollte sich erinnern, daß beide ständige Begleiter der bundesrepublikanischen Geschichte waren. Rechtsradikale Parolen haben dabei häufig nur das vergröbert abgebildet, was in Sonntagsreden und Parteiprogrammen feinsinnig als 'Politik der Mitte' unters Volk gebracht wird.

Ein Tabakhändler, der seinen Stand auf dem Oktoberfest in der Nähe des Attentatsortes hatte, von Journalisten befragt, ob ihn das nicht belaste, so weiterzumachen, als sei nichts geschehen, antwortete: "Das ist Pflicht." Ein paar Meter weiter meldeten sich "Rübe-ab-Propagandisten" zu Wort (FR 29.9.80, S. 3). Der Jargon der Täter am Ort des Attentats, jener alltägliche Faschismus rückt angesichts entrückter Schlagzeilen kaum ins Blickfeld. Er wird hierzulande abgedrängt ins Unbewußte. Hoffmann dagegen tritt im Fernsehen auf, gibt Interviews. Er ist ein Star geworden – reduziert auf die Phrase, er sei der neue Führer mit internationalen Verbindungen, wird er dem Publikum präsentiert. Die Internatio-

nale der Rechten rückt ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, Rechtsradikale als Marktartikel. Und je stärker dieser Markt ausgeleuchtet wird, umso weniger wird jenes Nachleben des Faschismus in der Demokratie wahrgenommen, das im Alltäglichen fortwest, produziert von gesellschaftlichen Strukturen, in denen die faschistische Variante gesellschaftlichen Krisenmanagements latent angelegt ist. Nur muß es nicht der archaische, mit Knobelbecher dahermarschierende Faschismus mehr sein. Gefährlicher erscheint der computergesteuerte, technokratische. Und jene Dispositionen, aus deren Quellen einst der Antisemitismus sich speiste, richten sich massiv auf die Gruppen der 'Fremdarbeiter'. Die Vision eines Vielvölkerstaates Bundesrepublik scheint ihnen unerträglich. München und die Wehrsportgruppe Hoffmann sind nur ein anderer Ausdruck für jene Gesinnung. Indem man sie ins Phantastische erhebt, mit dem man als Bürger nichts zu tun hat, entlastet man jene, die ihren 'gemütlichen Faschismus' gegenüber ihren Frauen, Kindern und gesellschaftlichen Minoritäten ausleben. Wir werden uns an die Existenz einer rechtsradikalen Szene in der Bundesrepublik gewöhnen müssen, ohne uns mit ihr abzufinden. Wiederaufbau und nicht Trauerarbeit war das Stichwort dieser Republik. Sich dagegen als Lehrer, Sozialarbeiter, als Antifaschist aufzulehnen und Jugendlichen Auschwitz als Aufgabe und Verpflichtung ins Bewußtsein zu bringen, mag angesichts unserer Geschichte etwas Desparates an sich haben. Es tut not. Denn rechts stehen weder Vaterland noch Heimat. Allenfalls die Ruhe des Friedhofs.

PETER DUDEK

Agnes Heller: Frauen
Tony Benn: Spaltung
PCE: Entspannungspolitik
Immer so weiter: Linke nach der Wahl
DGB wohin

96 Seiten im Großformat
DM 7 / Abo 6 Hefte DM 36
herausgg. von den SOST

PF 50 15 71
2 Hamburg 50

VSA

DISKUSSION

Gewaltfreie Opposition gegen Militarismus in Ost und West

Wir setzen die Diskussion um Kriegsgefahr und antimilitaristische Optionen der Linken mit einem Beitrag von Egbert Jahn fort, der anhand historischer Tendenzen eine Alternative anbietet: zivilistische Widerstandsformen. In der nächsten Nummer werden wir hingegen ein Konzept vorstellen, das die Auseinandersetzung auf die Ebene alternativer Verteidigungskonzeptionen setzt.

Proletarischer Antimilitarismus und bürgerlicher Pazifismus

Zwischen proletarischer und bürgerlicher Friedensbewegung gab es trotz mancher Berührungspunkte in konkreten aktuellen Situationen der Kriegsgefahr grundlegende Differenzen in der Erklärung der Kriegsursachen und demzufolge in der friedenspolitischen Strategie. Für die sozialistische Linke gilt großenteils bis heute das Axiom, daß Frieden und Sozialismus identisch seien, die beste Friedenspolitik also identisch mit antikapitalistischer Tätigkeit sei.

Demnach galten als die allgemeine Ursache von Rüstung, Krieg und Militarismus die Widersprüche der Klassengesellschaft und die Interessen der herrschenden Klassen, insbesondere ihrer speziell in der Rüstung engagierten Abteilungen ("militärisch-industrieller Komplex"). Rüstung und Militärwesen in den "sozialistischen Ländern" seien durch die kapitalistische Bedrohung bedingte Übergangserscheinungen, die durch den weltweiten Sieg über den Kapitalismus hinfällig würden. Lediglich dort wurde in der Linken von einem sowjetischen oder chinesischen Militarismus gesprochen, wo der sozialistische Charakter der sowjetischen bzw. chinesischen Gesellschaft negiert und ihr alter bzw. erneuerter Klassencharakter betont wurde. Sozialistische Militarismus-Kritik war also stets abgeleitet von der Beurteilung des Klassencharakters nationaler Gesellschaften, gründete nicht auf einer eigenständigen Analyse des Militarismus dieser Gesellschaft selbst.

Proletarischer Antimilitarismus war stets (mit Ausnahme einiger anarcho-pazifistischer Randerscheinungen der Arbeiterbewegung) antipazifistisch. Nicht allgemeine Entwaffnung, sondern allgemeine Volksbewaffnung war das militärpolitische Ziel des proletarischen Antimilitarismus. Die allgemeine Volksbewaffnung sollte vielerlei garantieren: 1. Die Bewaffnung der klassenbewußten Proletarier für die Durchsetzung und anschließende Sicherung der Revolution, die höchstwahrscheinlich wegen der bewaffneten Konterrevolution die Form eines Bürgerkrieges annehmen müsse, 2. nach der Revolution die Verhinderung des Einsatzes der Waffen durch die aus der Revolution hervorgehende Regierung gegen das Volk, 3. den effektiven bewaffneten Widerstand der sozialistischen Industriestaaten gegen die noch nicht revolutionierten rückständigen außereuropäischen Länder, 4. Vermeidung von Kriegen zwischen den Völkern, da das identische Interesse des Vereinigten Proletariats aller Länder alle Gründe für nationale Kriege im Sozialismus beseitige. Aus der Selbstverständlichkeit der Legitimität der bewaffneten Sozialrevolution und ihrer Verteidigung ergab sich für die Sozialisten ebenso unzweifelhaft die Legitimität der militärischen Verteidigung des Vaterlandes der sozialistischen Revolution, der Sowjetunion, nachdem die Revolution in Mittel- und Westeuropa gescheitert war.

Der bürgerliche Pazifismus hingegen strebte Frieden (Kriegsverhinderung), friedliche Streitschlichtung und Abrüstung im Rahmen der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung an. Insofern der bürgerliche Pazifismus sich gegen konkrete bürgerliche Kriegs- und Rüstungspolitik wandte, ergaben sich Übereinstimmungen mit den antimilitärischen Bewegungen der Arbeiterbewegung zur Schwächung des bürgerlichen Staats- und Gewaltapparates.

Lediglich im reformistischen Übergangsfeld zwischen sozialistischer Arbeiterbewegung und bürgerlicher Friedensbewegung verschmolzen Antimilitarismus und Pazifismus zu einer Strategie der reformerischen Ablösung des bürgerlichen Kriegssystems durch das sozialistische Friedenssystem. Die Sozialdemokratie versuchte den Kompromiß zwischen militärischer Verteidigung der historisch errungenen Freiheiten (damit auch des bürgerlichen Staates) und grundsätzlicher Opposition gegen Krieg und Rüstung durch ein Konzept der strikten Landesverteidigung bei einer gleichzeitigen Politik der Anerkennung des Status quo des Staatensystems, der Förderung internationaler Organisationen und Streitschlichtungen, der staatlichen Abrüstungsverhandlungen sowie der zivilen Kontrolle über den Militärapparat.

Das Problem der Verteidigung der errungenen Freiheiten nach außen

Der proletarische Antimilitarismus ist genau wie der bürgerliche Pazifismus bisher an demselben Problem gescheitert: der Notwendigkeit der Verteidigung der historisch errungenen Freiheiten aufgrund der Ungleichmäßigkeit des weltgeschichtlichen Emanzipationsprozesses. Jedesmal, wenn die Arbeiterklasse und ihre politischen Exponenten glaubten, mehr als ihre Ketten verlieren zu können, griffen sie zu den Waffen der Vaterlandsverteidigung. So die Sozialdemokraten 1914, als sie die Zerschlagung ihrer Organisation, ihrer errungenen sozialen und politischen Rechte und ihre Positionen in der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung durch die soziale und politische Reaktion der Herrschenden in

gleicher Weise befürchteten wie die Fremdherrschaft einer durch keine innere effiziente progressive Kraft infrage gestellten ausländischen reaktionären Macht. Für die französischen Sozialdemokraten war dies 1914 der preußische Militarismus, für die deutschen der russische Zarismus, für die russischen Bolschewiki war dies nach der Oktober-Revolution das gesamte kapitalistische Lager. 1939-1941 war dies für die internationale Sozialdemokratie das kommunistisch-faschistische Hitler-Stalin-Bündnis, von 1941-1945 der internationale Faschismus, gegen den sich der Widerstand der Ost-West-Allianz richtete.

Für die Kommunisten begann die Vaterlandsverteidigung genau zu dem Zeitpunkt, zu dem sie die Ansätze der erstrebten Befreiung in einem Lande, in Sowjetrußland, erkannten.

Seit 1945 rüsten nun die Sozialdemokraten für den Fall einer notwendigen Verteidigung der Parlamentarischen Demokratie gegen die kommunistische Diktatur, die Kommunisten für den Fall einer Verteidigung des realen Sozialismus gegen den Imperialismus. Seit 1948 (jugoslawisch-sowjetischer Konflikt, bzw. 1960 Beginn des chinesisch-sowjetischen Konflikts) rüsten kommunistische Staaten nicht nur gegen kapitalistische Staaten, sondern auch gegeneinander, sich wechselweise als nichtsozialistisch und in Krisen- und Kriegszeiten als "faschistisch" denunzierend.

Wem nicht schon seit 1956, 1968 oder 1969 (sowjetisch-chinesische militärische Grenzkonflikte) die Möglichkeit von Kriegen zwischen realsozialistischen Staaten zu denken gab, der mußte spätestens seit dem chinesisch-vietnamesischen und vietnamesisch-kambodschanischen Krieg 1979 Zweifel am alten sozialistischen Glauben von der Beseitigung aller Kriegsursachen durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln entwickeln. Es sei denn, er tröstete sich weiterhin mit der selbstbetrügerischen intellektuellen Hilfskonstruktion, daß eine oder beide der kriegsführenden kommunistischen Parteien "Verräter am Sozialismus" bzw. "revisionistisch" sei, der Frieden also erst durch den militärischen Sieg des wahren und wirklichen Sozialismus über den realen Sozialismus und Restkapitalismus zu erringen sei.

Die Aufgaben der neuen Friedensbewegung

Die Anerkennung der Realität notwendiger Verteidigung schon errungener Freiheiten und die Entwicklung politisch effektiver Verteidigungsmittel ist Voraussetzung der Durchsetzungsfähigkeit der Friedensbewegung. Durch die Forderung nach Abrüstung und die Infragestellung der vorherrschenden Verteidigungsdoktrinen und Verteidigungszwecke können wir nicht an dem Problem der Sicherheit und der Verteidigung nach außen wie nach innen vorbeigehen. Dieses Problem läßt sich für die Linke nur in zweierlei Weise beantworten, sofern die Befürwortung des progressiven Angriffskrieges gegen reaktionäre Regimes (militärischer "Export der Revolution") von vornherein ausgeschlossen wird. Die eine Konzeption läuft auf eine strikte, zivil und politisch kontrollierte Defensiv-Militärdoktrin hinaus, mit einem Minimum effektiver Abschreckungskapazität und mit der politischen Aufgabe im Kriegsfalle, den Feind nicht zu besiegen (keine bedingungslose Kapitulation), sondern den Nichtkriegszustand auf der Basis des territorialen Status quo ante (Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen) möglichst schnell nach Beginn der Kriegshandlungen wieder herzustellen. Eine solche Doktrin wird eine Doktrin der flexiblen Antwort sein, die nach Kriegsausbruch auch vor jeder militärischen Eskalation Chancen der Kriegsbeendigung durch Verhandlungen offenhält. Eine weitgehende Demokratisierung des Militärapparats und seine effektive zivile politische Kontrolle soll den Einsatz des Militärs als Bürgerkriegsarmee und Putschpotential verhindern. Dies ist die traditionelle liberal- und sozialdemokratische, teils auch kommunistische Militärdoktrin mit der Perspektive eines dauerhaften bewaffneten Friedens vor einem konkret nicht absehbaren Zeitalter der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Dieses militärpolitische Konzept besitzt seine stärkste Legitimation durch das historische Beispiel des militärischen Widerstands der bürgerlichen Demokratie und der Sowjetunion gegen die Aggressionen des deutschen und internationalen Faschismus.

Gegen diese demokratische Militärstrategie kann sich eine auf gewaltfreie Kampfformen verpflichtete Friedensbewegung nur durchsetzen, wenn sie zweierlei leistet: Den Aufbau effektiver, gewaltfreier Kampfpotentiale zur Verteidigung historisch errungener nationaler, sozialer und politischer Freiheit und gleichzeitig die Entfaltung effektiver gewaltfreier Kampfpotentiale zur Überwindung reaktionärer politischer und sozioökonomischer Strukturen.

Da die "soziale Verteidigung" gegen militärische Aggressionen und gegen Militärputsche nur in wenigen Ländern aktuell ansteht, ist der "soziale Angriff" gegen überkommene politische und sozioökonomische Strukturen die wichtigste Entwicklungsform der internationalen Friedensbewegung.

Die gewaltfreien Kampfpotentiale können kein "Ersatz" für militärische Widerstandspotentiale darstellen. Denn auf Waffengewalt beruhende Militärpolitik und unbewaffnete, gewaltfreie Zivilpolitik beruhen auf gegensätzlichen Wirkungsmechanismen. Krieg (und seine Vorformen wie Abschreckung, militärische Erpressung usw.) ist Politik unter Inkaufnahme von organisierten Tötungen zur Brechung des feindlichen Willens, die im Extremfall erst durch die Vernichtung des Feindes als politischen Faktors oder gar als physischer Population (z.B. Nation, Klasse, Partei) erreicht wird (Ausrottung, Ausmerzung). Gewaltfreie Aktion (und ihre Vorformen wie ziviler Ungehorsam, Nonkooperation usw.) ist Politik unter Inkaufnahme des Getötetwerdens gewaltfreier Kämpfer zur Veränderung des gegnerischen Willens und gleichzeitig des eigenen Willens (in der religiösen Tradition: Läuterung des gewaltfreien Kämpfers durch freiwilliges Leiden; in marxistischer Tradition: die revolutionäre Klasse verändert auch ihr eigenes Bewußtsein durch den revolutionären Kampf zur gemeinsamen Herstellung einer neuen politischen und sozialen Situation. Da in der Regel die Brechung des feindlichen Willens durch das Einschlagen feindlicher Schädel eine kurzfristiger durchsetzbare Strategie ist als die Veränderung des gegnerischen Willens durch die Veranlassung von Bewußtseinsprozessen in den Köpfen vermittels gewaltfreier Aktionen, muß eine zivile, gewaltfreie Politik von vornherein längere Kampfzeiten in Kauf nehmen. Gleichzeitig hebt aber zivile Politik die strikte Trennung zwischen Krieg und (Un-)Frieden auf, in dem für sie in der bestehenden Kriegs- und Unfriedensgesellschaft prinzipiell immer Kampfzeit ist, wenn auch sicherlich zwischen Zeiten der Aktionen und solchen der Kräftesammlung unterschieden werden muß. Für gewaltfreie Politik ist aber der sogenannte Frieden nicht die Vorbereitungszeit für den Kampf im Krieg, sondern der gewaltfreie Kampf beginnt schon in der Vorkriegszeit mit allem Ernst. Jeder Kriegsausbruch ist eine schwerwiegende Niederlage der Friedensbewegung in einem Kontinuum von historisch zunehmenden gewaltfreien Kämpfen.

Die Macht der gewaltfreien, zivilen Aktion beruht in der Zerstörbarkeit der herrschenden militärischen Moral in den Panzern auf der anderen Seite, die Macht der militärischen Aktionen liegt in der Zerstörung des feindlichen Panzers und dadurch auch der ihn dirigierenden Moral. Zivile Aktion zielt auf den Willen des Soldaten im Panzer (und letztlich des politischen Panzer-Oberkommandos), um den Stillstand der Panzer zu erreichen. Militärische Aktionen zielen auf den Panzer, um

den Stillstand des panzerbewegenden Willens zu erreichen.
Der Opponent des Militaristen ist der nationale oder der Klassenfeind; der Opponent des Zivilisten ist der nationale oder Klassengegner. Militaristische Politik zerstört herrschendes Bewußtsein durch die Zerstörung von Personen; zivilistische Politik zerstört herrschendes Bewußtsein durch die Freisetzung von Lernprozessen in den kämpfenden Parteien. Eine Politik der gewaltfreien Aktionen (ich nenne sie kurz Zivilismus) ist also weder identisch mit dem proletarischen Antimilitarismus noch mit dem bürgerlichen Pazifismus. Sie ist nicht antimilitaristisch, weil sie Frieden nicht durch allgemeine Volksbewaffnung, sondern durch allgemeine Volksentwaffnung zu erkämpfen strebt. Sie ist nicht pazifistisch, weil sie Frieden nicht durch Appelle an die Vernunft der Herrschenden erreichen will, sondern durch die eigene kämpferische zivile Wehrhaftigkeit gegen die herrschende militaristische Ordnung in kapitalistischer und realsozialistischer Gestalt. Der Zivilismus ist insofern notwendigerweise sozialistisch – und setzt deshalb in der Geschichte der Emanzipationsbewegungen die Arbeiterbewegung voraus, ohne ihre bloße Verlängerung oder Erneuerung zu sein –, als sie eine Gesellschaftsordnung anstrebt, die nicht nur das organisierte Töten (Krieg), sondern auch das durch bisherige soziale Desorganisation bewirkte Sterben (strukturelle Gewalt), also nicht nur die blutige Gewalt, sondern auch die unblutige, schweigende, friedliche Gewalt ausschließt. Da dies nicht durch die soziale Selbstregulierung in den Konkurrenzkämpfen privater Kapitale erreichbar ist, ist die gesellschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel immanenter Bestandteil zivilistischer Politik. Verschiedenartige nationale Wege zur Lösung dieses säkularen Problems der Demokratisierung sollten deshalb allgemeine Maxime zivilistischer Politik in der ganzen Welt sein. Vielfältiger Internationalismus und nicht vereinheitlichender Universalismus, ein System entmilitarisierter Republiken und nicht ein homogener Weltstaat, sollten Leitgedanke der Friedensbewegung sein. Die anzustrebenden Organisationsformen gesellschaftlicher Verfügung über die Produktionsmittel und damit auch über die Rüstungsproduktion, die gesellschaftliche Aneignung der Destruktionsmittel als Voraussetzung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung bedürfen vielfältiger nationaler Experimente nach dem praktischen Willen der Mehrheit der Völker und nicht nach dem Dekret minoritärer Wissenschaftler-Ideologen und Parteiführungen, die sich die Definitionsvollmacht für die "objektiven" Klassen- und Nationalinteressen angeeignet haben. Der Kampf für die nationale Selbständigkeit und damit für die gleichberechtigte Kommunikationsfähigkeit aller Nationen, also nicht für einen zentralistischen Welt-Polizeistaat oder für Nationalarmeen, ist Aufgabe der zivilistischen Friedensbewegung.
Die Fortsetzung des Ost-West-Rüstungswettlaufes und der Aufrüstung in der Dritten Welt ist unter den gegebenen Strukturen des Staatensystems und bei der bestehenden Bereitschaft aller maßgeblichen Parteien, Konflikte im Notfall bewaffnet auszutragen, unvermeidlich. Ein Einfrieren jedes beliebigen Rüstungsniveaus der Zukunft, der Gegenwart oder auch der Vergangenheit (durch teilweise Abrüstungsmaßnahmen) ist völlig unwahrscheinlich, weil es die Anerkennung der bestehenden oder zu schaffenden Kräfteverhältnisse des internationalen militärischen Konkurrenzsystems zu irgendeinem Zeitpunkt voraussetzt. Eine solche Übereinstimmung zwischen mehr als 150 Staaten mit entgegengesetzten politischen Perspektiven und höchst unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungstendenzen ist unrealistisch. Lediglich eine gewisse Bremsung und Kontrolle des Rüstungswettlaufs ist unter den gegebenen Verhältnissen durchsetzbar. Solange militärische Rüstung immer wieder von Zeit zu Zeit ihren begrenzten Nutzen für einzelne Parteien im internationalen System deutlich macht, kann Abrüstung nicht zum wirklichen Bedürfnis aller Völker und der überwiegenden Mehrheit der Menschheit werden. Abrüstung kann nur das langfristige Resultat aus den konkreten historischen Kämpfen für nichtmilitärische Konfliktregelung sein. Abrüstung ist nicht Voraussetzung des Friedens, sondern Folge eines dauerhaft organisierten Friedens mit nichtmilitärischen Konfliktlösungsformen. Da nicht die plötzlich Abrüstung in der Folge eines Dritten Weltkrieges das Ziel der Friedensbewegung sein kann, muß sich die Friedensbewegung darauf einstellen, daß sich das konkrete Bedürfnis nach Abrüstung in der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung erst dann durchsetzt, wenn weltweit die Waffen jahre- oder gar jahrzehntelang nicht mehr angewandt wurden und wenn in dieser Übergangsperiode alle Konflikte mit nichtmilitärischen Kampfformen ausgetragen worden sind.

Die Aufgabe der Hoffnung auf materielle Abrüstung in naher Zukunft schließt nicht aus, daß die Friedensbewegung im Verlauf ihres Kampfes gegen den kapitalistischen und realsozialistischen Militarismus nicht schon partielle Rüstungskontrollabkommen und Abrüstungsmaßnahmen durchsetzen kann und sogar muß, um ökonomische Ressourcen für die Bewältigung der sozialen Probleme freizusetzen.

Gewaltfreie Strategie heißt also für die Innenpolitik in West und Ost nicht Rückkehr zur Politik der reformistischen Klassenversöhnung und der ausschließlichen Auseinandersetzung in den bestehenden institutionellen (z.B. parlamentarischen) Bahnen der Konfliktaustragung, sondern Klassenkampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten zur Schaffung einer neuen Ordnung von Gleichen unter Einbeziehung der Personen der bisherigen Herrenklasse. Gewaltfreier Klassenkampf (wie in diesen Tagen in Polen) ja, aber Klassenkrieg nein. Die alte sozialdemokratisch-kommunistische Kontroverse um Reform oder Revolution, Klassenpartnerschaft oder Klassenkrieg, Wahlkampf oder bewaffneter Kampf, die von der Linken der 60er Jahre immer wieder aufs neue nachgedacht wurden, läßt sich nur durch eine reformistische, das soziale wie das internationale System transformierende Strategie der gewaltfreien Aktion lösen. Gewaltfreiheit muß sich auch bei der Konfliktregelung innerhalb der Friedensbewegung bewähren, die niemals völlig homogen sein wird, aber auch vor mörderischen Spaltungen wie die der Arbeiterbewegung bewahrt werden muß.
Die Linke sollte endlich bekennen, daß sie revisionistisch ist, weil nichts nötiger ist als eine gründliche Re-Vision der menschheitlichen Entwicklungstendenzen wie der menschlichen Entwicklungsalternativen, der Ziele wie der Mittel jener weltweiten Bewegung, die nicht bereit ist, die herrschende Realität der alltäglichen Barbarei und ihrer drohenden Strategien zur Ausrottung ganzer Völker als die beste und alleinmögliche aller realisierbaren Welten anzuerkennen.

EGBERT JAHN

Sommerschule '80

Thema:

Selbstbestimmt Leben

Selbstverwaltung als konkrete Utopie
Alternative Pädagogik
Linke und Kinder
Neues Politikverständnis

Verlag 2000

72 Seiten DIN A 4, reich bebildert, DM 8,--
Noch lieferbar:
Sommerschule '79
Anders Arbeiten – Anders Leben
40 Seiten DIN A 4, DM 3,50
Erhältlich im Buchhandel oder gegen Vorauszahlung direkt bei: Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Sommerschule '81
Planungs- und Vorbereitungswochenende
6.-8. Februar 1981
Ort: ASH Frankfurt, 6376 Oberursel 5

Diskutiert und konkretisiert werden sollen auf diesem Treffen die verschiedenen Sommerschul-Projekte für 1981. Vorgeschlagen wurden bisher die folgenden Themen: Linke und Kinder; Indianer; Neue Medien; Internationale Sommerschule zu Fragen der Selbstverwaltung.
Zu keinem dieser Themen gibt es jedoch bisher genauere Vorstellungen und auch noch keine Vorbereitungsgruppen. Was wir von diesen – aber auch von anderen bis dahin vielleicht noch vorgeschlagenen Themen realisieren wollen/können, werden wir auf diesem Planungswochenende diskutieren und entscheiden.
Bereits fest vorgesehen ist dagegen eine Fortsetzung der Frauenschule, die erstmals im November 1980 stattfand. Auch über dieses Projekt kann/soll an diesem Wochenende gesprochen werden.
Und dann sollten wir uns die Zeit nehmen, auch einmal grundsätzlich über das "Projekt Sommerschule" zu diskutieren, das ja – wie die Kontroverse in der "links" Nr. 128 und 129 zeigt – zum Gegenstand recht grundsätzlicher politischer Auseinandersetzungen geworden ist.
Wer an dem Vorbereitungswochenden teilnehmen möchte oder zuvor noch weitere Informationen wünscht, wende sich an: Projekt Sommerschule, Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel.: 0611/82006.

Von der Rückkehr in die Unmenschlichkeit

Eine Dokumentation zur justiziellen Menschenrechtsverletzung

Vom Anfang

Im Sommer 1978 steht die fällige Fußballweltmeisterschaft in Argentinien vor der Tür. Diejenigen, die später, anläßlich der Olympiade im Jahre 1980, in Anbetracht von Kabul der Propaganda nicht genug tun können, um "Menschenrechte" vor Sport zu stellen, kennen damals keine Folter. Nur noch Fußball, der angeblich "versöhnt", sei es auch mit Elektroschock und Papageienschaukel.

Die letzten Bedenken des Gewissens einer nicht unbelasteten Nation werden weggewischt und verdrängt. Mit den Repräsentanten eines kurz zuvor an die Macht gelangten Folterregimes verkehrt man per Handschlag: Nichts demoralisiert mehr als die Aussicht auf circensische Bestechung.

Zu dieser Zeit, am 23. Juni 1978, morgens gegen 10 Uhr, geht ein Mann auf seine Studentenbude in einem Heidelberger Hinterhaus. Er hat eine Fahrkarte nach München in seiner Tasche und auch einige nicht ganz echte Utensilien, mit deren Hilfe er in die Gestalt eines Postboten schlüpfen will. In der bayerischen Landeshauptstadt will er seine "Post" abgeben: einen Sprengsatz an die Adresse des argentinischen Generalkonsulats.

Eine geringe Menge Sprengstoff soll ausreichen, um ein paar Steine aus der Mauer des Schweigens zu reißen. Er hat sich sorgfältig zuvor vergewissert, daß Menschen nicht zu Schaden kommen können. Aus diesem Grunde auch probiert er vorher – noch in Heidelberg – die Elektronik seines Sprenggerätes durch: das vorzeitig unter seinen Händen explodiert!

Hermann Feiling ist nicht auf der Stelle tot. Er überlebt den schrecklichen Unfall. Aber er ist blind danach, und seine beiden Beine werden bis ins obere Drittel amputiert. Sein Körper ist von Brandwunden bedeckt.

Zwei Jahre darauf, im Sommer 1980, beschließt das Oberlandesgericht Frankfurt (OLG) auf Initiative der Bundesanwaltschaft, gegen ihn Anklage zu erheben. Zwei andere sollen mit ihm vor Gericht angeklagt werden: Hermann Feilings Verlobte Sybille Straub und die Silvia Herzinger, die unter dem Tarnnamen "Friederike" mit Feiling Kontakt gehabt haben soll. Beide Frauen soll Hermann Feiling in späteren Vernehmungen durch eine 1.300 Seiten umfassende "Aussage" belastet haben.

Er muß vor Gericht gezerrt werden, weil nur dadurch die besagten, angeblich von ihm stammenden 1.300 Seiten "Aussagen" verifiziert werden können: die dem Behinderten zu seiner Pein solange vorgelesen werden, bis sie wahr sind. Mag er dementieren, wie er will.

Denn daß er sich – wie er unermüdlich versichert – an diese "Aussagen", die ein halbes Dutzend Menschen belasten, nicht erinnern kann, weil er sich bei ihrer Schöpfung in traumatischer Lage befand, ist insofern der Wahrheitsfindung überhaupt kein Problem, weil die dabei anwesenden Verhörspezialisten à la Berberich & Werz in trauter Eintracht mit anwesenden Polizeiärzten dafür um so sicherer deren ordnungsgemäßes Zustandekommen beschwören werden.

Dabei belasten die angeblichen Aussagen im Grunde niemand anderen als die für den "anachronistischen Zug" in der deutschen politischen Justiz immer schon ebenso charakteristische wie fatale Zusammenarbeit von Arzt und Polizei.

Vernehmungen in Deutschland

Hermann Feilings Unfall ereignete sich am 23. Juni 1978 gegen 10 Uhr. Unmittelbar danach mußten ihm beide Augen entfernt werden sowie die beiden Beine bis zum letzten Drittel des Oberschenkels. Sein Körper war von erheblichen Brandwunden bedeckt. Ein Schock von kaum vorstellbarer Dimension zeichnete im übrigen seinen Zustand aus. In der Nacht nach seinen schweren Operationen wurden ihm 4 Ampullen des starken Schmerzmittels Dipidolor gespritzt.

"Dipidilor ist ein morphinhaltiges Schmerzmittel, das nur bei besonders starken Schmerzen verordnet wird. (...) Bei einigen Patienten stellt sich eine Euphorie ein, d.h. ein unrealistisches Gefühl des Wohlbefindens, außerdem Gefühle der Geborgenheit. Es erleichtert gedankliche Assoziationen, eine 'positive Grundeinstellung', Gedankenflucht ..." (Pharmazeutisches Lexikon)

Noch 3 Tage nach der vorzeitigen Explosion und Operation erklärt das Landeskriminalamt (LKA) Stuttgart, Feiling befinde sich in "Lebensgefahr", am selben Tag erklärt der behandelnde Arzt den Eltern dasselbe.

Von daher war es eine bemerkenswerte humanitäre Leistung des zuständigen LKAs, bereits am Morgen nach der Operation in Hermann eine voll vernehmungsfähige Person auszumachen. Dies mit Hilfe eines Arztes namens Dressler, der für die Dauer der Vernehmungen nicht einmal ein zeitliches Limit setzte, selber aber in der Regel nur um die 5 Minuten bei seinem Patienten aushielt, wofür dann die anwesenden Beamten in medizinischer Hilfsfunktion beim Umbetten und ähnlichen Versorgungmaßnahmen selbsttätig zur Hand gingen.

Insgesamt war Hermann Feiling 4 1/2 Monate in dieser Lage der absoluten Hilfslosigkeit, der Schmerzen, der eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit, der säuglingshaften Abhängigkeit, ferngehalten von allen Freunden, ferngehalten von jedem Anwalt seiner Wahl. Während die "Vernehmungen" munter liefen. Eingeleitet von einem Staatsanwalt, einem gewissen Wechsung, den Feiling für einen Rechtsanwalt hielt – und dies alles unter der rechtsstaatlich superben Bedingung, daß zu keiner Zeit ein Haftbefehl gegen ihn verkündet worden war.

Noch während seines späteren Zwangsaufenthaltes in der Polizeischule Münster (!) erklärt man seinen merkwürdigen Status damit, daß er "Gast" der Polizei sei, in deren Haus er ein "Appartement" bewohne, welches sich im übrigen als die Waffenkammer dortiger Polizisten erwies. (Aktennotiz S.B. 19.10.78)

Feiling war also ein blinder und bewegungsunfähiger "Gast". Wobei Gastlichkeit bekanntlich dadurch definiert ist, daß man andere "Gäste" nicht empfangen darf, geschweige denn seinen eigenen Anwalt. Hermann versteht es, in diesem abgeschotteten Zustand seine Isolierung dadurch zu durchbrechen, daß es ihm trotz seines hilflosen Zustandes gelingt, Tonbandcassetten nach außen zu schmuggeln, auf denen er seine erpresserischen Umstände beschreibt und nach seinem Anwalt Stefan Bayer verlangt. Es gelangt sogar ein von dem erblindeten Feiling mühsam unterzeichnetes Mandatsformular nach draußen.

Damit allerdings war nur die Gefahr akut, daß es jetzt eigentlich rechtsstaatlich hätte zugehen müssen: der Anwalt besaß einen Anspruch auf den persönlichen Kontakt zu seinem Mandanten.

Da man das aber auf keinen Fall wollte und konnte, mußte man sich etwas einfallen lassen, um aus dem nun offenbar werdenden Verdacht zu entkommen, es handle sich bei Feiling womöglich um eine rechtswidrig festgehaltene Geisel der Polizei.

Als Rechtsanwalt Bayer am 19. Oktober 1978 in der Polizeischule Münster erscheint, wird ihm von dem Beamten Berberich eine Erklärung Feilings vorgelegt, worin der augenblicklich keinen Besuch durch Bayer wünscht. Bayers Wunsch, dies von seinem Mandanten mündlich bestätigt zu bekommen, wird abgelehnt.

Diese Abkehr von seiner ursprünglichen Absicht, die Feiling mit großer Mühe nach draußen schmuggelte, soll natürlich "freiwillig" zustande gekommen sein. Am 24.10.78 schildert W.R. Meyer ein Telefongespräch mit seinem Jugendfreund Hermann Feiling, worin dieser die "Gründe" für seinen Sinneswandel erklärt:

"So sei ihm (Feiling) mitgeteilt worden, Rechtsanwalt Bayer sei ein 'Sicherheitsrisiko'. Wenn dieser zu ihm vorgelassen würde, könnte die Sicherheit (!) nicht mehr gewährleistet werden, er müsse dann die Höhere Polizeischule verlassen."

"Dies sei ihm (Feiling) durchaus auch recht, da er die Abschirmung durch die Polizei nicht wünsche. Andererseits sei es jedoch so, daß sein Aufenthalt gleichzeitig mit der Behandlung in der Klinik gekoppelt sei. Es würden ihm dort die Prothesen angepaßt und er erhalte Unterricht in Blindenschrift. In der Klinik selbst seien sämtliche Plätze belegt (!), d.h. er habe seinen Aufenthalt in der Polizeischule, die ihm auch Pfleger u.ä. (!) stelle."

Und weiter erinnert sich Mayer:

"Feiling sagte, bei dieser Sachlage werde er wohl das Schreiben, das Berberich vorgelegt habe, unterzeichnen müssen."

Mit anderen Worten: H.F. wollte unbedingt seinen ihm rechtlich zustehenden Anwalt, aber die niederträchtige Auflage der "Beamten & Pfleger" lautete, entweder Anwalt oder Behandlung!

In der Dunkelheit

Hermann Feiling konnte sich in seiner Lage ohne fremde Hilfe nicht fortbewegen. Es war ihm versagt, mit anderen als den anwesenden Personen zu sprechen: mit Polizisten, die pflegerische Kittel trugen, die er in solcher Verkleidung nicht zu identifizieren vermochte. Er hatte keine, aber auch gar keine Möglichkeit, seinen eigenen Willen gegen einen entgegenstehenden Willen der ihn umgebenden Personen durchzusetzen. Da er anders als ein "nur" Blinder, der sich mit seinen eigenen Beinen in der Dunkelheit, die ihn umgibt, wenigstens noch vorantasten kann, für alles, was außerhalb der Reichweite seiner Hände ist, eine fremde Hilfe benötigt, muß diese totale Abhängigkeit von der Hilfestellung anderer ständig ein Gefühl der Dankbarkeit in dem Betroffenen erzeugen, was die Anstrengung fast unmenschlich erscheinen läßt, einen von seinen Bewachern unabhängigen und autonomen Wunsch zu äußern.

Zu alledem kam eine katastrophale psychische Traumatisierung: er befand sich nun plötzlich in der nahezu unvorstellbaren Lage, sich in einem von dem früheren völlig konträren Leben zu befinden. Anstatt in der Welt aus Raum, Licht und Farbe ist er nun völlig bewegungslos in die absolute Finsternis gestürzt. Seine Existenz und die Existenz anderer erkennt er in Berührungen und in Stimmen. Nur diese Personen, die sich ihm ausschließlich in Stimmen darstellen, sind in der Lage, seine Reglosigkeit und Not zu lindern. Diese Personen haben daher Macht über ihn.

Über die Produktion von Aussagen

Hermann Feiling wird am Tag nach der Explosion und der Operation zum ersten Male "angehört"; ein Begriff, den es in der deutschen Strafprozeßordnung nicht gibt. Die Ergebnisse dieser "Anhörung" werden von den Ermittlungsorganen als "Aussagen" bewertet. Hermann Feiling steht unter starkem Medikamenteneinfluß und wird von der Polizei selber noch offiziell als "lebensgefährlich verletzt" bezeichnet. Ein Mensch wird also stundenlang (bis zu 10 Stunden) verhört, der über Nacht beinahe sämtliche seiner Orientierungen verloren hat.

Aufgrund schon der ersten angeblichen Aussage wird seine Verlobte verhaftet. Hermann Feiling, der sich heute an beinahe nichts mehr erinnern kann, schildert Fragmente seiner damaligen Wahrnehmung so:

"In der ersten Nacht hätte er überhaupt keinen Tag-Nachtrhythmus gehabt. Sie hätten ihm jemand in den Raum ge-

setzt. Er habe nie geschlafen. Der andere sei immer herumgelatscht und hätte Stories erzählt, er sei Jäger. – Er könne sich bei seiner ersten Vernehmung auch nicht an (rechtliche) Belehrungen erinnern, auch nicht an die Belehrung, daß er sich eines Rechtsanwaltes bedienen könne."

Letzterer hätte ihm wohl, wäre er ein Vertrauensanwalt gewesen, als erstes gesagt, daß er gegenüber seiner Verlobten ein gesetzlich verbrieftes Recht der Aussageverweigerung hatte.

Später, als er die Möglichkeit dazu findet, äußert er auf den herausgeschmuggelten Cassetten seine Empfindungen in der Lage der Abhängigkeit von den "Polizeipflegern". Dabei geben diese authentischen Erklärungen einen ersten Aufschluß über die "Qualität" wie über das Zustandekommen jener "Aussagen", die nun gerichtsverwertbar sein sollen:

"(...) Dann brauche ich wirklich einen Anwalt, dem ich vertrauen kann (...) Wenn jemand, den ich wahrscheinlich gar nicht kenne, durch mich im Gefängnis sitzt (...) Ich weiß gar nicht, was für eine Struktur ich habe (...) Wenn das stimmt, dann bin ich total falsch beraten worden (...) Ich bin irgendwie halbwegs verloren. Es bleibt mir nur noch, zu warten, was man mit mir macht. (...) Man hatte mir nicht die Zeit gelassen, mich wieder aufzubauen."

Sondern man hatte ihn, bevor er wieder auf elementare Kräfte seines Bewußtseins, seiner Menschlichkeit zurückgreifen konnte, zuvor ein wenig zerstört; und je zerstörter und zerrütteter das "Vernehmungssubjekt", desto klarer und glaubwürdiger seine "Aussagen". Die im übrigen noch dazu dienen müssen, die Existenz von einem halben Dutzend anderer Menschen zu vernichten.

"Was mich am meisten mitnimmt, im Moment, ist (...) daß da scheinbar Aussagen existieren, die von mir stammen. Diese Aussagen stammen aus einer Situation kurz nach der Operation. Ich kann mich weder an sie erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit voll entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte."

"Ich war also mehr so in einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, darin bestand, nicht verlassen zu werden. Dafür habe ich dann – also wie gesagt – da dann nicht allein zu sein und zusätzlich eben nicht zu wissen, was eigentlich los ist und wo man sich befindet und warum es dunkel ist – das kriegt man erstmal gar nicht so genau mit – eine Situationskontrolle erstmal zu entwickeln, da braucht man erstmal Zeit!"

Später teilt er dann, illegal, seinen Freunden mit:

"Ich bitte ... zu verfolgen, was mit mir geschieht. Wo ich hingebracht werde und so. Ich bin voll unter den Fittichen. Die haben also nur ein paar Konzessionen gemacht, daß ich also diese Maßnahmen da behalte, also die Krankenhaustherapie für die prothetische Versorgung. Nur um das möglich zu machen, haben die es eben gemacht, mir also ihren Haftbefehl zu eröffnen."

Da gegen H.F. aber niemals formell ein Haftbefehl verkündet wurde, der ja haftunfähig war, muß jemand ihn bewußt mißinformiert (also erpreßt) haben.

Und in seiner letzten Mitteilung aus einer Isolierstation des Modell Deutschland heißt es:

"Ich fühl' mich tatsächlich ein wenig entmündigt; aber man hat auch irgendwie eine Situation geschaffen, in der ich mich eigentlich nicht traue, traute, irgendwie etwas selbst noch zu wollen. (...) Es ist für mich unmöglich, irgendetwas ganz anderes zu sein. Dazu will man mich bringen, glaube ich jedenfalls, daß man da alle Register zieht, ich geh daran nicht – jetzt nicht – vollends kaputt, weil ich festgestellt habe, daß ich meine politischen Gedanken, meine persönliche Identität vielleicht wohl mal wieder finde."

In einer Situation, wo er unter dem ungeheuren Druck der Ereignisse sprechen will, sich selbst hören, d.h. erleben will, der unter Eindrücken von Selbstentfremdung und gestörter Körperwahrnehmung leidet, der kämpft, der sich an seine Umgebung klammert, seine Gequältheit herausbricht – Sprache ist seine einzige Kommunikationsform. Die "hilfreichen" Polizisten "hören geduldig an" und halten geduldig "vor": grüne Farbe des Autos oder rote? Solange, bis er "ja" sagt.

In den 1.300 Seiten steht nichts darüber, wie das gegangen ist, sondern man liest die Summe der freigeschöpften Facts. Doch ganz ist die Folter, die hier geschah, nicht spurlos getilgt (HR 12/78):

"Der Arzt gab zu Protokoll, daß Feiling während der Vernehmung zwar "medizinisch", aber nicht "juristisch" vernehmungsfähig gewesen sei."

"Während der Vernehmungen", so heißt es, "war Feiling so erregt, daß ihm zusätzlich Valium zur Beruhigung gespritzt werden mußte".

"Der Arzt (Dressler) sagte weiter aus, daß er die größte Zeit der Vernehmung im Raum anwesend war und dabei den Namen Sybille Straub nicht gehört habe. – Diese Aussage des Arztes ist insofern wichtig, weil in dieser Vernehmung – so die Polizei – Fehling seine Verlobte bis zur Verhaftungsreife belastet haben soll". (HR 12/78)

Da es mit den "Sinnen" der verhörenden Beamten, deren An- und Abwesenheiten in kritischer Aussagelage, dem An- und Abschalten von Tonbändern zur Dokumentierung ohnehin eine spezielle Bewandnis hat, wodurch zusätzlich der Wert jener "Aussagen" vernichtend qualifiziert wird, soll versucht werden, anhand der Dokumente dieser Herren eine Art Spurensicherung vorzunehmen.

Dossier über ein Verhör in Deutschland

Der Polizeiobermeister i.K. (POM) Schäffer führt das Protokoll, das er zu verantworten hat. Ein Staatsanwalt, ein gewisser Wechsung, gehört ebenfalls zur Szene, der den dauernd bewußtlosen Feiling nicht über seine gesetzlichen Rechte belehrt, den Feiling mit seinem Rechtsanwalt verwechselt.

Ein POM wie der Schäffer ist in der Hierarchie ein kleiner Beamter, der weiter kommen will und stets darauf zu achten hat, daß er als Protokollführer nichts unterschreibt, was andere ihm – womöglich rechtswidrig – einbrocken.

Dieser Polizeiobermeister formuliert daher mit evidenter Zurückhaltung eine in sich nicht einmal logische Charakterisierung dieses initialen Gesprächs:

"Ich kann das geführte Gespräch nur sinngemäß wiedergeben, da ich einige Male das Zimmer verlassen habe und da manchmal Feiling, weil er sehr leise sprach, sehr schlecht zu verstehen war."

Wir verstehen gut: Jemand hat da womöglich einen Drang verspürt, gelegentlich den Raum zu verlassen, damit er später sagen kann, er hat nicht alles mitbekommen. Aber auch dann, wenn er anwesend ist, kann er nur "sinngemäß" reproduzieren, denn der frisch Operierte war kaum zu verstehen.

Wie kann nun ein Polizist letztlich ein Gespräch "sinngemäß zusammenfassen", wenn die Kunst, Sinngehalte in Abwesenheit zu erfassen, vielleicht bei Göttern der Antike, kaum aber bei POMs sonderlich gut ausgebildet sein dürfte?

Jener, der auch bei Anwesenheit vornehmlich mit den eigenen Sinnen beschäftigt gewesen sein dürfte, da Feiling nicht adäquat zu verstehen war. Derart aber das Entrée auf die nun folgenden 1.300 Seiten sogenannter "Aussagen", in dessen Schlußbemerkung der vorsichtige Schäfer sich noch einmal durch Hinweis auf die Verantwortung des höherrangigen Beamten Seitz absichert. Ihm war nicht wohl bei der ganzen Geschichte.

Da es verständlicherweise in der Fortsetzung der Inquisition erst recht Probleme mit den "Sinnen" gibt, mit dem elendig befindlichen "Verhörsubjekt", den permanenten An- und Abwesenheiten, muß die eine 1.300 Seiten um- "Aussage" fassende Dokumentation gleich von eigener Art sein:

Ab Seite 006 wird zwar ein Tonband in die Sache eingeführt, dessen Objektivität aber immer dann abgeschaltet werden muß, wenn die Schöpfungsfreude der Beamten nach "sinngemäßer Zusammenfassung" schreit. In der Regel dann – wir kommen noch darauf –, wenn man tiefer ins Gespräch kommt.

Am 28.6. eröffneten die Beamten Berberich und Raisch (S. 0049) ein stundenlanges Marathonverhör mit dem schwerkranken F., dessen bereitwilligem Arzt keinerlei zeitliche Begrenzung solcher Prozedur in den Sinn kommt.

Es hat seinen ersten Höhepunkt in der Aufforderung, Feiling möge doch die Namen ihm bekannter Leute nennen, was dieser offenbar nicht will oder kann, weswegen man ihn kennerisch auf die Belastung durch seinen Körperschaden hinweist, der auch andere ereilen möchte:

"F. macht eine längere Pause und atmet sehr stark."

Wir können gewiß sein, daß die Polizisten, rücksichtsvoll wie nur noch der Kommissar im Tatort-Krimi, keinen Grund zur Humanität vor sich sehen, hat sich der Delinquent den Körperschaden doch selber erhandelt, weswegen solche "Belastung" einzig als Herausforderung zu noch mehr Qual verstanden werden kann.

Der offenbar kaum noch artikulationsfähige Mensch flüstert sein "ja" nicht aufgrund eigener Erinnerung, denn er "kann sich nicht mehr genau erinnern", sondern zum Vorhalt der Verhörer.

Auf diese Weise wurde der spätere Tatvorwurf eines Anschlages auf die AKW-Firma Klein, Schanzlin & Becker "erhärtet".

Insofern ist es auch bedeutungslos, daß dieser flüsternde, schwer atmende, total abhängige, von Valium gestützte Mensch in Bezug auf Personenfragen permanent gravierende Widersprüche produziert – mal ist was rot gewesen, mal was braun – weil jeweils einen Tag darauf die Befrager die Widersprüche schon glätten.

Mag denn auch (S. 0016 und 003) die eine später hochbelastete Person deutlich daran zu erkennen sein, daß sie signifikantes Hessisch babbelt, wenig später verwandelt sich das mühelos in reines Hochdeutsch.

Überhaupt ist die Fähigkeit deutscher Beamter, die geflüsterten "Aussagen" geschockter Menschen, die sich in Lebensgefahr befinden, "sinnvoll" zu transformieren, um so ausgeprägter, je malader deren Zustand ist.

Für einen Linguisten dürfte bei der Durchsicht der angeblichen Feiling-Aussagen unschwer feststellbar sein, daß der Betroffene wenige Stunden nach der Operation auf wunderbare Weise stundenlang in eine reine Polizeidiktion verfällt, nämlich wie aus der Pistole geschossen kurz und knapp (auf Vorhalt, versteht sich) erfragte Maße sogar in Milimeterdifferenzen angeben kann, während derselbe in den späteren Verhören, eben wieder bei sich selber, in seiner eigenen, etwas langwierigeren Sprache mit vielen ähs und kompliziertem Satzbau antwortet.

Damit ist aber nur bewiesen, daß der Zustand des Hermann Feiling während der Vernehmung anfangs nicht ungünstig, sondern eben günstig war. Mag es auch kreuz und quer gehen und manchmal überhaupt nicht mehr: "medizinisch" ist der Delinquent "aussagefähig", und passieren kann nichts, denn er hängt am Tropf und der Arzt erscheint jeweils für die Standarddurchschnittszeit deutscher Mediziner: 5 Minuten.

Doch wenn in der Folge immer öfter (S. 0063) das hier vorliegende menschliche Vernehmungsmaterial offenbar nicht ganz bei Sinnen ist, muß selbst im stromlinienförmigen Protokoll mal danach gefragt werden, ob "Herr F. der Vernehmung überhaupt noch folgen" kann.

Eine sehr verständliche Frage, die der Betroffene aber zu deuten offensichtlich nicht mehr imstande ist, weswegen dazu nur weiter zu fragen ist:

"Haben Sie verstanden?" Da aber die 'Sinne' bei dem POMs und KDKs Berberich, Raisch oder Schäffer unschwer in der Lage sind, anderweitige "Sinnausfälle" selber sinnvoll zu überbrücken, mögen sie auch persönlich draußen vor der Tür gewesen sein, so ist bei einiger Beharrlichkeit selbst dem Halbtoten auf die Frage nach seiner geistigen Anwesenheit, deren Rezeption durch das Opfer der Protokollant im übrigen mißtraut, am Ende ein preußisch-knappes "Jawohl" zu ent-

locken.
Woraufhin die Wahrheitsfindung weiteren Siegen entgegen geht:
F. (Frage): Herr Feiling, in Ihrer ersten Vernehmung haben Sie als das Alter der Gruppenmitglieder zwischen 20 und 30 und bei der gestrigen Vernehmung zwischen 30 und 40 bezeichnet. Was ist richtig?
A. (Antwort): Also, wenn man so will, zwischen 20 und 40.
Somit wären also zunächst einmal alle infrage kommenden Täterpersonen im großzügigen Rahmen von 20-40 untergebracht. Und darüber hinaus ist nicht nur der Widerspruch von gestern aus der Welt, sondern der Patient, der kaum noch folgen konnte, weiß jetzt, was man will.
Im übrigen kommt es da sehr auf den "guten Geschmack" an (S. 0070):
A (Feiling): Ja. Ja, wissen Sie, meine größte Sorge bei dem ganzen ist, ja also, daß ich da die S. noch irgendwie groß reinreite (...).
F (Antwort): Die S. sieht doch noch manierlicher aus als Sie.
Damit war nicht nur der Altersrahmen 20-40 der Wahrheitsfindung geöffnet, sondern der Belastungsmöglichkeit gegenüber allen, die "noch manierlich" aussehen, Tor und Tür geöffnet.
Tags drauf ist der 29.6., und weil es wiederum um die "Sinne" und deren Reproduktionsfähigkeit geht, entsteht am besten wieder ein "zusammenfassender Aktenvermerk": "Herr F. wolle seine Gedanken direkt (als ob's bislang indirekt zugegangen sei) einem Beamten mitteilen, weil er sonst die Gedankengänge evtl. wieder vergessen würde." Was logisch für einen Verzicht auf ein mitlaufendes Tonband spricht, dem bekanntlich hervorragenden Mittel gegen jede Art von Vergeßlichkeit, Unklarheit und Widersprüchen.
Sicherer ist aber – etwa später vor Gericht – sich ungehemmt auf die eigene freischöpferische Sinnlichkeit zu stützen.
Zu diesem Zeitpunkt des Kampfes gegen Vergeßlichkeit waren bereits an die 6 Leute erfolgreich belastet.
Am 30.6. tauchen endlich die vom Wiesbadener LKA auf, die, in wahrscheinlicher Konkurrenz mit den Stuttgartern, unbedingt selber zu was kommen müssen – weswegen es jetzt erst so richtig intim wird (S. 0079):

B (Frage): Waren an dieser Straße Parkflächen eingerichtet?
F (Antwort): Also keine besonderen, da konnte man natürlich am Straßenrand rechts parken (...).
B: Herr Feiling, lassen Sie bitte den Arm etwas ruhiger liegen, da ist die Infusion ... (unverständlich).
F: Was ist denn los?
B: Nee, nee, ist nur vom Verbandsteil etwas losgelöst. Das muß erst gemacht werden. Da hat sich – glaub ich – die Infusion dort unten unter dem Pflasterstreifen etwas gelöst.
Woraufhin man sich erneut einer Frankfurter Einbahnstraße widmet, welcher der Hermann über Stunden nicht so recht folgen kann. Ergebnislos wird die Befragung mittags abgebrochen.
Kein Wunder – von daher – daß dies Verhör nachmittags wieder zu sich selber und die Wiesbadener zu einigen Erfolgen kommen:
"Die Vernehmung wurde nicht auf Tonband aufgezeichnet, die Aussage lediglich dem Sinn nach in Stichworten handschriftlich" notiert.
Es mußte endlich wieder "Sinn" in die Sache kommen, denn auf der Sitzung zuvor hatte überhaupt nichts geklappt, waren die Rauchgewohnheiten verdächtiger Personen mal so und mal so, waren Haut- und Haarfarben kunterbunt verschieden, von dem ganzen Durcheinander sich abwechselnder anthropometrischer Merkmale ganz zu schweigen.
Da das mit dem auszuschaltenden Tonband doch nicht so ganz koscher wirken möchte und weil es lausige Rechtsanwälte gibt, die sich so etwas vor Gericht peinlich erklären lassen möchten, erlaubt sich die Sinnesschärfe des KHM Berberich den Versuch eines Persilscheins in der Form einer überaus logischen Schlußbemerkung (S. 0105):
"Das oben genannte Gespräch wurde auf ausdrücklichen Wunsch und unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes von Herrn Feiling nicht auf Tonband aufgenommen"; dessen "Gesundheitszustand" bekanntlich darunter litt, daß er überhaupt verhört wurde, nicht aber unter einem geräuschlos mitlaufenden Tonband.
Wobei der danach noch folgende Hinweis "Es erfolgte auch keine (handschriftliche) Protokollierung", logisch nur noch Rückschlüsse auf die lädierte mentale Lage der Beamten zuläßt, die offenbar nicht schreiben konnten.
Am 2.7.78 (S. 00138) haben sich jedoch die Verhörer sinnlich und handgelenkmäßig soweit erholt, daß die "Aussage" des Tages wenigstens wieder "sinngemäß und handschriftlich" protokolliert werden kann, weil man erkannt haben dürfte, daß die Methode des Ausschaltens des Tonbandes und das Anschaltens der "Sinngemäßheit" einen rascher vorwärts brachte.
Schließlich hatte sich am 2.7. auch Wichtiges ereignet: ein Ehepaar K. aus Nürnberg war verhaftet worden, das gekommen war, um Hermann im Krankenhaus zu besuchen – was 3 Monate U-Haft zum Ergebnis hatte.
Dieses Ehepaar war dem gezielten Gerücht nach gut genug dazu, den Feiling mal erschießen, mal – vom Tropf weg – befreien zu wollen. Die angeblich beschlagnahmte Pistole ist heute selbstverständlich verschollen.
Dafür kann man davon ausgehen, daß der offenbar nicht genug betroffene Feiling von seiner bevorstehenden Ermordung informiert und ihm anempfohlen ward, sich ganz unter den "Schutz" der Polizei zu stellen.
Eine präzise Begründung zu der ganzen Affäre mit dem Ehepaar K. fehlt bis heute; und natürlich fehlt – im Zeitalter des zwar funktionierenden, aber ausgeschaltet gehaltenen Magnetophons – jeglicher Hinweis darüber in den Akten.
Die Bänder waren nun oft genug schon gestoppt und dem "Sinn gemäß" gehandelt worden, daß am 4.7. so etwas wie ein verspäteter rechtsstaatlicher Frühling ausbrechen konnte:
Der KHM Aicheler vom LKA Stuttgart erinnert sich doch tatsächlich dem Feiling gegenüber an das Institut des Rechtsanwaltes und verspricht, sich um einen solchen zu kümmern.
Woraufhin wir auf der Höhe der Seite 00148 plötzlich die bisher ganz ungewöhnliche Belehrung erfahren, nämlich am 5.7.78:
"Sie wissen, daß Sie vor der Polizei keine Angaben zu machen brauchen, daß Sie einen Verteidiger befragen können ...".
Glücklicherweise war der auch inzwischen aufgetrieben, ein Herr aus Ostfriesland, der den konservativen Eltern nahesteht, und der sich auch sonst insofern als ideal erweist, da er praktisch nur nominell in Erscheinung tritt und im übrigen mühelos in der Lage ist, den Hermann nicht auf sein gesetzlich verbrieftes Recht auf Aussageverweigerung gegenüber seiner Verlobten hinzuweisen und auch darüber nichts verlauten läßt, daß Feiling haftunfähig ist.
Er betreut weiter seine Kanzlei in Emden und weiß seinen Mandanten in besten Händen, dem er rät "nur alles zu sagen", und zwar in diesen Händen (S. 00182):
F (Frage): Berlin? Wer beteiligt sich überhaupt bei der Zusammensetzung einer solchen Zeitung? – Herr Feiling, ich würde nicht so, den Mund, weil da so eine leichte Kruste ist."
Wenn man nämlich schon sieht, daß jemand den Mund eigentlich gar nicht aufmachen kann, dann sollte man ihn weiter fragen. Und das geht lohnend bei der Herstellung von 1.300 systematischen Seiten nur über "sinngemäße Zusammenfassung". Schließlich schlägt ja auch der auf den Tod Verwundete nach stundenlangem Befragen andauernd aus dem "sinnvollen" Rahmen (S. 00239):
A (Feiling): Er wurde geschildert als jemand dort, also ich hatt', ich hab mir das jetzt nicht weiter überlegt, aber ich dachte, das einfach schon deswegen, weil die ja äh, also ich mein, weil die auch zusammen, äh, dann wenn sie zusammen versuchen, 'n Auto aufzumachen oder so, daß, ich denk dann, daß es irgendein Ziel hatte oder so, nee".
Das geht natürlich so nicht. Wie soll man darauf einen Prozeß aufbauen und Leute verurteilen? Weswegen uns die Methode dieser Art der Herstellung von Beweismaterial nicht nur den "Sinnen", sondern auch den Absichten der Frager nach gemäß erscheint.
Dies alles wäre unmöglich gewesen, der Gequälte womöglich "unsinnigerweise" krepiert, wäre nicht in unseren Beamten jener Zug zum Ausdruck gekommen, der schon in vormaligen "anachronistischen Zeiten" Hervorragendes geleistet hat: jene innige Mischung aus Arzt und Polizist. Beeindruckend nämlich auch hier (S. 00259), wie deutsche Polizei ärztliche Funktionen übernehmen kann, die einem vielbeschäftigten Stationsarzt jeden Grund zur Präsenzpflege abnehmen.
Wer immer auf der Suche nach einer Therapie im Sinne der "Milch" der frommen Denkungsart erpicht sein sollte, er mag sich getrost der Forderung nach mehr Polizei in deutschen Hospitäler anschließen:
F (Frage): Herr Feiling, es ist jetzt kurz vor 16 Uhr, können Sie der Vernehmung noch folgen?
A (Antwort): Oh, ich kann schon folgen, ich bin en bischen müd', aber das hätten Sie noch viel?
F: Mhm. Schon noch en bißchen? Wollen Sie mal en Schluck trinken und sollen wir ne kleine Pause machen?
(Wobei die "en bißchen" deutliche sprachliche Identität zwischen Frager und Befragtem keinen Grund zu Mißtrauen abgibt).
A: Also ich find, jetzt können wir noch en Moment weitermachen, ich meld mich dann schon.
F: Mhm, des is Milch!
A: Mhm. Ist gut."
Mag der Gepeinigte auch um 19.40 Uhr sich deutlich mit der Bemerkung wehren (S. 00418): "Ja, ich bau ein bißchen ab". Sofort ist die hausmedizinische Kur zur Stelle: "Wir geben Ihnen was zu trinken", woraufhin man fortfährt, einen Menschen zu verhören, der "abbaut".
In den Monaten August bis Oktober 1978 bespricht Hermann Feiling illegal Cassetten, die er ohne Wissen seiner Bewacher nach draußen lanciert. Er verlangt seinen namentlich genannten Anwalt und erklärt im übrigen er blicke nicht durch, was eigentlich passiert sei:
"Ich hätte jedenfalls diese Aussagen nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte. Ich möchte also diese Aussagen zurücknehmen."
Diese eindeutige, unmißverständliche Willensbekundung eines Menschen der endlich seiner Sinne wieder mächtig ist, wird dann natürlich souverän im wenig später zu Ende gehenden Prozeß gegen Gerd Albartus nicht verwertet, sondern unter Hinweis auf den zur Akte geronnenen Aussagesinn erledigt.
Dies, obwohl der Düsseldorfer Senat die Tatsache der Schmuggelcassetten und ihren Inhalt als "wahr" unterstellt (Albartus Anklage). Er erklärt ihren Inhalt indessen "zwanglos" als das bloße Bemühen, andere wieder zu entlasten, weil die "Bedeutung" seiner "Aussage" ihm klar geworden sei, die ihm eben, was wir immer schon sagten, vorher nicht klar gewesen sein kann.
Ein Verhör mit Menschen aber, die so unklar sind, daß sie die Tragweite des Geschehens nicht erfassen, gehört nicht nur in den Bereich der Inquisition, sondern in den des Verbrechens.
Dieser Senat ist "zwanglos" (so wörtlich) imstande, den Inhalt der Cassetten zu entwerten, wo deren bloße Existenz, deren Zustandekommen nach Art und Weise alles über die unerhörte Behandlung Feilings sagt, die eben nicht "zwanglos" war.

Arzt und Patient

Zwar hatte zuvor bereits einer der unverdächtigsten der Unverdächtigen, nämlich der "Leitende Polizeiarzt Weser-Ems", den Zustand des Feiling als unproblematisch diagnostiziert und auch die Berberich und Raisch hatten sich bekanntlich in der Art des ihnen eigenen subtilen Verhältnisses zur Menschenwürde pflegerisch um den Gesundheitszustand Hermanns verdient gemacht: die Seele allerdings fällt immer noch in ein Extra-Ressort.
Am 13. Nov. 1978 taucht daher ein Professor Harlfinger als Psychiater auf, der auch dann zu einem "tiefenpsychologischen Bericht" Kompetenz hat, wenn er in seinem akademischen Werdegang von derlei Dingen nachweislich nie berührt wurde.
Diesem auf die "Tiefe" orientierten Harlfinger, den die Bundesanwaltschaft en marche gesetzt hatte, um die "Aussage Feiling" für die Gerichte wasserproof zu machen, diesem also bedeutet die Untersuchungsperson, da

sie "kein Vertrauen" zu ihm habe – was ihn selbstverständlich keinen Moment an jenem Gutachten verhindert, dessen logische Struktur tatsächlich die ganze "Tiefe" des wissenschaftlichen Vermögens hiesiger Psychiatrie ausdrückt.

Nämlich: der Patient ist "bewußtseinsklar in allen Qualitäten und zeitlich und räumlich voll orientiert", weswegen alles in Ordnung ist, weil jeder in Ordnung ist, der in Anbetracht eines weißen Kittels meint, er sei wohl im Krankenhaus: denn damit haben wir den "Beweis" für die räumliche Orientierung. Wer nun obendrein noch Sommer und Winter einigermaßen unterscheiden kann, bei dem ist auch "zeitlich" alles in Butter. Nun hat der Mensch aber auch noch die lästige Störvariable "Gefühl" ("Stimmung" etc.), weswegen es folgerichtig noch um die Feststellung geht, ob er "euphorischer" oder "depressiver" Stimmungslage sei.

Da aber in Hermann Feilings Lage von "Euphorie" kaum die Rede sein konnte, andererseits aber amputierte Beine und zugenähte Augenhöhlen noch keinen rechten Grund zur "Depression" hergeben, bleibt es dabei, wie die ganze Gesellschaft zu sein hat: normalverteilt unter der Glocke der Gaußchen Kurve. "Er ist weder depressiv, noch euphorisch!" Denn das Wahre liegt allemal in der Mitte und niemals in der Frage, was er sonst wohl noch so sein möchte.

Diesem Psychiater erklärt H.F. "einfühlsam":

"Er sehe einen Großteil seiner Aussagen als Versuch, eine Situation zu bewältigen; teilweise seien das aber ziemliche Geschichten; in seinen bewußtlosen (!) Zeiten sei viel Falsches dabei gewesen; er habe niemandem etwas tun wollen, da habe er etwas zusammengeschustert, auch versucht, Dinge zu vertuschen, und nach plausiblen Erklärungen gesucht; auch mit Tricks habe er gearbeitet, damit das weiter gehe; er habe gedacht, wenn er jemanden ernde, werde dieser damit auch nicht belastet." (S. 104 Albartus Urteil)

Da aber diese schwerwiegende Erklärung weder "depressiv", noch euphorisch" an den Harlfinger herankam, meinte dieser mühelos, er habe mit dem Inhalt nichts zu tun; mag dieser auch psychologisch so relevant sein wie nur was: die Fakten und "Aussagen" gehörten dem Inhalt nach längst ihren Produzenten Berberich et. al. und einem Senat, der deren Produkte ganz "zwanglos" anerkennt.

Damit wurde eine erste prozessuale Entscheidung über den Wert der Aussagen Hermann Feilings bereits getroffen: bevor dieser noch zu seinem eigenen Prozeß Gutachter zu seinen Gunsten hätte bemühen können.

Da mag einer zu "bewußtlosen Zeiten" vor lauter Falschem noch das Richtige beabsichtigen: wo deutsche Polizisten verhören, bleibt kein Auge trocken.

Selbst wenn der Gequälte, wieder Herr seiner Sinne, aufschlußreich und plausibel seine auf das bloße Überleben gerichtete Methode des Taktierens, Ausgens und Vertuschens an der Wahrheit vorbei aufdeckt – was im übrigen vor jeden Menschen von der ersten Minute an klar ist – nein, jetzt, wo er nicht mehr bewußtlos ist und endlich man in die Sache kommen könnte, weil kein Berberich mehr "sinngemäß zusammenfaßt", da weiß sich der weder "euphorische, noch depressive" Düsseldorfer Senat immun:

"Die Äußerungen des Zeugen Feiling lassen sich indessen (...) mit dem Unbehagen des Zeugen über die von ihm nicht gewünschten Folgen seiner Angaben für seine Freunde einfühlbar" erklären.

Zum bevorstehenden Prozeß vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main

Für das, was mit Hermann Feiling (und den anderen) geschah, hat der Staat heute einen "Strafanspruch". Den wird in Kürze das OLG Frankfurt beurteilen; die Termine dafür werden in allernächster Zeit mitgeteilt.

Wenn es nicht gelingt, die Obszönität und Niedertracht eines solchen Prozesses generell zu verhindern!

Nach der vorliegenden Anklageschrift beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, ein gerichtliches Verfahren gegen Hermann, Sybille und Silvia durchzusetzen. Gegen alle 3 Leute existiert nicht der geringste Beweis außer den angeblichen "Aussagen" Feilings.

Aufgrund dieser "Ergebnisse" kamen Sybille und Silvia in die Stammheimer Isolationshaft. Sybille Straub für fast 9 Monate. Die Aufhebung der Isolation würde ihr für den "Fall" versprochen, daß sie selber "Aussagen" macht; offenbar war man von der Stimmigkeit der "Aussagen" ihres Verlobten Hermann F. nicht so überzeugt. Sybille soll jetzt wohl wieder in den Knast, obwohl dies zusätzlich für Hermann den katastrophalen Verlust seiner lebenswichtigen Beziehungs- und Pflegeperson bedeuten würde.

Im Falle Silvia Herzinger genügte es als Voraussetzung für Knast und Verfolgung, daß Hermann einmal von einer "Friederike" gesprochen habe, seiner "Kontaktperson", die in einem Anwaltsbüro gearbeitet hätte, deren Eltern nicht arm seien, die in Frankfurt einmal eine Hausdurchsuchung erlebt habe – was bekanntlich in Frankfurt für dutzende Linke zutrifft.

Bei alledem geht es der im Hintergrund federführenden Bundesanwaltschaft nicht allein um die Verurteilung und Bestrafung dieser 3 Menschen – sondern man zielt mit dem Verfahren auch auf "höhere Gründe". Es geht um die gerichtliche Absegnung einer verfolgungsstrategisch sicheren Behandlung der "Revolutionären Zellen". Wobei aufgrund der Feilingschen 1.300 Seiten zu beschließen ist, daß es sich bei den "RZ" nicht um autonome Gruppen handelt, die selbständig handeln, sondern um zentral inspirierte und organisierte Einheiten, was auf eine wesentliche rechtliche und polizeiliche Erleichterung ihrer Verfolgung, Behandlung und natürlich Verurteilung hinausliefe. Derart, daß zukünftig jeder, der recht spontan einen Hausmacher-Brandsatz gegen beispielsweise ein Bolivianisches Konsulat pfeffert, als abhängiger und diktierter Teil einer "großorganisierten Kriminellen Vereinigung" anzusehen ist. Der also keinen eigenen Entschluß gefaßt hat, sondern den anderer nur vollzieht.

Schon unmittelbar nach dem Unglück Hermann Feilings übernahm das BKA offiziell die weitere Verfolgung des "Komplex' RZ", die vorher in den Bereich der regionalen Landeskriminalämter fiel.

Schließlich sind durch Feilings "Aussagen" weitere Menschen belastet oder tendenziell belastbar, die zwar momentan nicht greifbar sind, deren mögliche Prozesse aber prozeßtechnisch sinnvoll antizipiert werden sollen.

Das Verfahren bietet die enorme Chance, einem verhandlungsunfähigen, in seiner Wahrnehmung stark beschränkten und an seiner "Prozeßsubjektivität" gehinderten Angeklagten, der sich an seine "Aussagen" in der Tat nicht "erinnern" kann, den ihm fremden Text womöglich von den Beamten, die ihn schufen, solange als "sein Produkt" vortragen zu lassen, bis die Sache unter Dach und Fach ist.

Wir würden uns deshalb nicht wundern, wenn das Gericht (das bis jetzt anders denkt), Hermann Feiling am Ende doch noch die Verhandlungsunfähigkeit zugesteht.

Man wäre dann auf noch besserem Niveau, man hätte:

a) eine "Aussage" eines Bewußtlosen, aber von "bewußten" Beamten gezeugt, und

b) müßte man jetzt nur noch dies aussagenstiftende Subjekt aus dem Gerichtssaal verbannen, wo er ja doch nur dementiert und im übrigen seine bloße Anwesenheit zur wahren Anklage würde.

Damit wäre man nämlich erst recht eigentlich ganz unter sich: von der "Aussage" bis zur Verurteilung, ohne das delinquente Subjekt. "Aussage" wie Prozeß liefen dann also in funktionabler Selbsttätigkeit ohne jenen, um den es angeblich die ganze Zeit sich dreht.

Entlastung und Solidarität

Zwei Jahre ist das alles her. Schon damals erschien eine kleine Broschüre, die sich in ihrem aufrüttelnden Inhalt gewiß nicht von dem vorliegenden Text unterschied:

die allgemeine Reaktion darauf war denkbar gering. Vielleicht deshalb, weil das, was manche inflationär "Betroffenheit" nennen, wohl nicht nur an Rang und Namen und Sensation gekoppelt ist, sondern wohl auch an Angepaßtheit.

War Hermann Feiling nicht doch Mitglied der "RZ"? Hatte er nicht wirklich an einem Sprengsatz manipuliert? Und bekennt sich Günther Sonnenberg, ebenso schwer verletzt, nicht zur "RAF"?

Verblaßt dann nicht alle Gemeinheit zu einem klammheimlichen Schweigen bei denen, die bei Kleins Texten über die nirgendwo zu konstatierende "Rückkehr in die Menschlichkeit" in Beifall ausbrechen? Die Menschlichkeit ist mancheinem wohl nicht unteilbar, schon gar nicht ist sie konkret: es bedarf der "entlastenden Information" der Opfer gegenüber dem Staat, dem sie auch als "Täter" moralisch haushoch überlegen sind.

Was bleibt zu tun?

Für Hermann Feiling ist es im Grunde gleich, ob er für verhandlungsunfähig erklärt wird oder nicht: der Prozeß gegen ihn und die beiden anderen wird ohnehin stattfinden. Für seine seelische und körperliche Zukunft mag es einen Unterschied bedeuten, ob Hermann am Prozeß teilnehmen muß oder nicht. Aber dieser Unterschied ist so groß nicht, wenn er davon auszugehen hätte, daß "Aussagen" gegen andere Menschen, die ohne sein Zutun entstanden, vor Gericht Verwendung finden, wo er sie nicht einmal dementieren darf, wenn man ihn ausschließt. Der "Segen" eines möglichen und rechtlich eigentlich selbstverständlichen Ausschlusses von der Verhandlung ändert nichts an deren unmenschlichen Voraussichten und bösen Absichten. Im Falle des Ausschlusses müßte er erleben, daß in seinem Namen Ungeheuerliches geschieht, wogegen er sich wiederum nicht wehren kann. Die bereits einmal vollzogene Vergewaltigung fände nur einen weiteren Höhepunkt.

Wir verstehen und unterstützen daher Hermann Feilings erklärte Absicht, zwar gerichtlich bestellte Gutachter anzuerkennen, wenn diese und das Gericht seine Verhandlungsunfähigkeit attestieren, daß er aber nicht akzeptieren wird, daß damit der einzige unmittelbare Zeuge eines gespenstischen Geschehens – er selber – zum Zwecke der glatteren Verhandlungsführung eliminiert werden soll.

Hermann Feiling will sich deshalb dann – im Rahmen seiner Kräfte und Möglichkeiten – auch dann vor Gericht zu Wort melden und zur Wehr setzen, wenn man ihn dort ausgeschlossen wissen möchte.

Die Forderung auf Anerkennung der Verhandlungsunfähigkeit ist richtig. Menschlich wie juristisch. Aber sie trifft nicht einen ganzen Prozeß der Vernehmungsfolter, der erpreßten Aussagen, der abgeschalteten Tonbänder, der willkürlich belasteten Menschen, der Drohungen und Entwürdigungen, einen Prozeß, der nicht zuletzt noch gegen andere Menschen sich richtet.

Hermann Feilings Wunsch ist es, daß ÖFFENTLICHE EMPÖRUNG UND WIDERSTAND sich gegen den Prozeß selber richten.

In Ansehung der Ereignisse, die zu diesem Prozeß führten, kann auch unsere Forderung auf nichts weniger hinauslaufen als auf die:

- Aufhebung und Außerkraftsetzung aller Ermittlungsverfahren und der Anklage gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Silvia Herzinger;
- Notwendigkeit von Strafanträgen gegen die Staatsanwälte und Beamten der politischen Polizei, die den vernehmungsunfähigen H.F. auf der Intensivstation verhörten;
- materielle Entschädigung für den dabei angerichteten körperlichen Schaden und die seelische Traumatisierung zur Finanzierung prothetischer und therapeutischer Maßnahmen für Hermann;
- materielle Satisfaktion gegenüber Sybille und Silvia für die zu Unrecht abgesessene Zeit im Gefängnis.

Dabei ist es das wichtigste Ziel, den geplanten Prozeß UNMÖGLICH zu machen. Der dann, wenn er sich nicht verhindern lassen sollte, dennoch "unmöglich" zu machen ist: als ein Tribunal gegen eine menschenverachtende Justiz.

INITIATIVE HERMANN, SYBILLE UND SILVIA,
637 Oberursel 5 – PF 35 (WISK)
PSchA Nr. 1990-61 Ffm,
C. Branscheidt

Alternativen in der "Kommunalpolitik"

Mehr als 500 Teilnehmer zählte ein erster Kongreß, der dem Erfahrungsaustausch zwischen kommunalen grünen und bunten Listen gewidmet war. Der Schwung und die programmatische Orientierung des Großteils der anwesenden 48 Initiativen (33 grüne, 15 bunte) machte deutlich, daß die "Listenbewegung" auf kommunaler Ebene erst am Anfang steht. Nach den enttäuschenden Erfahrungen mit der grünen Bundespartei und den mageren Ergebnissen bei der letzten Bundestagswahl scheint für viele die kommunalpolitische Ebene ein besserer Boden, um durch praktisch-politische Alternativen den Fallstricken der "ideologischen Vereinheitlichung" und einer von den Basisinitiativen abgehobenen Stellvertreterpolitik zu entgehen. Nach den im nächsten Jahr in Hessen und Niedersachsen anstehenden Kommunalwahlen werden sicherlich weitere bunte und grüne Abgeordnete in die Rathäuser einziehen.

Die politischen Konturen dieses Kongresses zeichneten sich bereits bei den langwierigen Vorbereitungen ab. Daß er nun Mitte November in Bielefeld, vorbereitet und getragen von der dortigen Bunten Liste und einigen kritischen Wissenschaftlern, stattfand, war die Folge eines gescheiterten ersten Anlaufs. Denn zunächst war an eine wesentlich breiter angelegte Tagung gedacht worden, die nicht nur die in den letzten Jahren entstandenen kommunalparlamentarischen Listen, sondern auch linke Alternativkonzeptionen in der Sozialdemokratie (z.B. die Kommunalpolitik der Weisbadener Jungsozialisten) und vor allem die zahlreichen kommunalen Bürgerinitiativen und Initiativgruppen einbeziehen sollte. Die angesprochenen Kölner Bürgerinitiativen und ten jedoch abgewinkt. Sie konnten einem bundesweiten Treffen für ihre eigene Arbeit keinen besonderen Stellenwert beimessen. Vielmehr hielten sie es für notwendig, die bereichsspezifische Kooperation (z.B. in den zentralen Kongressen zu Verkehr und Sanierung, wie sie vom Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz bereits seit einigen Jahren organisiert werden) und die regionale Zusammenarbeit voranzubringen. Die Frage nach dem "parlamentarischen Arm" der Initiativen mochte dabei eher als hinderlich erschienen sein.

Das Bielefelder Treffen wurde daher zu einem "Listen-Kongreß", der überwiegend den parlamentarischen Ausschnitt kommunalpolitischer Alternativen versammelte. Im Gesamtbild alternativer Kommunalpolitik mußten daher große Lücken klaffen, die Auseinandersetzung mit den Entwicklungslinien in der herrschenden Kommunalpolitik (Finanzkrise der Städte und Gemeinden, dichter werdende bürokratische Einbindung in gesamtstaatliche Strategien usw.) fand kaum statt, und auch das Verhältnis von Ratsarbeit und außerparlamentarischen Initiativen konnte nur einseitig – nämlich aus parlamentarischer Sicht – beleuchtet werden. Trotz dieser Einschränkungen war der Kongreß durchaus erfolgreich. Sieht man seinen Ablauf als Bestandsaufnahme kommunaler Wahlinitiativen, dann befinden wir uns gegenwärtig in einer "Gründerphase". Für Analysen und Bilanzen ist es noch zu früh; das Interesse ist groß; die Ansätze sind vielfältig und von den jeweiligen kommunalen Bedingungen bestimmt; ideologischer "Himmel" und pragmatischer Alltag fallen weit auseinander.

Kämpfe am "ideologischen Himmel"

Die abendliche Podiumsdiskussionen und übergreifenden Foren ("parlamentarische und außerparlamentarische Initiative", "welche Art der Alternative wollen wir?") waren von einer Kontroverse beherrscht, die sich bereits vor dem Kongreß hochgeschaukelt hatte. Auf der einen Seite standen die Vertreter der Bremer Grünen Liste, die nicht nur durch ihren Rückzug von den Bundes-Grünen und ihre Mitwirkung an einer ausschließlich ökologisch orientierten "grünen Föderation" ausgeschert sind, sondern auch durch Kürzungsvorschläge im Sozial- und Schuletat auf kommunaler Ebene ihrer Orientierung an Null-Wachstum und "weniger Staat" Nachdruck verleihen wollten. Olaf Dinnés Haushaltsrede im Bremer Senat gilt dem linken und sozialdemokratischen Lager seitdem als Ausgeburt ökologisch bemäntelter Sparpolitik à la Thatcher, als der längst überfällige Nachweis des zutiefst bürgerlichen Charakters dieser Fraktion der Grünen. Kein Wunder also, daß ein Teil des Kongreßpublikums die Podiumsbeteiligung der Bremer Grünen als Zumutung empfand und sie von künftigen Treffen ausschließen wollte. Auf der anderen Seite traten vor allem die KB-Vertreter und die der abgespaltenen Z-Fraktion aus den Bunten Listen hervor, die sich von Dinné schon vorab den Vorwurf einhandelten, "sozialstaatsgläubige Idioten" zu sein, die auf praktischer Ebene lediglich eine konsequentere SPD-Politik betreiben wollten. Auf den Podien des Kongresses schnitten die Bremer Grünen besser ab. Im Gegensatz zu den erfahrungsarmen Attacken, die schließlich in bekannter Manier im Faschismus-Vorwurf gipfelten, konnten sie an einigen praktischen Beispielen deutlich machen, daß sie sich zumindest mit zwei zentralen Problemen auch kommunaler Politik ernsthaft auseinandersetzen. Haushaltskrise und ökonomische Stagnation haben dem "Mehr und Besser" linker Alternativen an überzeugungskraft genommen. Wie können linke Gegenkonzepte aussehen, die sich nicht durch das Arbeitsplatzerhaltungsargument in die Logik staatlicher Sanierungsprogramme einbinden lassen – auf Kosten der Lebensqualität in den Städten? Muß linke Kommunalpolitik nicht auch von der Form her auf Entstaatlichung angelegt sein, um durch ihre Forderungen nicht die Versorgung-, Entmündigungs- und Kontrollspirale lediglich eine Windung weiter zu drehen? Gegen eine staatliche Anti-Diskriminierungsstelle zu stimmen, um die Mittel einem autonomen Frauenhaus zur Verfügung zu stellen, mag ein zu simples und einleuchtendes Beispiel aus dem Bremer grünen Repertoire sein – eine aufgemotzte Sozialstaatsperspektive dürfte als gemeinsame Grundlage kommunalpolitischer Alternativvorstellungen kaum ausreichen.

Aber solche perspektivistischen Fragen blitzten nur kurz auf. Der überwiegend abstrakt-ideologische Charakter dieser Debatten machte deutlich, daß die Erfahrungsgrundlagen noch äußerst schmal, die Auswirkungen eigener politischer Vorschläge (schon aufgrund fehlender Mehrheiten) kaum überprüfbar sind. Aber nicht nur der Umstand, praktisch noch in den Kinderschuhen zu stecken, sondern auch der Überhang der politischen Traditionen, aus denen die einzelnen Listeninitiativen entstanden sind, dürften die Ursachen dafür sein, daß es die alternative Kommunalpolitik nicht gibt

In den Niederungen der Praxis

Die Schaukämpfe der Podiumsveranstaltungen stießen jedoch bei einem Großteil au Desinteresse und Unbehagen. Praktische Erfahrungsaustausch, Hilfestellungen von bereits "erfahrenen" Kommunalparlamentariern, informelle Kontakte und konkrete Alternativen in verschiedenen Politikbereichen standen für sie im Mittelpunkt. Dazu boten die acht Arbeitsgruppen (Wohnen, Verkehrspolitik, Stadtteilkultur, Haushalt und Finanzen, Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit, Ausländer, Frauen, kommunale Energiepolitik) Gelegenheit. Sie stellten den produktiven Kern des Kongresses dar, wo auch die politischen Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit deutlich wurden. Frühere und bessere Informationen über städtische Politik, leichterer Zugang zur bürgerlichen Öffentlichkeit, parlamentarische Initiativen mit bzw. zugunsten linker Projekte wurden immer wieder als positive Ergebnisse der neuen Listenvertreter benannt. Daß die direkten Einflußmöglichkeiten auf die Politik der Ratsmehrheiten äußerst gering und reale Erfolge von der Stärke und Mobilisierung außerparlamentarischer Initiativen abhängig sind, war weitgehend unumstritten. Stichworte wie "Stellvertreterpolitik", "Professionalisierung" der Parlamentarier, "parlamentarische Initiative" kennzeichnen eine Situation, in der das Spannungsverhältnis von kommunalen Alternativlisten und ihrer außerparlamentarischen "Basis" sich erst entfaltet und bewußt wahrgenommen wird. Daß das breite Interesse an kommunalen parlamentarischen Listen nicht mit einer neuen Welle parlamentarischer Illusionen gleichzusetzen ist, belegen auch die in Bielefeld angesprochenen Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit. Ein kontinuierlicher Informationsdienst soll dem Erfahrungsaustausch der "Parlamentarier" dienen. Im kommenden Jahr sollen Konferenzen zu einzelnen Politikbereichen (Ausländer, Wohnen etc.) folgen, die an die positiven Erfahrungen der Arbeitsgruppen anknüpfen und einen intensiveren Bezug zu außerparlamentarischen Initiativen erlauben.

ROLAND ROTH